

Jahresbericht 2012

Die Arbeit der

FDP.Die Liberalen

und der

FDP-Liberalen Fraktion der Bundesversammlung

Rapport annuel 2012

L'activité du

PLR.Les Libéraux-Radicaux

et du

Groupe libéral-radical de l'Assemblée fédérale

Nr. 3 der Schriftenreihe der *FDP.Die Liberalen*
Herausgegeben vom Generalsekretariat,
Neuengasse 20, 3001 Bern

Publication no 3 du Parti libéral radical suisse
Editée par le Secrétariat général,
Neuengasse 20, 3001 Berne

Nota Bene:

Der Jahresbericht 2012 wird nicht in gedruckter Form versandt. Er ist auf der Webseite der FDP unter www.fdp.ch als PDF-Dokument aufrufbar.

Le rapport annuel 2012 du PLR ne sera pas imprimé mais mis en ligne sur www.prd.ch et www.plr.ch sous la forme d'un document pdf.

1.	Neuer Wind im Parteipräsidium STB	7
1.1.	Neue Parteileitung baut auf bisheriger Arbeit auf	7
1.2.	FDP ist too big to fail	8
1.3.	Finanzplatz weiter Sorgenkind	8
1.4.	Abzocker-Debatte als politisches Desaster	8
1.5.	Solide Finanzen der Partei	8
1.6.	Fast abgeschlossene Fusion der FDP und der Liberalen	9
1.7.	Schwierige Zeiten stehen an	9
2.	Parteiarbeit/DV – Activités du Parti/AD PG	10
2.1.	Resolution „Das liberale Original“ DV 11. Februar 2012 in Bern	10
2.2.	Verabschiedung und Nachfolge Fulvio Pelli, Managed Care, AUNS-Initiative DV 21. April 2012 in Bern	10
2.3.	Vereinbarkeit von Familie und Beruf DV 23. Juni 2012 in St. Maurice	11
2.4.	Ja zur AHV-Schuldenbremse und Abgeltungssteuer DV 27. Oktober 2012 in Zürich	12
3.	Parteiarbeit mit kantonalen Vertretern im Jahr 2012 ML/CS	14
3.1.	Parteipräsidentenkonferenz (PPK) CS	14
3.2.	Sekretärenkonferenz (SK) CS	14
3.3.	Volksabstimmungen ML	14
3.4.	Volksinitiative „Bürokratie-Stopp!“	15
4.	Frühlingsession 2012 – Session de printemps 2012 (27.02. – 16.03.12) IG	16
4.1.	Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA	16
4.2.	Steueramtshilfe	16
4.3.	Verrechnungssteuer	17
4.4.	Revision des Raumplanungsgesetzes	17
4.5.	Forschung und Innovation	17
4.6.	Präventionsgesetz	18
4.7.	Betäubungsmittelgesetz	18
4.8.	Gegenentwurf zur Minder-Initiative	18
4.9.	Swissness	18
4.10.	Vereinigte Bundesversammlung (VBV)	19
4.11.	Geschäfte beider Räte	19

4.12.	Geschäfte des Nationalrats.....	20
4.13.	Geschäfte des Ständerats	21
4.14.	Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale.....	22
4.15.	Schlussabstimmungen	24
5.	Sondersession 2012 des Nationalrates	26
5.1.	Legislaturplanung 2011 - 2015	26
5.2.	Weitere Geschäfte	26
6.	Sommersession 2012 – Session d'été 2012 (29.05. bis 15.06.12)	26
6.1.	Gegenentwurf zur Minder-Initiative	27
6.2.	Volksinitiative « für eine starke Post »	27
6.3.	Revision Asylgesetz	28
6.4.	Steuerabkommen mit D, GB und AU	28
6.5.	Legislaturplanung 2011-2015	28
6.6.	Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2013-2016.....	29
6.7.	Vereinigte Bundesversammlung (VBV)	29
6.8.	Geschäfte beider Räte	29
6.9.	Geschäfte des Ständerats	32
6.10.	Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale.....	34
6.11.	Schlussabstimmungen	35
7.	Herbstsession 2012 – Session d'automne 2012 (10. - 28. 9 2012).....	37
7.1.	Steueramtshilfegesetz.....	37
7.2.	Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2013 - 2016	38
7.3.	Pa.Iv. Fraktion C. Betäubungsmittelgesetz. Revision	38
7.4.	Präventionsgesetz.....	38
7.5.	Epidemiengesetz. Revision.....	39
7.6.	Asylgesetz. Änderung	39
7.7.	Markenschutzgesetz. Änderung sowie Swissness-Vorlage	39
7.8.	Agrarpolitik 2014 – 2017	40
7.9.	Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz. Anpassung.....	40
7.10.	Finanzierung der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur (SBB und Privatbahnen) für die Jahre 2013-2016	41

7.11.	Vereinigte Bundesversammlung (VBV)	41
7.12.	Geschäfte beider Räte	41
7.13.	Geschäfte des Ständerats	44
7.14.	Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale.....	45
7.15.	Schlussabstimmungen	47
8.	Wintersession 2012 – Session d'hiver 2012 (26.11. - 14. 12. 2012)	49
8.1.	12.021. Agrarpolitik 2014 – 2017	49
8.2.	11.069. Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz.....	50
8.3.	11.030. 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket.....	51
8.4.	12.016. Volksinitiative "Für den öffentlichen Verkehr" und Finanzierung und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur FABI	52
8.5.	12.018. Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz. Anpassung	52
8.6.	10.052. Asylgesetz. Änderung	52
8.7.	09.086. Markenschutzgesetz. Änderung sowie Swissness-Vorlage	52
8.8.	12.073. Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht. Volksinitiative.....	53
8.9.	12.041. Voranschlag 2013 12.042. Voranschlag 2012. Nachtrag II	53
8.10.	12.3972. Mo. WAK-SR. Kapitaleinlageprinzip	54
8.11.	12.3315. Mo. Fetz. Unternehmenssteuerreform II. Kapitaleinlageprinzip. Ertragsausfälle erheblich verringern	54
8.12.	12.3316. Mo. Bischof. Unternehmenssteuerreform II. Kapitaleinlageprinzip anpassen	54
8.13.	Vereinigte Bundesversammlung (VBV)	54
8.14.	Geschäfte beider Räte	54
8.15.	Geschäfte des Nationalrats.....	55
8.16.	Geschäfte des Ständerats	56
8.17.	Schlussabstimmungen	60
9.	FDP. Frauen Schweiz Irene Thalmann.....	62
9.1.	Mit liberalem Schwung und gestärkt ins 2012	62
9.2.	Neue breite Frauenallianz für Lohngleichheit	62
9.3.	„Nicht mehr oben ohne.“ mit oder ohne Quoten?	62
9.4.	Familienpolitik	63
9.5.	Initiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“	63

9.6.	Ja zur gemeinsamen elterlichen Sorge.....	63
9.7.	Breite Allianz gegen Abschaffung des Tänzerinnen-Statuts.....	63
9.8.	Netzwerk-Veranstaltung “Illetrismus”	63
10.	FDP.Die Liberalen Service Public Beat Schlatter	65
10.1.	Veranstaltungen 2012	65
10.2.	Aus dem Vorstand.....	65
10.3.	Ausblick	66
11.	FDP.Die Liberalen International Francois Baur	67
11.1.	Vielseitige Aktivitäten	67
11.2.	Wechsel im Präsidium.....	67
11.3.	Themenschwerpunkte 2012.....	67
11.4.	E-Democracy	67
11.5.	Beziehungen Schweiz-EU	67
11.6.	Mobility	68
12.	Anhang – Annexe Fabienne Burri mit vgl. unten	69
12.1.	Anhang A – Annexe A Vernehmlassungsantworten der FDP.Die Liberalen 2012 Réponses du PLR.Les Libéraux-Radicaux aux consultations en 2012 IG	69
12.2.	Anhang B – Annexe B Parteivorstand Mitglieder per 31. Dezember 2012 – Membres le 31 décembre 2012 STB	72
12.3.	Anhang C – Annexe C Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2012 – Comité du Groupe le 31 décembre 2012 IG	73
12.4.	Anhang D – Annexe D Kontakte – Contacts STB	75

1. Neuer Wind im Parteipräsidium

Stefan Brupbacher, Generalsekretär FDP.Die Liberalen

Die Parteiarbeit stand 2012 im Zeichen des Führungswechsels an der Parteispitze von Fulvio Pelli zu Philipp Müller. Bereits vor dem Wechsel konnte die Partei in den kantonalen Wahlen grösstenteils zulegen und der Trend bestätigte sich im Herbst. Politisch befriedigte das Jahr weniger: immer mehr zeigen sich auf Bundesebene die Folgen der Zersplitterung unter den Mitteparteien CVP, GLP und BDP sowie ein genereller Linksrutsch der Politik.

1.1. Neue Parteileitung baut auf bisheriger Arbeit auf

Im April wurde Philipp Müller an der Delegiertenversammlung vom 21. April 2012 in Bern mit 330 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zum neuen Parteipräsidenten gewählt. In das von vier auf fünf Sitze erweiterte Vizepräsidium wurden im ersten Wahlgang gewählt: NR Christian Lüscher (GE), NR Isabelle Moret (VD, bisher), der Schwyzer Kantonalparteipräsident Vincenzo Pedrazzini (SZ, bisher), die Locarner Stadtpräsidentin Carla Speziali (TI) und NR Christian Wasserfallen (BE). Carmen Walker Späh unterlag bei der Wahl ins Vizepräsidium, wird aber als Präsidentin der FDP Frauen im Parteivorstand sowieso weiterhin stimmberechtigt sein.

Als ständige nicht stimmberechtigte Gäste im Vorstand wurden zudem Andrea Caroni (NR AR), Pierre Weiss (KR, GE, Liberale GE) und Vertreter der Kantonalparteipräsidien Genf, Waadt, Basel und Zürich eingeladen. Die Delegation der Kantonalparteien soll die Verknüpfung hin zur Basis stärken.

Der neue Parteipräsident präsentierte an seiner ersten Rede an der Delegiertenversammlung seine Prioritäten:

- › Näher beim Wähler politisieren: Das bedeutet eine klarere und einfachere Sprache, das Vertiefen des Engagements in für die Bevölkerung zentralen Themen wie Sicherheit, Migration aber auch die Entwicklung einer liberalen Umwelt- und Energiepolitik.
- › Interne Mobilisierung: Unsere Wähler müssen vermehrt mobilisiert werden. Das soll erreicht werden durch eine Offensive bei den Besuchen bei Ortsparteien. Jede Ortspartei soll durchschnittlich einmal pro Jahr einen nationalen Politiker bei sich einladen können oder nach Bern ins Bundeshaus für einen Besuch kommen. So soll die Beziehung zwischen der Parteibasis und der Fraktion gestärkt werden.
- › Weiterführung der eigenständigen Politik: Für die FDP kommt weder ein Trittbrettfahren mit der SVP, noch eine Annäherung an den Gemischtwarenladen der Mitte bestehend aus den immer weiter links stehenden Parteien CVP, glp und BDP in Frage. Das nur eine eigenständige Politik zielführend ist, zeigt die Europafrage: Während die SVP eine Einigelung fordert, hat sich die CVP nach einem Soloauf ihres Parteipräsidenten von den Bilateralen Verträgen verabschiedet und verlangt nun einen EWR, während glp und BDP sich nicht festlegen und die Linken den EU-Beitritt wollen. Wichtig ist, dass die FDP in den zentralen Themen rasch den Kurs festlegt und diesen durchhält.
- › Aufbau auf bisheriger Arbeit: Die Kernthemen Arbeitsplätze schaffen, Bürokratie abbauen, Sozialwerke sichern sollen weiterhin die Basis der Parteiarbeit bilden. Darunter können wichtige Themen wie eine neue Energiepolitik oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Bildungspolitik eingereicht werden. Die neue Parteiführung sprach sich umfassend zur Weiterführung des bisherigen Kurses aus und ist überzeugt, von der Aufbau- und Profilierungsarbeit der vergangenen Jahre profitieren zu können.
- › Halten des Kurses bei zentralen Themen: Dazu zählt das Einstehen für den Bilateralen Weg, eine harte aber faire Migrationspolitik, den Kampf gegen weitere Steuererhöhungen etwa durch das Aufweichen der Unternehmenssteuerreform II und das Engagement für gezielte Steuererleichterungen bei der Emissionsabgabe, der Individualbesteuerung oder der Unternehmenssteuerreform III.

1.2. FDP ist too big to fail

Diese Strategie zeigt Erfolge, die sich allerdings bereits vor der Wahl der neuen Parteispitze abzeichneten. So gewann die FDP im Grossteil der Wahlen auf kantonaler Ebene. Weiterhin liegt sie bei den Regierungsräten klar vorne und den ersten Platz bei den Kantonsräten hat sich die Partei vergangenes Jahr auch wieder zurück erobert. Damit ist klar: Auf kommunaler und kantonaler Ebene ist es die FDP mit ihren Mitgliedern, welche in Exekutiven und Parlamenten oft in Fronarbeit das Gemeinwesen aufrechterhalten. Das ist gelebte Eigenverantwortung im Dienste der Gemeinschaft – **aus Liebe zur Schweiz.**

1.3. Finanzplatz weiter Sorgenkind

Der Finanzplatz blieb auch 2012 ein bestimmendes Thema. Der Libor-Skandal zeigte die Unverfrorenheit gewisser Banken. Der Notverkauf der Bank Wegelin zeigte die Exponiertheit der Schweizer Banken gegenüber den immer imperialistischer auftretenden USA. Die frühere Schutzmacht des internationalen Systems missbraucht ihre Vormachtstellung immer mehr zur Verfolgung eigener Ziele. Die Folge ist, dass zwischenstaatliches Faustrecht Völkerrecht ersetzt, das statt internationalen Lösungen zwischenstaatliche Anarchie zurückkehrt.

Sich auf dieses neue Umfeld einzustellen, fällt der Politik schwer. Die Linke sowie die Finanzministerin scheinen jeglichen Konflikt mit dem Ausland zu scheuen und geben präventiv nach, in der Hoffnung, damit aus der Schusslinie der internationalen Kritik zu kommen. Diese Hoffnung wird so lange unerfüllt bleiben, wie dank ausländischem Druck Geld aus der Schweiz herausgepresst werden kann. Ein französischer Senatsbericht ist dabei erschreckend klar: Druck auf die Schweizer Regierung bewirke deren Einknicken.

Entsprechend schwer fiel es der Politik, die innovative Abgeltungssteuer international zu vermarkten. Von links bis zu einigen Banken war die Kritik im Inland so stark, dass unser Engagement im Ausland nicht überall ernst genommen wurde. Dabei geht es um zentrale Werte im Verhältnis zwischen Bürger und Staat: Privatsphärenschutz ist kein Vehikel für Steuerhinterziehung, sondern ein jahrhundertealter Schutz gegen Übergriffe des Staats und Dritter auf das Vermögen von Privaten. Dieser Schutz ist auch heute zentral. Demokratie und Grundrechte müssen bis in unsere Breitengrade immer wieder neu erkämpft werden. Die schleichende Enteignung durch Inflation bei tiefen Zinsen, immer neue und extraterritorial erhobene Steuern und eine immer engmaschigere Überwachung durch den Staat sowie das Aufkommen wenig demokratischer Parteien sind Vorboten ungemütlicher Zeiten. Umso wichtiger ist es, dass die Schweiz sich gegen den gläsernen Bürger und damit für den Grundrechtsschutz einsetzt. Hier geht es um ein Grundverständnis des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat, das in der Schweiz mindestens zu bewahren ist. Dazu soll dem Ausland die Abgeltungssteuer oder die Einhaltung der OECD-Normen beim Einzug der Steuern angeboten werden.

1.4. Abzocker-Debatte als politisches Desaster

Bei der Abzocker-Initiative zeichnete sich die Abstimmungsniederlage bereits früh ab. Hier wollte der Stimmbürger erneut ein Zeichen setzen. Der austarierte indirekte Gegenentwurf hatte keine Chance. Zu emotional aufgeladen war die Stimmung, namentlich nachdem Novartis Chef Vasella mit einem 72 Mio. Paket sein fünfjähriges Konkurrenzverbot vergolden lassen wollte. Die FDP kritisierte diese Raffgier als unverständlich. Wer nach 17 Jahren an der Spitze eines Unternehmens ernsthaft den Wechsel in ein anderes Unternehmen überlege, ist ein Söldner und auf solche Personen ist sowieso kein Verlass. Das überdeutliche Resultat der Abstimmung zeigt: Es ist nun die zentrale Aufgabe der Wirtschaftsverbände und der Wirtschaftselite, die Exzesse in den eigenen Reihen mit sozialem Druck unter Kontrolle zu bringen und Exzesse namentlich bei Schweizern nicht mehr zu tolerieren. Ansonsten sind die gleichen Personen erneut Schuld an einer Niederlage bei einer der kommenden Abstimmungen wie 1:12, Mindestlohninitiative etc. oder einem Nein der Bevölkerung zu den dringend nötigen Reformen der Sozialwerke.

1.5. Solide Finanzen der Partei

2012 hat die Partei mit einem Gewinn von Fr. 4093 abgeschlossen. Das bei einem Aufwand von 2'987'601 Fr. Auch im vergangenen Jahr nahm die Partei weder im normalen Budget noch im Wahlkampfbudget 2015 keine über der Grenze von 1/5 des jeweiligen Budgets liegende Spende entgegen. Die Einhaltung der Regel wird durch die Revisionsstelle bestätigt. Nur Parteipräsident und Generalsekretär wissen, wer konkret mit wie viel Mitteln die Partei unterstützt. Mit diesen Regeln sichert die Partei, dass die Fraktion und die Partei unabhängig politisieren können. Diese Finanzierung setzt aber auch das Engagement der Unternehmen voraus. Hier ist weiter harte Überzeugungsarbeit nötig, denn viele Unternehmen scheinen den

Wert des Milizsystems Schweiz mit seiner Stabilität und seinen guten Rahmenbedingungen immer weniger zu schätzen. Aber auch hier gilt: Liberal ist nur, wer Verantwortung für sich und das Gemeinwesen, d.h. auch für das politische Leben in unserem Land, übernimmt!

1.6. Fast abgeschlossene Fusion der FDP und der Liberalen

2009 wurde *FDP.Die Liberalen* gegründet. 2012 fusionierten nun auch die Parteien in den Kantonen Waadt und Genf. Beide mussten unmittelbar vor oder nach der Fusion Wahlen bestehen, führten das aber erfolgreich durch. Damit bleibt einzig der Kanton Baselstadt, wo ein Zusammengehen von FDP und Liberalen noch nicht erfolgte und auch nicht absehbar ist.

1.7. Schwierige Zeiten stehen an

Die Schweiz geht wirtschaftlich schwierigen Zeiten entgegen. Dank zunehmendem Konsum infolge mehr Einwohner wächst die Schweiz nominal. Das pro Kopf Wachstum stagniert allerdings. Zudem schafft nur noch der Staat und einige Branchen wie die Uhren- und Pharmaindustrie neue Stellen, während der Rest der Exportindustrie bestenfalls die Stellen halten kann.

Das ist kein gesundes Wachstum, denn in einer Krise wird der immer aufgeblähtere Staat nicht finanzierbar sein. Bedenklich auch die Tendenz der Staatsfinanzen, wo die Begehrlichkeiten aller besorgniserregendes Ausmass erreichen.

Bedenklich scheint schliesslich, dass bis weit ins scheinbar bürgerliche Lager die Standortvorteile entweder fahrlässig oder gezielt verspielt werden. Der liberale Arbeitsmarkt ist ebenso unter Druck wie das liberale Gesellschaftsrecht oder ein pragmatisches Steuerrecht. Ganze Branchen wie die Rohstoffbranche oder der Finanzmarkt drohen durch Überregulierung oder fehlendes Interesse für Standortpolitik verloren zu gehen. Der Grund für diese Politik ist einfach: Nach Jahren der guten Zahlen trotz Wirtschaftskrise in Europa scheint die Schweiz unverwundbar. Dem ist nicht so und es ist zu befürchten, dass Hochmut vor dem Fall kommt. Der Anpassungsprozess bei den Sozialversicherungen und beim enorm aufgestockten Etat der Staatsangestellten wird schmerzhaft.

Ein Themenkreis wird die kommenden Jahre dominieren: Die Ausländer-, Sicherheits- und EU-Frage. Hier hat sich die FDP klar positioniert. Ja für die Bilateralen samt Personenfreizügigkeit als Schlüssel für den Binnenmarkt, Abbau beim Familiennachzug aus Drittstaaten und drastische Reform des Asylwesens. Leider will die SP-Chefin im EJPD in den letzten beiden Bereichen schlicht keine Verbesserungen bieten, womit sie die Gefahr erhöht, dass entweder ein Referendum gegen die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien, die Zuwanderungsinitiative oder die Beschränkungsinitiative Erfolg haben könnte. In jedem Fall wäre der Bilaterale Weg am Ende, ohne dass es eine Alternative dazu gäbe. Umso wichtiger die Politik der FDP, welche z.B. mit einer liberalen Wohnungspolitik und Investitionen in die Infrastruktur alles unternehmen will, damit die Bevölkerung weiterhin hinter den Bilateralen und der dafür nötigen Personenfreizügigkeit steht.

2. Parteiarbeit/DV – Activités du Parti/AD

Pia G. Guggenbühl, Kommunikationschefin

2.1. Resolution „Das liberale Original“ DV 11. Februar 2012 in Bern

Mit der ersten Delegiertenversammlung des Jahres haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihren liberalen Kompass auf Freiheit und Verantwortung ausgerichtet. Sie verabschiedeten die Resolution „Das liberale Original“. Dieses ist ein Bekenntnis für eine starke liberale Kraft sowie zu einer FDP als politische Heimat für all jene, die nach Freiheit streben und dafür Verantwortung für sich, die Gemeinschaft und die Umwelt übernehmen.

Wie 1848, bei der Gründung der modernen Schweiz, steht die freisinnig-liberale Bewegung heute vor einer Herkulesaufgabe: Wir dürfen nicht zulassen, dass der liberale Erfolgsweg endet. Wir werden nicht zuschauen, wie der Begriff „liberal“ zum bedeutungsleeren Modewort verkommt.

Freiheit ist an zwei Fronten bedroht

Die Resolution ist ein Versprechen der *FDP.Die Liberalen* an die Schweizerinnen und Schweizer, weiter entschlossen für den liberalen Erfolgsweg zu kämpfen, der unserem Land Wohlstand, Stabilität und Sicherheit gebracht hat. Doch dieser Weg ist an zwei Fronten bedroht – von jenen, die Freiheit missbrauchen und von jenen, welche die Freiheit aushöhlen wollen. Dagegen steht die FDP als die freisinnige Volkspartei – als das liberale Original.

Werte wie Anstand, Eigenverantwortung, Bescheidenheit und Zivilcourage gehen immer mehr verloren. Das zeigen einzelne Unternehmen mit exzessiven Boni ebenso wie Abfallberge und fehlende Zivilcourage im öffentlichen Raum. Das Vertrauen in liberale Politik und freie Marktwirtschaft steht auf dem Spiel – und der Ruf nach mehr Staat wird lauter.

Freiheit und Verantwortung leben

Solche Entwicklungen bringen weniger Freiheit für Private wie Unternehmen und absurde Bürokratie. Die FDP als das liberale Original setzt sich dafür ein, dass Freiheit und Verantwortung keine Lippenbekenntnisse sind, sondern gelebt werden, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Delegierten bekräftigten mit der Resolution unseren liberalen Kompass: Im Zweifel für die Wahlfreiheit des Einzelnen statt für Verbote. Im Zweifel für die Eigenverantwortung statt für neue Gesetze, Staatsausgaben, Schulden und Steuern. Im Zweifel für die Freiheit – aus Liebe zur Schweiz.

Entscheid der Delegiertenversammlung:

Verabschiedung der Resolution „Das liberale Original“.

2.2. Verabschiedung und Nachfolge Fulvio Pelli, Managed Care, AUNS-Initiative DV 21. April 2012 in Bern

Die eidgenössischen Delegierten haben an der Versammlung vom 21. April 2012 in Bern das neue Parteipräsidium gewählt. Auch in Zukunft setzt sich ein starkes Team für Freiheit und Eigenverantwortung und den Erfolg der FDP ein. Nationalrat Philipp Müller wurde mit 330 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen Parteipräsident.

In das von vier auf fünf Sitze erweiterte Vizepräsidium wurden im ersten Wahlgang gewählt: Nationalrat Christian Lüscher (GE), Nationalrätin Isabelle Moret (VD, bisher), der Schwyzer Kantonalparteipräsident Vincenzo Pedrazzini (SZ, bisher), die Locarner Stadtpräsidentin Carla Speziali (TI) und Nationalrat Christian Wasserfallen (BE).

Emotionale Stabsübergabe von Fulvio Pelli

Mit Reden von Bundesrat Didier Burkhalter und Fraktionspräsidentin Gabi Huber und einem Überraschungsfilm wurde der bisherige Parteipräsident Fulvio Pelli nach siebenjähriger Amtszeit emotional verabschiedet. Die Delegierten dankten ihm und den bisherigen Vizepräsidentinnen und -präsidenten mit mehreren stehenden Ovationen für den enormen Einsatz.

„Unser Profil ist klar geworden, wir sind eigenständig, wir sind geschlossen“, würdigte Philipp Müller das Engagement. Die Erfolge in den letzten kantonalen Wahlen zeigten eine Trendwende. Das gelte es nun zu nutzen: „Arbeit gibt es genug, und zwar ab sofort. Packen wir sie gemeinsam an!“, forderte Müller, und nannte seine wichtigsten Ziele: Starke interne Mobilisierung, den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, wie die FDP wirklich ist, für Frauen und Junge attraktiver zu werden.

Hausarztmedizin stärken – Abschottung verhindern

Darüber hinaus hat die Delegiertenversammlung die Parolen für die Abstimmungen vom 17. Juni gefasst. Die FDP sagt Ja zu Managed Care (222 zu 75 Stimmen bei 21 Enthaltungen) und Nein zur AUNS-Initiative (317 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung). Die Managed-Care-Reform fördert ein bewährtes und erfolgreiches Versicherungsmodell und stärkt die Hausärzte.

Die bessere Zusammenarbeit aller Leistungserbringer verbessert die medizinische Betreuung. Das bremst auch die Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Die AUNS-Initiative hingegen ist unnötig und gefährlich. Die Delegierten wollen, dass die Schweiz ihre Handlungsfreiheit in der Aussenpolitik bewahrt – für eine starke Demokratie und sichere Arbeitsplätze.

Die Entscheide der Delegiertenversammlung:

- › Wahl eines neuen Präsidiums
- › Volksabstimmung: Ja zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Managed Care)
- › Volksabstimmung: Nein zur AUNS-Initiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)»

2.3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf DV 23. Juni 2012 in St. Maurice

Im Zentrum der Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen in St. Maurice (VS) stand das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“, zu dem die Delegierten ein Massnahmenpapier diskutieren und verabschiedeten. Familien sollen ihr Leben möglichst frei gestalten können: Ob ein Elternteil sich ganz der Erziehung widmet oder beide teilzeit beruflich tätig sind, hat nicht der Staat zu entscheiden.

Wirtschaftlich sinnvolle Vereinbarkeit

Heute können viele Eltern Familie und Beruf nicht unter einen Hut bringen. Dies zu ändern, ist nicht nur ein Gebot liberaler Politik – sondern auch wirtschaftlich sinnvoll: Schweizer Unternehmen sind auf mehr qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. FDP.Die Liberalen und die FDP Frauen hatten deshalb zusammen ein Massnahmenpapier erarbeitet.

Die drei Hauptziele der Resolution: Schweiz weit sollen genug KITA-Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, Tagesschulen werden zur Norm, und Teilzeitstellen und Home Office sollen bis ins hohe Kader möglich sein. Die über 200 Delegierten fassten zudem mit 173 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Nein-Parole zur Volksinitiative „Schutz vor Passivrauchen“. Sie sahen keinen Regulierungsbedarf und erachteten ein zusätzliches Verbot als unnötig, unliberal und antiföderalistisch.

Trauriger Abschied von Otto Ineichen

Mit einem Film und einer Schweigeminute gedachte die Partei ihrem unerwartet verstorbenen Nationalrat und Freund Otto Ineichen, der sich mit grossem Engagement für die liberale Anliegen eingesetzt hatte und

nicht zuletzt eine starke Stimme für Unternehmertum im Parlament war. Ob bei der Sammlung von Unterschriften oder bei seinem Projekt „Sperantino“ für bezahlbare Krippenplätze: Er war ein unermüdlicher Kämpfer an vorderster Front.

Die Entscheide der Delegiertenversammlung:

- › Massnahmenpapier „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“
- › Volksabstimmung: Nein zur Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen»

Die wichtigsten Forderungen des Massnahmenpapiers „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“:

- › **Kindertagesstätten:**
 - › Förderung von Unternehmertum und Privatinitiative beim Aufbau von KITAs
 - › Abbau absurder Krippenbürokratie mit schweizweit geltenden Minimalstandards und Förderung von Krippennetzwerken
 - › Erhöhung des Steuerabzugs der Kinderfremdbetreuungskosten auf 24'000 Franken pro Jahr und Kind
 - › Einführung der Individualbesteuerung
- › **Tagesschulen:**
 - › Schaffung einer rechtlichen Grundlage für den Aufbau von Tagesstrukturen in den öffentlichen Schulen durch die Kantone
 - › Schutz privater Lösungen und Kampf gegen absurde Bürokratie wie die von der FDP abgewehrte „Tantenverordnung“
- › **Flexible Arbeitsmodelle:**
 - › Förderung von Teilzeitstellen und Home Office durch Überzeugungsarbeit in der Wirtschaft
 - › Gemischte Teams bis ins obere Kader – vermehrte Anwendung von Mentoring-Programmen

2.4. Ja zur AHV-Schuldenbremse und Abgeltungssteuer DV 27. Oktober 2012 in Zürich

An der Delegiertenversammlung der FDP.Die Liberalen in Thun vom 27. Oktober 2012 war man sich einig: Nein zur schädlichen Minder-Initiative, Ja zum indirekten Gegenvorschlag. Vor Jahren hat der an der Delegiertenversammlung anwesende Ständerat Thomas Minder ein berechtigtes Anliegen – den Kampf gegen Lohnexzesse – aufgenommen.

Klares Nein zur Minder-Initiative

Auf einem kontroversen Podium diskutierten mit dem Initianten Thomas Minder sowie Nationalrat Daniel Vischer (ZH/GP) die Nationalrätin Christa Markwalder sowie Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt. Bundesrat und Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann nahm den Ball auf: Auch er sprach sich in seinem Votum klar gegen die Initiative und für den indirekten Gegenvorschlag aus.

Auch die Delegierten verwarfen die Initiative von Ständerat Minder und entschieden sich stattdessen für den indirekten Gegenvorschlag. Dadurch hätten die Aktionäre – statt zwingender Normen – künftig effektiv mehr Rechte erhalten. Die Entscheidung fiel mit 236:8 klar gegen die Initiative und mit 233:4 bei 5 Enthaltungen ebenso klar für den indirekten Gegenvorschlag.

AHV-Schuldenbremse und Abgeltungssteuerabkommen

Fast einstimmig verabschiedeten die Delegierten zudem zwei Resolutionen: Einerseits zur AHV-Schuldenbremse, um die dringend notwendige grosse AHV-Revision auf der Basis eines Sicherheitsnetzes zu realisieren. Andererseits zur Abgeltungssteuer, dem zentralen Teil der FDP-Weissgeldstrategie für einen sauberen und starken Finanzplatz Schweiz.

FDP. Die Liberalen kämpft für sichere Renten und will eine umfassende Reform der AHV. Doch Extremparteien brachten 2004 und 2010 eine 11. AHV-Reform zum Scheitern. Ein weiteres Scheitern wird die Stabilität der AHV gefährden, ohne Reformen droht bereits in den nächsten Jahren die Defizitspirale. Weiter lastet der Schuldenberg der IV von 15 Mia. Franken auf der AHV.

Sicherheitsnetz für AHV-Reform

Die FDP-Delegierten forderten deshalb bereits im Mai 2011 ein Sicherheitsnetz für die nächste grosse AHV-Reform. Die FDP-Liberale Fraktion hat entsprechende Vorstösse eingereicht. Im Wahljahr wurde die Reform verschoben. Nun ist die Zeit zum Handeln gekommen.

Ebensolchen Handlungsbedarf orteten die Delegierten bei einem anderen Thema: Seit 2009 kämpft die FDP für eine Weissgeldstrategie und damit für einen starken und sauberen Finanzplatz. Zentrales Element der Strategie ist die Abgeltungssteuer. Sie ist eine pragmatische Weiterentwicklung des Bankkundengeheimnisses.

Kein automatischer Informationsaustausch

Die Abgeltungssteuer stärkt die Rechtssicherheit für Banken und Kunden, das Vertrauen in den Finanzplatz Schweiz und sichert ausländischen Vertragsstaaten Steuererträge, ohne die Privatsphäre der Kunden zu verletzen. Die FDP-Delegierten lehnten für den Fall einer Ablehnung des Abgeltungsabkommens durch Deutschland Nachverhandlungen ebenso ab wie einen Strategiewechsel der Schweiz. Auch die Einführung des automatischen Informationsaustausches wurde klar abgelehnt.

Die Entscheide der Delegiertenversammlung:

- › Volksabstimmung: Nein zur Volksinitiative «Gegen die Abzockerei»
- › Resolution „Abgeltungssteuer: Ja zur pragmatisch schweizerischen Lösung“
- › Resolution „AHV: Ja zu einem Sicherheitsnetz für die grosse Reform“

Die wichtigsten Forderungen der Resolution „AHV: Ja zu einem Sicherheitsnetz für die grosse Reform“:

- › **Bundesrat und Parlament sollen ein Sicherheitsnetz für die AHV vorziehen.** Die FDP will die von anderen Parteien unterstützten Vorschläge jetzt umsetzen statt sie in die unsichere, grosse AHV-Reform zu integrieren.
- › **Erstens eine Schuldenbremse für die AHV:** Sie verhindert eine Defizitspirale, wenn die Politik reformunfähig ist. Nötig ist ein Mix von Mehreinnahmen und Minderausgaben. Höhere Lohnnebenkosten werden abgelehnt, da sie Arbeitsplätze gefährden.
- › **Zweitens das gleiche Rentenalter für Männer und Frauen bei 65:** Unsere Wirtschaft ist auf die möglichst hohe Beteiligung unserer gut ausgebildeten Frauen angewiesen. Die steigende Lebenserwartung aller macht diesen Schritt hin zur Gleichstellung von Mann und Frau nötig.

Die wichtigsten Punkte der Resolution „Abgeltungssteuer: Ja zur pragmatisch schweizerischen Lösung“:

- › **Die FDP-Delegierten fordern den Bundesrat auf, rasch mit weiteren, v.a. europäischen Staaten, analoge Abkommen zu demjenigen mit Deutschland abzuschliessen.** Im Gegenzug ist sicherzustellen, dass Schweizer Banken einen nachhaltigen besseren Zutritt zu den Finanzmärkten der

Vertragsstaaten erhalten. Die Bürokratie für die Umsetzung der Abgeltungssteuer ist für die Banken möglichst klein zu halten.

- › **Die FDP-Delegierten lehnen die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug ab.** Steuerdelikte verurteilt die FDP und schwere Steuerhinterziehung soll im bestehenden System hart geahndet werden. Generell verdienen aber Steuerpflichtige Vertrauen; sie alle zu kriminalisieren wird abgelehnt. Stattdessen ist die Steuerehrlichkeit dank moderater Steuerbelastung und guter Staatsleistungen weiterhin zu sichern.
- › **Die FDP-Delegierten fordern vom Bundesrat eine Finanzmarktstrategie, welche über die Bewältigung der Altlasten hinaus geht und dem Finanzplatz durch gute Rahmenbedingungen neue Geschäftsfelder eröffnet.** Finanz- und Werkplatz sind verzahnt – sind beide stark, können Arbeitsplätze und Wohlstand nachhaltig gesichert werden. Im harten internationalen Standortwettbewerb fordert die FDP Geschlossenheit im Innern als Basis einer klugen, interessenbasierten Außenpolitik.

3. **Parteiarbeit mit kantonalen Vertretern im Jahr 2012**

Matthias Leitner, Kampagnenleiter

3.1. **Parteipräsidentenkonferenz (PPK)**

Die kantonalen Parteipräsidenten tagten auch im Jahr 2012 regelmässig (10. Februar, 16. März, 20. April, 22. Juni, 23. August, 26. Oktober, 20. Dezember).

In der ersten Jahreshälfte waren in der PPK unter anderem die Neuwahl des Parteipräsidiums, sowie der Abschluss der Volksinitiative „Bürokratie-Stopp!“ Schwerpunkte. Die zweite Jahreshälfte war geprägt von Diskussionen zu einer Weiterentwicklung der integrierten digitalen Kommunikation. 2012 fasste die PPK die Parolen zu sechs Abstimmungsvorlagen (s.u.). Sowohl die Vorbesprechung der Positionspapiere und Resolutionen wie auch die Wahl der Mitglieder Fachkommissionen waren ständiges Traktandum.

Der 2011 gegründete PPK-Ausschuss berichtet in der Parteipräsidentenkonferenz regelmässig über die Diskussionen im Vorstand.

3.2. **Sekretärenkonferenz (SK)**

Es fand 2012 keine Sekretärenkonferenz statt, die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer waren jeweils zur PPK eingeladen. Stattdessen wurde eine kantonale Wahlkampfgruppe gebildet, welche sich bereits jetzt mit dem nationalen Wahlkampf 2015 und deren Verbindung mit den kantonalen Wahlkämpfen befasst. Die kantonale Wahlkampfgruppe tagte im September 2012 zum ersten Mal.

3.3. **Volksabstimmungen**

Im Jahr 2012 hat das Schweizer Stimmvolk über überdurchschnittlich viele Vorlage entschieden. Einige bittere Niederlagen mussten verkraftet werden aber auch einige Siege wurden gefeiert.

Zweitwohnungs-Initiative

Das Volk hat entgegen der Parole der FDP mit 50.6% die Zweitwohnungsinitiative angenommen. Die FDP hat die überparteiliche Kampagne geführt nachdem die GLP zu wenig aktiv wurde.

Bauspar-Initiative (Parole durch PPK)

Die FDP hat die Ja-Parole zur Bausparinitiative gefasst. Das Volk hat hier mit 55.8% Nein-Stimmenden gegen diese Parole entschieden.

Initiative „6 Wochen Ferien für alle!“

Die Initiative „6 Wochen Ferien für alle“ wurde vom Volk wuchtig mit 66.5% verworfen. Das Volk ist der FDP in dieser Vorlage gefolgt. Die führte das überparteiliche Komitee und eine eigene Kampagne.

Bundesbeschluss „Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls“ (Parole durch PPK)

FDP.Die Liberalen hat die Ja-Parole zum Bundesbeschluss „Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls“ beschlossen. Das Volk hat diesen mit 87% Ja-Anteil gutgeheissen.

Referendum gegen die Buchpreisbindung

Das Volk ist der FDP-Parole mit 56.1% Nein-Stimmenden gefolgt. Es war das erste von der FDP ergriffene Referendum überhaupt.

Initiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“ (Parole durch PPK)

Die Initiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“ wurde von der FDP befürwortet. Das Volk hat sie jedoch mit 68.9% abgelehnt.

Initiative „Staatsverträge vors Volk“

Die FDP hat sich gegen die Initiative „Staatsverträge vors Volk“ ausgesprochen. Das Volk ist dieser Parole gefolgt und hat die Initiative wuchtig mit 75.2% abgelehnt. Die FDP hatte eine eigene Kampagne.

Referendum „Managed Care“

Die „Managed Care“-Vorlage wurde von der FDP unterstützt. Sie hat den Lead der Befürworterkampagne übernommen und eine eigene Kampagne geführt. Das Volk hat Managed Care mit 76% abgelehnt.

Initiative „Schutz vor Passivrauchen“

FDP.Die Liberalen hat die Initiative „Schutz vor Passivrauchen“ abgelehnt und das überparteiliche Komitee im Abstimmungskampf geführt. 66% der Stimmbürger sind der FDP-Parole gefolgt.

Initiative „Sicheres Wohnen im Alter“ (Parole durch PPK)

Die FDP hat sich gegen die Initiative „Sicheres Wohnen im Alter“ ausgesprochen. Das Volk ist dieser Parole mit 52.6% gefolgt.

Bundesbeschluss „Jugend&Musik“ (Parole durch PPK)

FDP.Die Liberalen hat die Nein-Parole zum Bundesbeschluss zur Jugendmusikförderung gefasst. Das Volk hat die Vorlage mit 72.2% angenommen.

Referendum gegen das Tierseuchengesetz (Parole durch PPK)

Das Volk hat das revidierte Tierseuchengesetz mit 68.3% angenommen. Die FDP hat das überparteiliche Befürworterkomitee geführt.

3.4. Volksinitiative „Bürokratie-Stopp!“

Die Initiative konnte am 12. April 2012 mit 100'650 Unterschriften eingereicht werden. Die Überprüfung der Gültigkeit der Unterschriften hat ergeben, dass lediglich 97'537 Unterschriften gezählt werden durften. Die Volksinitiative „Bürokratie-Stopp!“ ist somit bereits in der Sammelphase am Quorum der 100'000 gültigen Unterschriften gescheitert.

Das parlamentarische Jahr 2011

Iris Grob, Fraktionssekretärin

4. Frühlingsession 2012 – Session de printemps 2012 (27.02. – 16.03.12)

Die Frühlingsession stand im Zeichen der Volksinitiative „gegen die Abzockerei“. Der indirekte Gegenvorschlag ist nach jahrelangem Seilziehen endlich unter Dach und Fach. Damit hat sich ein tauglicher Kompromiss zwischen den Anliegen der Volksinitiative und der Handlungsfreiheit der Unternehmen durchgesetzt. Der Nationalrat hat zudem entschieden, dass der Initiative bei einer Volksabstimmung ein direkter Gegenvorschlag – bestehend einzig aus einer „Bonussteuer“ - gegenübergestellt werden soll.

Die Session war für die FDP-Fraktion auch geprägt durch die Frage, wer im April die Nachfolge von Fulvio Pelli als Parteipräsident der FDP. Die Liberalen antreten wird. In der letzten Sessionswoche lagen die Karten auf dem Tisch: Der Aargauer Nationalrat Philipp Müller stellt sich für diese verantwortungsvolle und herausfordernde Aufgabe zur Verfügung und lanciert seine Kandidatur.

National- und Ständerat beschäftigten sich in der Frühlingsession mit der Bahnreform 2. Der Preisüberwacher soll seine Kompetenzen bei der Festlegung der SBB-Fernverkehrstarifs behalten. Beide Räte sprachen sich zudem gegen eine temporäre Befreiung der Hotellerie von der Mehrwertsteuer aus.

Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit der Swissness-Vorlage befasst. Weiter wies die grosse Kammer die Vorlage über eine Änderung der Verrechnungssteuer zur Überarbeitung an den Bundesrat zurück und beschloss dafür eine befristete Befreiung der CoCos von dieser Steuer. Zudem hat der Rat bei der Revision des Raumplanungsgesetzes die letzten Differenzen mit dem Ständerat ausgeräumt.

Der Ständerat beschloss, dass der Bundesrat die Verhandlungen über ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU stoppen muss, solange ein Abschluss der Doha-Runde der WTO nicht zustande kommt. Zudem hat er als Erstrat einer Verschärfung der Pauschalbesteuerung zugestimmt.

In den Schlussabstimmungen wurden u. a. folgende Geschäfte angenommen: die Ergänzung des Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA, eine Revision des Aktienrechts, die der Abzockerinitiative als indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt wird, das Verbot von Streumunition sowie die Vorlage zur Bahnreform 2, mit der die technischen Hindernisse im grenzüberschreitenden Schienenverkehr abgebaut und eine neue gesetzliche Grundlage für Bussen gegen Schwarzfahrer geschaffen werden soll.

4.1. Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA

Nach dem Ständerat stimmt jetzt auch der Nationalrat dem ergänzten DBA mit den USA mit 110:54:14 zu. Damit wird die Schweiz den USA künftig in Fällen von Steuerhinterziehung auch dann Amtshilfe leisten, wenn sich die Anfrage auf eine Gruppe von nicht einzeln identifizierten Personen bezieht und der Verdacht auf einem bestimmten Verhaltensmuster gründet. Gegen die Vorlage stimmten die SVP und vereinzelt Grüne. Die FDP ist froh über diesen Entscheid. Er stellt einen wichtigen Schritt dar auf dem Weg hin zu einer Globallösung im Steuerstreit mit den USA, welchen uns einige Banken mit ihrem verantwortungslosen Geschäftsgebahren eingehandelt haben. Für die FDP ist klar, dass sie der Ergänzung nur unter der Bedingung zustimmt, dass am Schluss auch tatsächlich eine Globallösung zustande kommt. Die Bundesrätin hat versprochen, das Abkommen erst dann in Kraft zu setzen, wenn es auch so weit ist. Die FDP erwartet, dass dieses Versprechen gehalten wird.

4.2. Steueramtshilfe

Der Nationalrat hat als Erstrat das Steueramtshilfegesetz gutgeheissen. Dieses regelt die Leistung von Amtshilfe mit ausländischen Staaten auch bei Steuerhinterziehung, gemäss internationalem Standard der OECD. Die grosse Kammer ist dabei mit Unterstützung der FDP-Fraktion weitgehend dem Bundesrat gefolgt und hat die zahlreichen Minderheitsanträge von Links und Rechts verworfen. So hatten weder Anträge zur Verankerung von Gruppenanfragen für sämtliche Staaten eine Chance noch solche Anträge, welche beim Bankgeheimnis wieder einen Schritt zurück hinter geltende Standards machen wollten. Auch die Aufweichung des Bankgeheimnisses innerhalb der Schweiz wurde abgelehnt. Am Ende stimmte der Rat

dem Gesetz mit 113:58:2 zu. Mit der Verabschiedung des Amtshilfegesetzes ist für die Weissgeldstrategie des Schweizer Finanzplatzes ein wichtiges Ziel erreicht. Die FDP ist froh darüber, dass sich im Rat die Vernunft durchgesetzt hat. So ist weder der Schritt zurück hinter international geltende Standards ein gangbarer Weg noch die vorauseilende Umsetzung von Regeln, die gar noch nicht international als Standard anerkannt sind.

4.3. Verrechnungssteuer

Die FDP kann bei der Verrechnungssteuer einen Erfolg verbuchen. Ihre Anträge haben sich bei der Beratung des Gesetzes durchgesetzt. Damit soll nun die Ausgabe von Pflichtwandelanleihen (CoCos) in der Schweiz bei einstimmiger Zustimmung von der Verrechnungssteuer befreit werden. Hingegen soll der Bundesrat seine Vorschläge für einen grundlegenden Systemwechsel bei der Verrechnungssteuer überarbeiten. Diese Vorschläge sind noch nicht ausgereift. Der Bundesrat soll zuerst in einer Gesamtschau aufzeigen, in welchem Zusammenhang die Vorlage zu anderen Steuerdossiers steht (u.a. zu den derzeit in Verhandlung stehenden Steuerabkommen mit Deutschland und mit Grossbritannien), und wo er steuerpolitisch hinwill. Die Vorlage ist gestützt auf diese Gesamtschau zu überarbeiten. Die FDP teilt das Ziel des Bundesrates: es braucht eine Änderung, welche es schlussendlich allen Unternehmen ermöglicht, ihre Obligationen und Geldmarktpapiere zu konkurrenzfähigen Bedingungen aus der Schweiz heraus zu emittieren. Die jetzige Vorlage ist hierzu jedoch ungeeignet.

4.4. Revision des Raumplanungsgesetzes

Seit zwei Jahren feilschen der Stände- und Nationalrat um die Revision des Raumplanungsgesetzes. In der finalen Phase der Differenzbereinigung dieser Vorlage soll sie der grünen Landschaftsinitiative, die ein 20jähriges Verbot von neuen Bauzonen verlangt, als indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt werden. Zentral sind dabei zwei Schlüsselartikel: Artikel 5, welcher die Abschöpfung des Mehrwertes verlangt, den ein Landeigentümer erhält, wenn sein Kulturland neu als Bauland eingezont wird. Die Verpflichtung der Kantone, bei Neueinzonungen eine Abgabe von mindestens 20 Prozent zu erheben, mit der unter anderem Auszonungen entschädigt werden sollen, nahm der Nationalrat mit 117:71 Stimmen (RL 8:18) an und folgte damit dem Ständerat. Die FDP hatte sich stets gegen die verpflichtende Einführung einer solchen Mehrwertabgabe gewehrt mit dem Argument, dass es in der Verantwortung der Kantone bleiben soll, ob und wie sie eine Mehrwertabgabe einführen wollen.

Wesentlich knapper - mit 95:83 (RL 22:1:3) Stimmen – gab die grosse Kammer auch beim zweiten Streitpunkt nach: der Rückzonung von Bauzonen, die den voraussichtlichen Bedarf an Bauland der nächsten 15 Jahre überschreiten. Die FDP-Liberale Fraktion stimmte diesem Vorschlag zu, weil die Kantone dafür fünf Jahre Zeit erhalten. Es gibt heute Baulandhortung, und die Freigabe von Bauland ist seit Jahren eine Forderung. Die FDP-Liberale Fraktion stimmte diesem Vorschlag zu, weil der Vollzug beim Raumplanungsgesetz hapert. Überrasene Bauzonen dürfte es schon nach dem bisherigen Raumplanungsgesetz aus dem Jahr 1979 nicht geben. Doch das Gesetz, das haushälterischen Umgang mit dem Boden verlangt, blieb 30 Jahre lang ein Papiertiger. Die Bundesbehörden haben überdimensionierte Bauzonen in den Richtplänen stets fraglos akzeptiert und damit die Zersiedelung gefördert. Aus diesem Grund war es für die FDP richtig, dem Bund die Kompetenz zu geben, übergrosszügige kantonale Richtpläne zu korrigieren. Mit den Beschlüssen des Nationalrats, die Kantone auf eine Mehrwertabgabe zu verpflichten und darauf ihre Bauzonen der Nachfrage anzupassen, sind die Bedingungen erfüllt, welche die Träger der Landschaftsinitiative als Voraussetzung für den Rückzug ihres Begehrens genannt haben. Nach der Bereinigung der letzten Differenzen in der Sommersession ist es wahrscheinlich, dass die Initiative zurückgezogen wird.

4.5. Forschung und Innovation

Im Rahmen der Totalrevision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz hat der Nationalrat der Unterstützung eines schweizerischen Innovationsparks durch den Bund zugestimmt. Dieser Innovationspark ist ein wichtiges Element, um unser Land zusammen mit Topuniversitäten, guten Forschern, wenig Bürokratie und tiefen Steuern an der Weltspitze der Innovation zu halten. Mit diesem Mix sichern und schaffen wir Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Innovationspark ist eine 2003 von Nationalrat Ruedi Noser lancierte Forderung, die nun endlich einen weiteren Schritt hin zur Realisierung geschafft hat. Nun gilt es, den Schwung auszunutzen und rasch die Umsetzung anzugehen. Der Bund soll die Errichtung eines nationalen

Innovationsparks unterstützen können. Der Nationalrat hiess das revidierte Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz als Erstrat mit 133 gegen 42 (RL: 27:0) Stimmen gut. Die Nein-Stimmen kamen von der SVP. Kernstück des Gesetzes ist Förderung eines Innovationsparks durch den Bund. Vorgesehen ist, dass der Park mehrere Standorte haben und der Bund nicht dessen Träger sein soll.

Das Parlament will ausserdem mehr Geld für die Innovationsförderung. Beide Kammern unterstützten in der Frühjahrssession Motionen ihrer Wissenschaftskommissionen. Beim Bundesrat rennen sie damit offene Türen ein. Die Vorstösse verlangen, dass weitere Projekte vom Bund gefördert werden, die 2011 im Rahmen des Hilfspakets zur Abfederung der negativen Folgen des starken Frankens nicht berücksichtigt wurden. Der Bundesrat hatte bereits angekündigt, den Räten im Nachtragskredit I für 2012 einen Zusatzkredit von 60 Millionen Franken für Innovationsprojekte zu beantragen. Das Parlament entscheidet in der Sommersession.

4.6. Präventionsgesetz

Der Nationalrat hat sich erneut mit dem Präventionsgesetz befasst. Mit 106 zu 79 Stimmen bei 4 Enthaltungen (RL: 11:14:1) stimmte der Rat für Festhalten (=Eintreten) auf die Vorlage. Er bestätigt somit seinen ursprünglichen Entscheid. Das Präventionsgesetz geht damit zurück an den Ständerat, der das Eintreten mit einem Unterschied von einer Stimme im Vorfeld abgelehnt hatte. Die Delegierten der FDP hatten sich für dieses Organisationsgesetz ausgesprochen – unter Voraussetzung, dass keine zusätzlichen Kosten geschaffen werden. Hält der Ständerat an seiner ablehnenden Haltung fest, wird die Vorlage abgeschrieben.

4.7. Betäubungsmittelgesetz

Mit einer Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes soll ein Bussensystem für Kiffer ab 18 Jahren eingeführt werden: Wenn ein Kiffer mit weniger als 10 Gramm Cannabis erwischt wird, kann er mit 200 Franken gebüsst werden, wird aber nicht mehr angezeigt. Ziel der Vorlage ist eine schweizweit einheitliche Bussenordnung bei Cannabiskonsum und die Entlastung der Polizei und der Justiz. Die Debatte im Nationalrat wurde sehr emotional geführt. SVP und BDP scheiterten mit einem Nichteintretensantrag, setzten sich aber bei der Höhe der Busse durch. Die Höhe der Busse beträgt das Doppelte: 200 CHF - die vorberatende Kommission hatte 100 CHF empfohlen. Auch der Ermessensspielraum für Polizisten, in leichten Fällen von einer Busse abzusehen konnte keine Mehrheit finden. Damit verschärfen sie de jure die Sanktionen für Kiffer. Die FDP hat die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 13:11:1 Stimmen knapp angenommen (Gesamtabstimmung 111:65). Die Politik könne vor der Tatsache, dass in der Schweiz bis zu 500'000 Personen gelegentlich oder regelmässig kiffen, nicht die Augen verschliessen, warnte FDP Nationalrätin Christa Markwalder. Das Ordnungsbussenmodell verringere zumindest «den ganzen administrativen Aufwand, den die 33'000 Strafanzeigen pro Jahr mit sich bringen».

4.8. Gegenentwurf zur Minder-Initiative

Der auch in dieser Session beratene indirekte Gegenvorschlag zur Minder-Initiative besteht aus zwei Vorlagen. Vorlage 1 war in der Detailberatung im Nationalrat und enthält keine Bonus-Steuer. Vorlage 2 hingegen beinhaltet aktien- und steuerrechtliche Bestimmungen für den Anteil von Vergütungen, welcher 3 Millionen Franken übersteigt. FDP.Die Liberalen ist erfreut, dass der Nationalrat mit 98:85 erneut einen indirekten Gegenentwurf zur Minder-Initiative mit Bonus-Steuer abgelehnt hat. Die nun beschlossene Lösung bezüglich der Abstimmung über die Vergütung der Geschäftsleitung ist ein annehmbarer Kompromiss zwischen den Anliegen der Initiative und der Handlungsfreiheit der Aktionäre. FDP.Die Liberalen setzt sich weiterhin für ein progressives, flexibles, wirtschaftsnahes Aktienrecht ein, denn die Flexibilität des schweizerischen Aktienrechts ist ein wichtiger Standortvorteil, den es zu wahren gilt. Der indirekte Gegenentwurf wurde in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen.

4.9. Swissness

Die Swissness-Vorlage bezweckt die Verstärkung des Schutzes der Herkunftsangabe ‚Schweiz‘ und des Schweizer Kreuzes im Inland und im Hinblick auf die Rechtsdurchsetzung im Ausland. Der Nationalrat diskutierte in diesem Zusammenhang die Frage, wie viel Schweiz drin sein muss, damit Schweiz draufsteht

darf? Er entschied gemäss unserer Position, dass bestimmte Lebensmittel als "swiss made" verkauft werden können, wenn 60 Prozent des Gewichts der Rohstoffe aus der Schweiz stammen. Die Quote von 60 Prozent gilt nur für stark verarbeitete Lebensmittel. Für schwach verarbeitete Nahrungsmittel gilt ein Mindestanteil von 80 Prozent. Die FDP begrüsst, dass mit dieser Vorlage den Mehrwert der Marke Schweiz gestärkt und Missbrauch bekämpft werden kann. Wir bedauern jedoch, dass eine unheilige Allianz von SVP und SP eine Sonderregelung für die Milch in schwach verarbeiteten Lebensmitteln durchgebracht haben. Denn diese muss nun zu 100 Prozent aus der Schweiz kommen. Diese Sonderregelung diskriminiert sämtliche anderen Produkte.

4.10. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Richterwahlen –Die Vereinigte Bundesversammlung wählte Frau Isabelle Fellrath zur neuen nebenamtliche Richterin am Bundesgericht. Die Stelle wurde nach dem Amtsantritt von François Chaix als hauptamtlicher Richter am Bundesgericht frei.

4.11. Geschäfte beider Räte

a.o. Session SNB – Beide Räte widmeten sich vor dem Hintergrund der Vorkommnisse um den ehemaligen Nationalbankpräsidenten Philipp Hildebrand dem Thema Schweizerische Nationalbank. Vorstösse zur Beschneidung der Unabhängigkeit der SNB wurden dabei mit Unterstützung der FDP-Fraktion abgelehnt. Hildebrand hat mit seinen Devisentransaktionen zwar unsensibel gehandelt, verletzte aber keine Reglemente oder Gesetze. Die FDP ist der Ansicht, dass institutionelle Änderungen nicht nötig sind. Ebenso wenig braucht es eine teure und sinnlose PUK zur Untersuchung der Vorkommnisse.

Entschädigungen für Parlamentarier – Der Ständerat will den Lohn und die Vorsorge für Parlamentarier an die Teuerung anpassen. Die kleine Kammer hielt mit 30:4 Stimmen daran fest, auf die entsprechende Vorlage seines Büros einzutreten. Dieses hatte gemäss Parlamentsressourcengesetz vorgeschlagen, Lohn, Entschädigung und Taggeld von National- und Ständeräten wie vorgesehen Anfangs Legislatur der Teuerung anzupassen. Letztmals wurden diese Posten 2008 angepasst, die Spesen und Distanzentschädigungen gar 2005. Der Nationalrat hatte die Erhöhung mit Unterstützung der FDP-Fraktion abgelehnt. Angesichts einer eher verhaltenen Wirtschaftslage und dem starken Franken wäre eine solche „Gehaltserhöhung“ ein falsches Signal. Nun geht der Ball zurück an den Nationalrat.

Mehrwertsteuer – Die Hotellerie wird nicht von der Mehrwertsteuer befreit. Beide Räte sprachen sich gegen eine Sonderregelung für die Tourismusbranche aus. Damit ist die Vorlage vom Tisch. Die FDP ist froh über diesen Entscheid. Eine Subventionierung nach dem Giesskannenprinzip für eine einzelne Branche, welche den Bund 150 Mio. Franken kosten würde, lehnt die FDP ab. Auch besteht die Gefahr, dass damit weitere Sektoren Begehrlichkeiten anmelden. Die Hotellerie leidet unter dem starken Franken, Abhilfe soll jedoch über den Weg der administrativen Entlastung sowie die Bekämpfung der Hochpreisinsel Schweiz geschaffen werden.

Bekämpfung von Waffenmissbrauch – Mit 91:63 (RL 1:22) Stimmen beschloss der Nationalrat, dass die Armee künftig «automatisch über hängige Strafverfahren informiert wird». Heute ist der Informationszufluss erst dann gewährleistet, wenn eine Verurteilung vorliegt. Die neue Regelung soll es den Militärbehörden ermöglichen, potenzielle Gewalttäter schon während eines Verfahrens zu erkennen und ihnen die Armeewaffe früher wegzunehmen. Auf diese Weise, so hoffen die Politiker, könnten Bluttaten verhindert werden. Die FDP-Liberale Fraktion war der Meinung, dass die kantonalen Strafverfolgungsbehörden in der Verantwortung stehen. Sie haben einen umfassenden Einblick in das Verfahren und können im kantonalen Waffenregister und im Rahmen der Amtshilfe beim Kreiskommandanten alle Daten über den Waffenbesitz einer beschuldigten Person einsehen. Aufgrund dieser Daten und des möglichen Gefährdungspotenzials können die Strafverfolgungsbehörden direkt einen vorläufigen Waffeneinzug anordnen und die Militärverwaltung informieren. Deshalb hat die FDP-Liberale Fraktion die entsprechende Motion abgelehnt. Hinzu kommt, dass die vom Nationalrat beschlossene Zusatzaufgabe mit vernünftigen Aufwand kaum zu bewältigen ist. Würden der Armee alle hängigen Strafverfahren gemeldet, hätte das zur Folge, dass die Militärverwaltung pro Arbeitstag rund 2500 Fälle bearbeiten müsste. Heute sind es etwa 200. Der Ständerat nahm die Motion «Stärkerer Schutz vor Waffenmissbrauch» hingegen oppositionslos an.

Bahnreform 2 – Der Nationalrat ist der Position der FDP gefolgt und hat es mit 151:29 (RL 24:1) entschieden abgelehnt, die Kompetenzen des Preisübersichters bei der Festlegung der SBB-Fernverkehrstarife zu beschneiden. Angesichts dieses klaren Votums ist der Ständerat anschliessend auf die Position des Nationalrats eingeschwenkt. Zuvor hat der Ständerat die Änderung mit 29:10 Stimmen gutgeheissen. Für die FDP galt es hier die Grundsatzfrage zu beantworten, ob man Etatismus pur will bzw. dem Staat die Möglichkeit geben will, die Eigentümerziele der Firma, die zu 100% in seinem Besitz ist, zu fixieren. Auf diese Weise könnten die SBB die Tarife ohne entsprechende Aufsicht in eigener Regie gestalten. Es gibt in der Schweiz kaum ein Unternehmen, das ein geringeres unternehmerisches Risiko kennt als die SBB. Aus diesem Grund hat die FDP die Beschneidung der Kompetenzen des Preisübersichters abgelehnt.

Konsumentenschutz - Konsumentinnen und Konsumenten welche Waren kaufen oder diese in eine Immobilie einbauen lassen, sind künftig mit längeren Fristen für die Produktgarantie besser geschützt. Doch berufliche Käufer, wie beispielsweise Betriebe, will der Nationalrat nicht von verlängerten Garantiefristen profitieren lassen. Die FDP ist erfreut, dass sich der Nationalrat mit 87:86 Stimmen gegen die Änderung aussprach, mit der der Ständerat besonders dem Kleingewerbe besseren Schutz hatte sichern wollen. Nachdem der Nationalrat sich gegen diese Ausdehnung ausgesprochen hatte, stiess der Ständerat seinen früheren Entscheid um und bereinigte damit die letzte Differenz. Die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung mit 130:60 gutgeheissen.

Tierschutzgesetz – Die Debatte um das revidierte Tierschutzgesetz war in beiden Räten vom Delfinverbot dominiert. In der Schweiz sollen keine Delfine und keine Wale (sic!) mehr gehalten werden dürfen. Bei der Beratung des Tierschutzgesetzes hiess der Nationalrat am Dienstag einen entsprechenden Einzelantrag von Isabelle Chevalley (GLP/VD) mit 112 zu 60 Stimmen gut. Die FDP stellte sich primär aus ordnungspolitischen Gründen gegen den Antrag (21:3:2) - die Frage eines solch spezifischen Verbots müsse geprüft werden. Während die grosse Kammer jedoch ein Haltungsverbot wünscht, entschied sich der Ständerat für ein Importverbot. Er folgte mit 22 gegen 19 Stimmen der Mehrheit seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK). Mit dem Importverbot werde nicht generell die Haltung von Delfinen verboten. Längerfristig würde das Einfuhrverbot aber dazu führen, dass diese Meeressäuger in der Schweiz nicht mehr gehalten werden, fand die Mehrheit. Mit der Differenz wollte sie erreichen, dass der Nationalrat die Frage des Verbots vertieft prüft.

4.12. Geschäfte des Nationalrats

11.076 FMI. Approbation de la réforme des quotes-parts et de la gouvernance - La quote-part suisse au Fonds monétaire international (FMI) devrait passer de quelque 5 milliards de francs à environ 8,4 milliards. Le National a donné lundi son aval à cette réforme financière et institutionnelle par 124 voix contre 43. Le Conseil des Etats doit encore se prononcer. Le PLR salue cette décision.

Revision des Epidemienetzes - Der Nationalrat hat mit 152 zu 4 (RL: 21 :0) Stimmen eine Revision des Epidemienetzes angenommen. Diese zielt darauf ab, eine angemessene Erkennung, Überwachung, Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten zu gewährleisten sowie zu einer verbesserten Bewältigung von Krankheitsausbrüchen mit grossem Gefährdungspotenzial für die öffentliche Gesundheit beizutragen. Neu wird dem Bund allein die Kompetenz gegeben, Impfungen für obligatorisch zu erklären, wenn wegen einer Epidemie eine aussergewöhnliche Lage droht. Das Gesetz geht jetzt an den Ständerat.

Nachrichtenlose Vermögenswerte - Die endlose Geschichte rund um den Umgang mit nachrichtenlosen Vermögenswerten kommt zu einem Ende: Neu sollen nachrichtenlose Vermögen nach 50 Jahren liquidiert werden können und die Gelder an den Bund fliessen. Der Nationalrat hat als Erstrat einer Änderung des Bankengesetzes zugestimmt. Mit 88:86 Stimmen hat sich die grosse Kammer dabei gegen den Willen des Bundesrates und gegen die FDP-Fraktion bei der Erlöschung des Rechtsanspruchs für ein zweistufiges Verfahren entschieden: Nach der Liquidation des Vermögens bei der Bank sollen berechnigte Personen ihre Ansprüche noch während weiteren 50 Jahren gegenüber dem Bund geltend machen können.

Aufgabenüberprüfung - Der Bundesrat muss die Aufgabenüberprüfung in der Bundesverwaltung fortsetzen und dem Parlament darlegen, auf welche Aufgaben die Verwaltung verzichtet. Der Nationalrat hat mit

Hilfe der FDP-Fraktion eine vom Ständerat abgeänderte Motion mit dieser Forderung überwiesen. Die Räte verlangen, dass der Bundesrat ihnen bis Ende Jahr eine Sammelbotschaft vorlegt.

Easy Swiss Tax - Der Nationalrat hat mit 77:74:3 knapp eine Initiative des Kantons Zürich abgelehnt, die eine Easy Swiss Tax forderte: Einkommen sollten mit Einheitstarifen besteuert werden und nur fixe Einheitsabzüge zulassen, um das Steuersystem zu vereinfachen. Die Easy Swiss Tax ist ein Projekt der FDP. Entsprechend bedauert die Fraktion die Ablehnung der Initiative. Zwar wurde bereits vor einiger Zeit ein Vorstoss der FDP-Fraktion zum Thema Steuervereinfachung überwiesen, der Bundesrat macht hier jedoch nicht vorwärts und präsentiert keine Vorlage. Mit der Initiative hätte der Druck für eine rasche Vereinfachung unseres komplizierten Steuersystems erhöht werden können.

Bürokratie-Stopp – Die FDP begrüsst, dass ihr Anliegen für weniger Bürokratie im Nationalrat mit 130:40 auf eine klare Mehrheit stiess. Mit der Parlamentarischen Initiative von Josef Zisyadis „Bürokratie-Stopp!“ wurde einem perfekten Plagiat der FDP-Volksinitiative „Bürokratie-Stopp!“ zugestimmt – Freiherr zu Guttenberg lässt grüssen. FDP. Die Liberalen ist erfreut, dass ihr Kampf gegen die absurde und schädliche Bürokratie nun sogar vom vielleicht letzten bekennenden Kommunisten unterstützt wird. Mit seinen hundert ebenso kreativen wie für den Steuerzahler kostspieligen Vorstössen – unter anderem für eine TV-Zwangspause von Mitternacht bis 6 Uhr morgens oder ein Verbot von Solarien – ist Zisyadis bisher nicht durch Einsatz für einen schlanken Staat aufgefallen.

Zwangsheiraten – Mit einer Motion hat die ehemalige FDP-Ständerätin Trix Heberlein 2006 den Bundesrat beauftragt, unverzüglich alle notwendigen gesetzgeberischen Massnahmen (Strafrecht, Zivilrecht, Ausländerrecht usw.) zu ergreifen und ein umfassendes Konzept zu erarbeiten, das geeignet ist, Zwangsheiraten und arrangierte Heiraten zu verhindern, die Opfer wirksam zu unterstützen und ihre Grundrechte zu schützen. Die FDP ist hoch erfreut, dass der Nationalrat nun entsprechende Anpassungen in sechs Gesetzen mit 128:51:3 gutgeheissen hat. Wir begrüssen, dass mit den gesetzlichen Anpassungen zum Ausdruck gebracht wird, dass Zwangsverheiratung ein Verbrechen ist, welches mit bis zu 5 Jahren Haftstrafe bestraft wird. Wichtig ist auch der Grundsatz, dass sämtliche Voraussetzungen für eine Eheschliessung ausschliesslich nach Schweizer Recht beurteilt werden.

Regierungsreform – Der Nationalrat verabschiedete als Erstrat mit 108:56 Änderungen im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz, welche die Stärkung des Bundesrates als Kollegialbehörde zum Ziel haben. Künftig soll der Bundespräsident von einer Stabsstelle der Bundeskanzlei unterstützt werden. Die Bundeskanzlei selbst erhält mehr Gewicht. Vorgeschrieben wird den einzelnen Bundesratsmitgliedern zudem die Pflicht, das Kollegium regelmässig über Geschäfte zu informieren. Vertreter der FDP haben diese Vorlage in der Kommissions- und Subkommissionsarbeit massgeblich mitgeprägt.

4.13. Geschäfte des Ständerats

Via sicura – Ohne Gegenstimme beschloss der SR im Rahmen der Differenzbereinigung der Vorlage via sicura, dass der Bund bauliche Massnahmen für sichere Fussgängerstreifen vorschreiben soll. Bislang konnte der Bund den Kantonen lediglich Vorschriften bezüglich der Signalisation machen. Für die FDP lösen neue Vorschriften des Bundes das Problem nicht, sondern es sind die Kantone gefordert die Sicherheit ihrer Fussgängerstreifen zu überprüfen. Hinzu kommt, dass mit der Kompetenzverschiebung vom Kanton zum Bund auch Kosten für den Bund anfallen. Es fehlt jedoch ein entsprechendes Konzept wie der Bund die Sanierung der Zebrastreifen finanzieren soll.

Förderung und Beschleunigung von E-Health - Der Ständerat hat eine Motion mit 26 zu 12 Stimmen überwiesen, welche eine Förderung und Beschleunigung von E-Health in Arztpraxen verlangt. Förderungsmassnahmen bestehen aus Anreizen bei den Taxipunkten, Festlegung der Regeln für verbindliche Standards und Unterstützung von Studien und Versuchen von fachübergreifenden Lösungen. Der Ständerat hat hingegen eine vom Nationalrat gewünschte Anschubfinanzierung für die notwendigen Investitionen abgelehnt. Aus unternehmerischen Gesichtspunkten sei es primär die Aufgabe der Ärzte und Ärztinnen selbst, in ihren Praxen für eine zeitgemässe Arbeitsweise und dementsprechend für die notwendigen Infrastrukturen zu sorgen. Zudem werden die jüngeren Ärztinnen und Ärzte logischerweise den Sprung wagen, da sie an elektronische Medien gewöhnt seien.

Steuerbarkeit der Demenzpolitik - Der Ständerat hat dem Bundesrat zwei Motionen stillschweigend überwiesen, welche die Schaffung einer nationalen Strategie für Demenzkranke verlangt. Ziel ist, optimale Behandlungsmethoden für alle Betroffenen zu schaffen.

Agrarfreihandel – Auch der Ständerat zieht in Sachen Agrarfreihandel die Bremse: Er stimmte als Zweitrat einer Motion mit 26:16 Stimmen zu, welche die Verhandlungen mit der EU über ein Agrarfreihandelsabkommen unverzüglich stoppen will. Die FDP bedauert diesen Entscheid.

Pauschalbesteuerung - Der Ständerat befasst sich als Erstrat mit der Vorlage zur Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer. Er beschliesst mit 35:0:5 an dieser Besteuerungsform festzuhalten, jedoch die Bedingungen für deren Anwendung zu verschärfen. So soll die Mindestlimite für den weltweiten Aufwand auf das Siebenfache des Mietzinses oder das Dreifache des Pensionspreises für Unterkunft und Verpflegung erhöht werden. Zudem gilt neu eine minimale Bemessungsgrundlage von 400 000 Franken. Anträge von Links die Mindestlimiten noch mehr zu erhöhen fanden keine Zustimmung. Die FDP ist mit dieser Lösung zufrieden. Sie trägt gleichzeitig Standortüberlegungen und dem Steuergerechtigkeitsprinzip Rechnung.

Marktzutritt für Finanzdienstleister - Der Ständerat will derzeit keine Verhandlungen über den Zutritt von Finanzdienstleistern zum EU-Markt. Er lehnte eine entsprechende FDP-Motion mit 27:7 ab. Damit wurde die Chance verpasst, der Sicherung des Marktzutritts auch angesichts der derzeit aktuellen Regulierungsprojekte der EU mit ihren ungünstigen Drittstaatenregelungen für Länder wie die Schweiz einen hohen Stellenwert einzuräumen.

Strafrecht - Der Nationalrat hat in der letzten Session eine Motion, die wieder kurze Freiheitsstrafen statt bedingte Geldstrafen möchte, in einen Prüfungsauftrag umgewandelt. Der Grund dafür ist, dass der Bundesrat die Revision des Strafgesetzbuchs bereits aufgegleist hat. Der Ständerat hat dieser Änderung ohne Gegenstimme zugestimmt.

4.14. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Postulat FDP-Fraktion: Frühwarnsystem für die Erkennung von sich anbahnenden Wirtschaftskrisen einrichten – Der Bundesrat soll einen Bericht vorlegen, wie ein über die Arbeiten der Expertengruppe Konjunkturprognosen hinausgehendes Frühwarnsystem für die Erkennung von sich anbahnenden Wirtschaftskrisen geschaffen werden kann.

Dringliche Interpellation FDP-Fraktion: Keine schleichende Ausdehnung von Gesamtarbeitsverträgen auf andere Branchen! - Mit der neuen Praxis der Allgemeinverbindlich-Erklärung von GAV des Bundesrates wird die Verbandsfreiheit ausgehöhlt. Das Verfahren ist auch rechtstaatlich und demokratisch nicht haltbar.

1. Der Bundesrat wurde deshalb gebeten, die nachstehenden Fragen zu beantworten:

Was unternimmt der Bundesrat, damit den gesetzlichen Vorgaben des AVEG künftig konsequent nachgelebt wird?

2. Was kehrt der Bundesrat vor, damit auch im Verfahren um die Allgemeinverbindlich-Erklärung von L-GAV die rechts staatlichen Verfahrensregeln eingehalten werden (EMRK, BV, BGÖ)?
3. Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass - ein GAV sich grundsätzlich an eine bestimmte Branche richten und nicht auf weitere Branchen ausgedehnt werden soll, - dabei im Interesse der Rechtssicherheit die ‚Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige‘ (NOGA-Systematik des BFS) massgebend bleiben muss?
4. Schliesst sich der Bundesrat der Auffassung an, dass die AVE von derartiger Tragweite ist, dass sie nicht bloss im Verwaltungsverfahren ohne Rechtsmittel zu entscheiden ist?

Motion FDP-die Liberale Fraktion: eHealth-Forschungsprogramm - Mit der neuen Bundesstrategie für die digitale Zukunft der Schweiz will der Bundesrat die IKT mit ihrem Innovationspotential gezielt fördern, um

die zahlreichen Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft in der Schweiz zu nutzen. Die KVG-Reformen Spitalfinanzierung (04.061) und integrierte Versorgung (04.062) bezwecken innovative und nachhaltige Versorgungsformen, die eine rasche Einführung von adäquaten EHealth-Instrumenten benötigen. Somit können wirksame, qualitativ hochwertige und kostengünstigere Prozesse im Gesundheitssystem realisiert werden.

Motion FDP-Liberale Fraktion: Interdepartementale Herangehensweise für die nächste Legislaturplanung - Der Bundesrat wird beauftragt, bei der Beurteilung der Ausgangslage der Schweiz und der Ausarbeitung der Ziele und Massnahmen für die nächste Legislaturplanung keine sektorielle, sondern eine interdepartementale Herangehensweise anzuwenden.

In Kapitel 7.1 (Nachhaltige Entwicklung auf Bundesebene) der Botschaft zur Legislaturplanung 2011-2015 schreibt der Bundesrat „Für die Umsetzung seiner Politik möchte der Bundesrat vermehrt weg von einem sektoriell orientierten Denken hin zu stärker querschnittsorientierten Lösungsansätzen wechseln“. Dieser Ansatz ist begrüssenswert, doch der Entwurf zur Legislaturplanung 2011-2015 widerspiegelt genauso ein Denken in sektoriellen beziehungsweise departementalen Strukturen, wie die Legislaturplanung 2007-2011. Von einer profunden Beurteilung der Ausgangslage in der sich die Schweiz befindet, hätte eine stringente Legislaturplanung abgeleitet werden können. In einer immer komplexer werdenden Welt, ist eine solche departementale Herangehensweise eine Barriere für effizientes Regieren. Herausforderungen sind heute vernetzter als je zuvor: Es sind nicht nur meistens verschiedene Bereiche gleichzeitig betroffen, vermehrt muss auch die internationale Dimension berücksichtigt werden.

Motion FDP-Liberale Anpassung des Natur- und Heimatschutzgesetzes in Bezug auf die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission und ihrer Aufgabe als Gutachterin. Bewilligungsverfahren haben einen bremsenden Einfluss auf die Realisierung von Projekten, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien. In diesen Verfahren müssen die Projekte je nach Technologie aufwendige Verfahren auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Stufe durchlaufen, in welche verschiedenste Ämter und Stellen involviert sind, so auch die ENHK. Demokratisch gewählte Behörden (Gemeinderäte, Regierungsräte, Gerichte) dürfen heute von den Schlussfolgerungen eines ENHK-Gutachtens kaum noch abweichen. Dieser Zustand kann nicht mehr länger akzeptiert werden. Ziel der Motion ist es, dass das Gutachten der ENHK künftig zwar eine gewichtige, jedoch nicht allein ausschlaggebende Entscheidungshilfe sein soll.

Motion FDP-Liberale Fraktion: Organisatorische und finanzielle Gleichstellung KTI und SNF - Das FIG ist dahingehend zu ändern, dass die Institutionen in den Bereichen Forschungs- und Innovationsförderung nach den gleichen organisatorischen, rechtlichen sowie finanziellen Gesichtspunkten geregelt werden. Namentlich ist die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) dem Modell des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) anzugleichen. An den Aufgaben sowie an der inhaltlichen Ausrichtung der beiden Institutionen ist festzuhalten.

Die Behördenkommission als Organisationsform der KTI ist nicht zweckmässig. Das Jährlichkeitsprinzip in der Kreditführung (bei grösstenteils mehrjährigen Projekten) und die fehlende Möglichkeit, Rückstellungen zu bilden, schränken die KTI-Förderung unnötig ein. Eine Unabhängige Stiftung (analog zum SNF) wäre eine optimale Lösung. Weitere Vorteile dieser Lösung wären eine starke administrative Vereinfachung, eine klare Aufteilung zwischen strategischer und operativer Ebene und vereinfachte Entscheidungsfindung, da Kompetenzen und Verantwortung bei einer Stiftung auf derselben Ebene angesiedelt sind.

Motion: Wohlstandsflüchtlinge direkt ins Heimatland wegweisen, Selbsteintrittsrecht nach Dublin II anrufen – Der Bundesrat wird mit dieser Fraktionsmotion aufgefordert, gestützt auf Artikel 3 Absatz 2 der Dublin-Verordnung das Selbsteintrittsrecht anzuwenden, wenn dies aus humanitären Gründen angezeigt ist oder wenn die rasche Überstellung von Dublin-Fällen ins Erstasyland nicht möglich ist. Personen, bei denen keine Asylgründe vorliegen, können so direkt ins Heimatland weggewiesen werden. Diese Massnahme verbessert die desaströse Asylunterkunftssituation in der Schweiz, garantiert faire und rechtsstaatliche Verfahren, ermöglicht den effizienten Vollzug von Nicht-Eintretensentscheiden, demonstriert Solidarität mit den Mittelmeerstaaten und reduziert gleichzeitig die Attraktivität der Schweiz als Asylort für Personen ohne Asylgrund.

4.15. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 23 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die dreiwöchige Frühjahrsession abgeschlossen. Parlamentarisch unter Dach kamen:

- › mit 134:56 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Nationalrat) und 39:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Ergänzung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und den USA, mit der sich die Schweiz verpflichtet, den USA auch bei Gruppenanfragen Steueramtshilfe zu leisten;
- › mit 122:73 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 24:13 Stimmen bei 4 Enthaltungen ein Bundesbeschluss, in dem das Parlament dem Stimmvolk die eidgenössische Volksinitiative "Für ein gutes Klima" zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 119:77 Stimmen bei 1 Enthaltung und 36:6 Stimmen bei 1 Enthaltung ein Bundesbeschluss, in dem das Parlament die Volksinitiative "Sicheres Wohnen im Alter" zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 138:52 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 28:7 Stimmen bei 7 Enthaltungen ein Bundesbeschluss, in dem das Parlament dem Stimmvolk die Volksinitiative "Schutz vor Passivrauchen" zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 156:73 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 31:6 Stimmen bei 6 Enthaltungen ein Bundesbeschluss, in dem das Parlament die Volksinitiative "Jugend + Musik" zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 193:0 Stimmen bei 1 Enthaltung und 42:1 Stimmen eine Revision des Aktienrechts, die der Abzockerinitiative als indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt wird;
- › mit 152:31 Stimmen bei 12 Enthaltungen und 43:0 Stimmen eine Revision des Kriegsmaterialgesetzes, mit der die Voraussetzungen für die Ratifizierung des Verbots von Streumunition geschaffen werden;
- › mit 151:32 Stimmen bei 14 Enthaltungen und 43:0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Übereinkommens über Streumunition;
- › mit 187:7 Stimmen und 39:4 Stimmen eine Revision des Waldgesetzes, mit der die Rodungersatzpflicht gelockert wird;
- › mit 130:60 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 38:5 Stimmen eine Revision des Obligationenrechts, mit der die Produktgarantien verlängert werden;
- › mit 195:0 Stimmen und 43:0 Stimmen das Bundesgesetz über den zweiten Schritt der Bahnreform 2, mit der die technischen Hindernisse im grenzüberschreitenden Schienenverkehr abgebaut und eine neue gesetzliche Grundlage für Bussen gegen Schwarzfahrer geschaffen werden;
- › mit 197:0 Stimmen und 43:0 Stimmen das Bundesgesetz über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten;
- › mit 192:1 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 43:0 Stimmen eine Revision des Tierseuchengesetzes, mit der die Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen in der Tierseuchenbekämpfung neu geregelt und der Hausierhandel mit Hundewelpen verboten werden;
- › mit 137:0 Stimmen bei 59 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Hongkong;
- › mit 197:0 Stimmen und 42:1 Stimmen die revidierte Verordnung der Bundesversammlung zu den Löhnen und Arbeitsbedingungen der Richterinnen und Richter des Bundesstraf-, des Bundesverwaltungs- sowie des Bundespatentgerichts;

- › mit 191:0 Stimmen und 43:0 Stimmen das Bundesgesetz über die Änderung des Höchstalters für Richter und Richterinnen des Bundesstraf-, des Bundesverwaltungs- sowie des Bundespatentgerichts;
- › mit 195:0 Stimmen und 43:0 Stimmen das Bundesgesetz über die Unterstützung von Dachverbänden der Weiterbildung;
- › Das Parlament befand auch über sechs Doppelbesteuerungsabkommen, in denen die Amtshilfe in Steuerfragen auf Steuerhinterziehung ausgeweitet wird. Parlamentarisch unter Dach kamen:
 - › mit 100:15 Stimmen bei 82 Enthaltungen und 41:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss über das Doppelbesteuerungsabkommen mit Rumänien;
 - › mit 160:12 Stimmen bei 24 Enthaltungen und 43:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das Doppelbesteuerungsabkommen mit Schweden;
 - › mit 182:13 Stimmen bei 1 Enthaltung und 43:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das Doppelbesteuerungsabkommen mit Singapur;
 - › mit 178:14 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 43:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das Doppelbesteuerungsabkommen mit Malta;
 - › mit 102:13 Stimmen bei 79 Enthaltungen und 41:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss über das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Slowakei;
 - › mit 115:16 Stimmen bei 64 Enthaltungen und 43:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Republik Korea.

Abstimmen können wird das Stimmvolk über die **Klimainitiative** sowie die beiden Initiativen "**Sicheres Wohnen im Alter**" und "**Schutz vor Passivrauchen**".

5. Sondersession 2012 des Nationalrates

5.1. Legislaturplanung 2011 - 2015

Die Sondersession 2012 ist hauptsächlich der Behandlung der Legislaturplanung durch den Nationalrat gewidmet. Mit der Legislaturplanung 2011–2015 formuliert der Bundesrat seine politische Agenda für die kommenden vier Jahre. Er legt darin die übergeordneten Leitlinien und die daraus abgeleiteten Ziele und Massnahmen fest. Er muss dieses „Programm“ dem Parlament mittels einem einfachen Bundesbeschluss vorlegen. Beide Räte können Anpassungen vornehmen.

Der Nationalrat hat während eineinhalb Tage ohne Enthusiasmus die Beratungen zur Legislaturplanung 2011-2015 durchgeführt. Er schrieb dabei dem Bundesrat als zusätzliche Leitlinie die verstärkte Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau in die politische Agenda. Die Schweiz soll für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter sorgen - in Familie, Ausbildung und Arbeit, aber auch beim Rentenalter. Der Nationalrat nahm zudem an den vom Bundesrat vorgeschlagenen Leitlinien zahlreiche Änderungen vor. So wurde der Bundesrat etwa beauftragt, den administrativen Aufwand für Unternehmen zu senken, die Industrie zu fördern und die Emissionsabgaben vollständig abzuschaffen. Der Bundesrat soll auch den Standort Genf für internationale Organisationen stärken und versuchen, in diesen Organisationen dank einer Personalstrategie mehr Schweizerinnen und Schweizer zu platzieren. Aus der Planung gestrichen wurde das Ziel, mit der EU ein Landwirtschaftsabkommen abzuschliessen.

In der stundenlangen Debatte wurde von allen Parteien auch zum Ausdruck gebracht, dass das Instrument der Legislaturplanung in dieser Form nicht befriedigt. FDP, CVP, BDP und GLP forderten, dass das Instrument erneut angepasst wird. Kritisiert wurde etwa, dass der Plan vom Parlament abgesegnet werden muss, obwohl es sich um ein Programm der Exekutive handelt. Auch die FDP-Fraktion ist vom Instrument und seiner Umsetzung durch den Bundesrat in dieser Form nicht überzeugt. Es handelt sich um eine Trockenübung mit wenig konkreten Folgen, da die Planung meist von der Realität überholt werde. Die Fraktion brachte einen Vorstoss ein, wonach der Bundesrat bei der nächsten Legislaturplanung einen interdepartementalen Ansatz verfolgen soll und nicht einen sektoriellen. Die FDP verspricht sich davon, dass es zu einer stärkeren Prioritätensetzung kommt.

5.2. Weitere Geschäfte

Öffnungszeiten von Tankstellenshops - Tankstellenshops sollen rund um die Uhr geöffnet haben und das gesamte Sortiment verkaufen dürfen. Der Nationalrat hat am Donnerstag eine auf eine Parlamentarische Initiative von FDP-Nationalrat Christian Lüscher zurückgehende Gesetzesänderung gutgeheissen. Die heutige Situation ist absurd. So dürfen Tankstellenshops nachts zwar Kaffee oder Sandwiches verkaufen, nicht aber andere Produkte. Viele Shops müssen deshalb einen Teil ihres Lokals absperren. Neu sollen Tankstellenshops auf Autobahnraststätten und an Hauptverkehrsstrassen auch sonntags und nachts ohne Sonderbewilligung Personal beschäftigen dürfen. Die Gewerkschaften haben angekündigt, das Referendum zu ergreifen, falls die Vorlage auch im Ständerat durchkommt.

Waffenexporte - Die Ausfuhr von Kriegsmaterial in autokratisch geführte Länder soll nicht verboten werden. Der Nationalrat hat eine Motion von Hildegard Fässler (SP/SG) mit dieser Forderung abgelehnt. Die bestehenden Gesetze und Verordnungen seien bereits heute restriktiv, fand die Mehrheit im Einklang mit dem Bundesrat. Mit dem gleichen Argument wurde eine Motion des früheren Nationalrats Jo Lang (Grüne/ZG) abgelehnt. Dieser hatte einen sofortigen Kriegsmaterial-Exportstopp für die Länder des Mittleren und Nahen Ostens sowie in den Maghreb gefordert.

6. Sommersession 2012 – Session d’été 2012 (29.05. bis 15.06.12)

Die Sommersession wurde überschattet durch das unerwartete Ableben unseres Nationalrates Otto Ineichen. Tief betroffen haben die Fraktion, das Sekretariat und das gesamte Parlament von seinem Tod Kenntnis nehmen müssen. Mit ihm ist ein über Kantons- und Parteigrenzen hinweg geschätzter Freund, Politiker und Unternehmer von uns gegangen, der sich mit Herzblut und Leidenschaft in der Politik engagiert hat. Wir werden Otto im Gedächtnis und unseren Herzen behalten.

Thematisch stand die Session insbesondere im Zeichen der Asylpolitik. Dabei setzten sich die bürgerlichen Parteien mit einer Verschärfung des Gesetzes durch. Die Debatte im Nationalrat verlief sehr emotional. Während die Linke von der Grenze des Zumutbaren sprach und die Tradition der Solidarität der Schweiz in Gefahr sah, ging es für die andere Seite darum, bestehende Missstände anzugehen und das heute herrschende Chaos im Asylwesen zu beheben.

National- und Ständeräte haben die Landschaftsinitiative zur Ablehnung empfohlen, und deren indirektem Gegenvorschlag – der Teilrevision des RPG - zugestimmt. Die FDP wird beides bekämpfen. Die Initiative ist das falsche Mittel, um die Zubetonierung der Schweiz zu stoppen. Die Einführung der obligatorischen Mehrwertabgabe und die Verpflichtung, Bauzonen zu reduzieren, kann die FDP so nicht unterstützen. Weiter haben beide Kammern den Steuerabkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich zugestimmt. Damit ist der Weg frei, einerseits für eine Lösung der Altlastenproblematik und andererseits für ein Besteuerungsmodell der Zukunft. Auch das Umsetzungsgesetz, welches aufgrund einer Zwängerei der SP-Fraktion beinahe gescheitert wäre, kam in der Schlussabstimmung knapp durch.

In den Schlussabstimmungen haben beide Räte nach langem Seilziehen den direkten Gegenvorschlag zur Abzocker-Initiative abgelehnt. Damit kommt die Volksinitiative ohne die wirtschaftsschädigende Bonussteuer als Gegenvorschlag vor das Volk. Die FDP wird im Abstimmungskampf auf den gelungenen indirekten Gegenvorschlag setzen. Dieser berücksichtigt 20 von 24 Forderungen der Minder-Initiative und ermöglicht einen wirtschaftsverträglichen Weg, Exzesse zu verhindern und den Unternehmen trotzdem genug Freiheit im unternehmerischen Handeln zu lassen.

6.1. Gegenentwurf zur Minder-Initiative

Nachdem der Ständerat dem direkten Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Gegen die Abzockerei" auf Verfassungsstufe inklusive Bonussteuer in der ersten Sessionswoche mit 23:15 zugestimmt hat, konnte diese wirtschaftsschädigende Vorlage vom Nationalrat im letzten Moment noch versenkt werden. Der direkte Gegenvorschlag hätte die Steuerlast für die Unternehmen zusätzlich erhöht. Höhere Steuern sind aber das letzte, was die Unternehmen jetzt brauchen können. Die Unternehmen leiden schon zu sehr unter der unsicheren Wirtschaftslage und dem starken Franken. Die FDP-Liberale Fraktion ist erfreut, dass der Nationalrat in den Schlussabstimmungen die nutzlose Bonus-Steuer abgelehnt hat. Diese ist eine Augenwischerei, da sich die betroffenen Mitarbeiter problemlos im Ausland anstellen lassen und weiterhin exzessive Boni beziehen könnten. Auch blindwütige Regulierungen, wie es die Minder-Initiative verlangt, lehnen wir ab.

Auch die FDP ist der Auffassung, dass gezielte Verbesserungen im Aktienrecht notwendig sind, da eine kleine Anzahl von Unternehmen und Topmanagern in der Schweiz in den letzten Jahren mit überhöhten Boni und goldenen Fallschirmen Anstand und Mass verloren haben. Deshalb haben wir auf allen Wegen und Umwegen konstruktiv mitgearbeitet und einen glaubwürdigen indirekten Gegenvorschlag miterarbeitet, der in der letzten Frühlingssession verabschiedet wurde. Er stärkt die Rechte der Aktionäre und lässt diese über die Löhne der Unternehmensspitze entscheiden. Die FDP steht hinter dem gelungenen indirekten Gegenvorschlag, der 20 von 24 Forderungen der Minder-Initiative berücksichtigt. Dieser ermöglicht einen wirtschaftsverträglichen Weg, Exzesse zu verhindern und den Unternehmen trotzdem genug Freiheit im unternehmerischen Handeln zu lassen.

6.2. Volksinitiative « für eine starke Post »

Der Nationalrat zusammen mit der FDP hat mit 123:56 (RL 28:0) Stimmen gegen die Postinitiative abgelehnt. Die FDP setzt sich für eine flächendeckende Grundversorgung ein. Dafür reichen jedoch die Sicherungen im neuen Postgesetz mehr als ausreichend. Geschickt wurde im Rahmen der Beratungen zur Postgesetzrevision mit der Angst gespielt, dass die Aufhebung des Briefmonopols zu einem Abbau der postalischen Grundversorgung führen würde. Mit der Revision des Postgesetzes haben wir der Post den Rahmen gegeben, damit sich das Unternehmen weiterentwickeln kann. Auch nach der Revision der Postgesetzgebung ist die Schweiz unverändert Weltmeisterin in der Disziplin Grundversorgung mit postalischen Dienstleistungen. Die Auflagen für die von der Post zu erbringende Grundversorgung wurden ausgebaut und der unternehmerische Spielraum eingeeengt. Weiter wurde darauf verzichtet, das Briefmonopol der Post ganz abzuschaffen. Hinzu kommt, dass für die FDP die Forderung der Initiative, Postfinance zu einer Postbank auszubauen, die selber Hypotheken und Kredite gewähren kann, inakzeptabel ist. Die FDP ist überzeugt, dass es keine weiteren Banken mit einer

Staatsgarantie braucht. Auch die Forderungen der Initiative, dass auf Poststellen nur Angestellte der Post arbeiten dürfen, würde für die FDP die unternehmerische Freiheit der Post weiter schmälern.

6.3. Revision Asylgesetz

FDP. Die Liberalen ist erfreut über das Ergebnis der Asylgesetz-Revision. Nachdem der Nationalrat mit 158:34 auf die Vorlage eingetreten ist, konnten wir unsere wichtigsten Forderungen durchbringen. Zu den wichtigsten Erfolgen der FDP-Liberalen Fraktion gehört ihr Antrag zur Ersetzung der Sozialhilfe durch eine erweiterte Nothilfe. Bei besonders verletzlichen Personen im Asylverfahren wie Familien, älteren Menschen, Traumatisierten oder Verletzten ändert sich jedoch nichts an der bisherigen Regelung. Aber junge, gesunde Männer in einem laufenden Asylverfahren sollen künftig ausschliesslich erweiterte Nothilfe erhalten. Diese Hilfe ist umfangreicher als die Nothilfe für Personen mit einem Wegweisungsentscheid. Die erweiterte Nothilfe beinhaltet neben Unterkunft, Nahrung und Kleidung auch eine Krankenversicherung und den Zugang zu Beschäftigungsprogrammen. Damit wahrt die Schweiz ihre wichtige humanitäre Tradition. Die Änderung macht die Schweiz für Wirtschaftsflüchtlinge weniger attraktiv und schützt weiterhin die Schwachen.

Auf Antrag der FDP konnte zudem die Dringlichkeitserklärung von verschiedenen Verbesserungen erreicht werden. Für dringlich erklärt wurden der Entscheid zur vorübergehenden Nutzung von Bundesunterkünften, die Abschaffung von Botschaftsgesuchen, die Bundesmitfinanzierung von Haftplätzen und die besondere Unterbringung von renitenten Asylsuchenden.

Einige extreme Forderungen von Links und Rechts wurden mit den Stimmen der geschlossenen FDP-Fraktion verworfen. So konnten einerseits die Forderung von SVP und Lega nach Internierungszentren bzw. geschlossener Unterbringung von renitenten Asylsuchenden abgewendet werden, da es nicht angeht, Personen ohne richterlichen Entscheid zu inhaftieren. Und andererseits konnte der Antrag von SP und Grünen, welcher den Status quo bewahren wollte, mit 130:60 abgelehnt werden. Der Nationalrat hat sich im Sinne der FDP mit 136:54 für die zielgerichtete Massnahme der Schaffung von besonderen Zentren für renitente Asylsuchende ausgesprochen.

Die beschlossenen Massnahmen alleine werden das Asylchaos nicht von heute auf morgen beheben können. Aber sie bringen gezielte Verbesserungen, die positive Auswirkungen auch auf die Umsetzungsprobleme haben. Entscheidend für den Erfolg dieser Revision ist die Umsetzung.

6.4. Steuerabkommen mit D, GB und AU

Das Parlament hat die drei Steuerabkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich mit einer soliden Mehrheit gutgeheissen. Dagegen stimmten die SVP-Fraktion und Teile der SP-Fraktion. Alle anderen Fraktionen sprachen sich dafür aus und machten so den Weg frei, einerseits für eine Lösung der Altlastenproblematik und andererseits für ein Besteuerungsmodell der Zukunft. So können ausländische Bankkunden ihre Altlasten mit einer einmaligen Nachbesteuerung bereinigen und in Zukunft ordnungsgemäss ihre Steuern ohne Verletzung der Privatsphäre bezahlen. Ein weiterer Vorteil stellt der verbesserte Marktzutritt für Schweizer Banken dar. Die FDP. Die Liberalen lancierte die Abgeltungssteuer erstmals im Jahr 2009, als zentrales Instrument einer Strategie für einen steuerkonformen und wettbewerbsfähigen Finanzplatz. Die drei ersten vorliegenden Abkommen entsprechen zwar in einzelnen Punkten nicht vollständig unseren Erwartungen. Dennoch überwiegen die Vorteile: So etabliert sich die Abgeltungssteuer zur international anerkannten Alternative zum automatischen Informationsaustausch, den die FDP entschieden ablehnt. Das für die Abkommen benötigte Umsetzungsgesetz hingegen wurde lediglich knapp – mit 10 Stimmen Vorsprung – angenommen. Die Linke startete hier ein Powerplay, um die Schweiz dem automatischen Informationsaustausch einen Schritt näher zu bringen. Die Zwängerei war nicht von Erfolg gekrönt. Es erstaunt schon, dass die Linken bereit waren, ausgerechnet alle Sanktionen und Strafbestimmungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Abkommen (denen sie ja zustimmt) zu riskieren. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus. Mindestens das Abkommen mit Deutschland ist trotz Verabschiedung noch nicht unter Dach und Fach. Die AUNS hat angekündigt, das Referendum zu ergreifen.

6.5. Legislaturplanung 2011-2015

Die Legislaturplanung ist die Roadmap des Bundesrates für die Legislatur. Das Parlament hat die Möglichkeit darauf Einfluss zu nehmen. Nachdem sich der Nationalrat anlässlich einer zweitägigen Sondersession im Mai mit der Legislaturplanung beschäftigte, war während der Sommersession der Ständerat an der Reihe.

Die Legislaturplanung des Bundesrates umfasst insgesamt sieben Leitlinien. Die siebte Leitlinie ist die Gleichstellung von Mann und Frau. Diese vom Nationalrat vorgeschlagene Leitlinie wurde auch von Ständerat unterstützt. Sie umfasst auch das Ziel, das Rentenalter anzugleichen, was die Schieflage der AHV und des BVG etwas lindern könnte.

Die Leitlinien werden in Zielen und Massnahmen präzisiert. Zu den Zielen gehören unter anderem ein ausgeglichener Bundeshaushalt, ein attraktives und glaubwürdiges Steuersystem, ein gestärktes Verhältnis zur EU und der Ausstieg aus der Atomenergie. Auch will sich der Bundesrat in der Friedenspolitik engagieren.

Mehrere mit „Moralin“ aufgeladene Massnahmen, die der Nationalrat zusätzlich in die Planung eingebaut hatte, strich die Ständerat stillschweigend wieder. So wurde der Legislaturplanung wieder mehr Konsistenz gegeben.

Es ist gut möglich, dass die eidgenössischen Räte künftig keine Änderungen mehr an der Legislaturplanung des Bundesrates vornehmen können. Die vorberatende Kommission des Ständerates hat bereits eine entsprechende parlamentarische Initiative angekündigt. So soll die Planung von der Bundesversammlung nur noch zur Kenntnis genommen werden - wie bereits in den Jahren vor 2004.

6.6. Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2013-2016

Für die Jahre 2013-2016 sieht der Bundesrat für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) rund 26 Milliarden Franken vor. Dies ist im Vergleich zu anderen Bereichen mit rund 3.7% Wachstum ein überproportionaler Anstieg. Die FDP hat diese Investition in die Zukunft der Schweiz begrüsst. Eine qualitativ hochstehende Bildungs- und Forschungslandschaft hat für die Schweizer Wirtschaft eine herausragende Bedeutung. Aus finanzpolitischen Gründen hat der Ständerat die Mittel für die verschiedenen Bildungsinstitutionen nicht aufgestockt.

Der Bundesrat beantragte gesamthaft rund 26 Milliarden Franken für den ETH-Bereich, die Berufsbildung, die Fachhochschulen, die Forschungs- und Innovationsförderung, die internationale Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft sowie für die Unterstützung der Kantone für die Universitäten und das Stipendienwesen. Rund 10 Prozent der gesamten Mittel des Bundes werden heute für die Förderung von Bildung und Forschung eingesetzt. Nominell beträgt das jährliche Wachstum in der Periode 2013-2016 3,7 Prozent.

Aus finanzpolitischen Gründen und entgegen seiner vorberatenden Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) hat es der Ständerat abgelehnt, die Zahlungsrahmen in einigen Bereichen um insgesamt 292,2 Millionen Franken zu erhöhen und das Ausgabenwachstum über die Zeit zu glätten. Die Entscheide fielen jeweils mit einer Stimme Unterschied sehr knapp aus.

6.7. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Richterwahlen – Lorenz Kneubühler und Niklaus Oberholzer, beide SP, werden neue Richter am Bundesgericht. Die vereinigte Bundesversammlung hat die beiden Herren am Mittwoch für den Rest der Amtsperiode 2009-2014 gewählt. Die zwei neuen Richter ersetzen Niccolò Raselli und Vera Rottenberg Liatowitsch, die auf Ende Juni respektive Ende Jahr zurücktreten.

6.8. Geschäfte beider Räte

Verkehrssicherheitsprogramm Via sicura - Im Gegensatz zum Ständerat will der Nationalrat Kinder unter 14 Jahren beim Velofahren nicht zum Helmtragen verpflichten. Beim umfangreichen Verkehrssicherheitsprogramm Via sicura ist es das Helmbobligatorium für unter 14-Jährige über das die eidgenössischen Räte seit längerem einen kleinen Glaubenskrieg austragen. Für die FDP ist unbestritten, dass sich kluge Köpfe auf dem Velo schützen sollten und Kinderköpfe noch besonders empfindlich sind. Für die FDP war von Anfang an klar, dass man beim Helmtragen auf Selbstverantwortung setzen sollte und nicht auf ein Obligatorium. Mit 136:46 (RL 24:3). Der Ständerat hat sich stillschweigend dem Nationalrat angeschlossen. Gegen den Willen der FDP hat sich der Nationalrat mit 96:84 (RL 4:23) dem Ständerat angeschlossen. Heute müssen die Polizisten einen Autofahrer der gemäss Atemprobe 0,8 oder mehr Promille aufweist zur Blutentnahme ins Spital begleiten. Neu soll nun statt einer Blutprobe ein Atemlufttest genügen, um die Fahruntüchtigkeit des Automobilisten festzustellen. Für die FDP Fraktion schadet die Atemalkoholprobe der Rechssicherheit, da unter Experten umstritten ist, ob diese als Beweis vor Gericht anerkannt wird.

Zwangsheiraten – Mit einer Motion hat die ehemalige FDP-Ständerätin Trix Heberlein 2006 den Bundesrat beauftragt, unverzüglich alle notwendigen gesetzgeberischen Massnahmen (Strafrecht, Zivilrecht, Ausländerrecht usw.) zu ergreifen und ein umfassendes Konzept zu erarbeiten, das geeignet ist, Zwangsheiraten und arrangierte Heiraten zu verhindern, die Opfer wirksam zu unterstützen und ihre Grundrechte zu schützen. Die FDP ist hoch erfreut, dass das Parlament nun die letzten Differenzen bereinigt hat und in der Schweiz Zwangsheiraten nicht mehr toleriert werden. In der letzten Differenz um "Zwangsscheidungen" ist der Nationalrat auf die Linie des Ständerats eingeschwenkt. So muss ein Gericht künftig auch dann eine erzwungene Heirat aufheben, wenn die Eheleute die Ehe weiterführen wollen. Kernstück der Massnahmen gegen Zwangsheiraten ist jedoch eine strengere Strafbestimmung: Wer jemanden zu einer Ehe zwingt, kann neu mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden.

Verjährbarkeit sexueller Straftaten – Das Parlament hat in den ausführenden Gesetzesbestimmungen die letzte formale Differenz ausgeräumt und die Vorlage zur Unverjährbarkeit sexueller und pornografischer Straftaten an Kindern in der Schlussabstimmung einstimmig verabschiedet. Die vor knapp vier Jahren von Volk und Ständen angenommene Unverjährbarkeitsinitiative kann umgesetzt werden. Künftig werden schwere sexuelle Straftaten an Kindern bis zu zwölf Jahren nicht mehr verjähren. Auf diese Altersgrenze hatte sich das Parlament geeinigt. In der Volksinitiative heisst es unscharf "vor der Pubertät". Täter können neu für sexuelle Handlungen mit Kindern sowie sexuelle Nötigung, Vergewaltigung und Schändung lebenslang zur Verantwortung gezogen werden. Hinzu kommen sexuelle Handlungen mit Anstaltspfinglingen, Gefangenen, Beschuldigten sowie die sexuelle Ausnützung einer Notlage.

Teilrevision Raumplanungsgesetz / Landschaftsinitiative - Die RPG Revision ist der Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative aus Naturschutzkreisen, die der Nationalrat am Mittwoch mit 114 zu 72 Stimmen zur Ablehnung empfohlen hat. Für die FDP ist die Initiative das falsche Mittel, um die Zubetonierung der Schweiz zu stoppen. Abgelehnt hat die FDP in der Schlussabstimmung auch das revidierte Raumplanungsgesetz, das mit 108:77 (4:19:4) angenommen wurde. Die Einführung der obligatorischen Mehrwertabgabe und die Verpflichtung, Bauzonen zu reduzieren, konnte die FDP nicht unterstützen. Gemäss einer von der UREK-N in Auftrag gegebenen Studie ist absehbar, dass allein aus der Mehrwertabgabe nur ein Bruchteil der Entschädigungen für Rückzonungen aus überdimensioniertem Bauland finanziert werden kann. Gemeinden mit über-grossen Bauzonen werden nicht fähig und willens sein, Entschädigungen zu leisten, die über das hinausgehen, was durch die Mehrwertabgabe finanziert wird. Weiter ist völlig offen ob, wann und wie weit Bodenbesitzer für allfällige Minderwerte von Rückzonungen entschädigt werden müssen. Für die FDP wird damit der Weg zum Basar der Rechtsunsicherheit eingeschlagen.

Staatsrechnung 2011 und Voranschlag 2012. Nachtrag I -La Commission des finances du Conseil des Etats (CdF-E) a examiné le compte d'Etat 2011. Celui-ci se solde par un excédent d'environ 1,9 milliard de francs dans le compte de financement ordinaire et dépasse ainsi les prévisions de presque 2,6 milliards de francs. Très satisfaite des chiffres présentés, la commission a félicité le Conseil fédéral et l'administration pour leur discipline budgétaire. Par rapport aux autres pays, la situation de la Suisse est confortable. Il convient cependant de poursuivre impérativement les efforts entrepris pour maintenir des finances saines, d'autant plus que les difficultés budgétaires auxquelles se heurtent nos voisins européens risquent d'avoir des répercussions négatives sur l'économie suisse.

Se ralliant à l'avis de ses sous-commissions et du Contrôle fédéral des finances (CDF), la commission propose à l'unanimité à son conseil d'adopter les cinq arrêtés fédéraux concernant le compte d'Etat, de même que les deux arrêtés fédéraux concernant le supplément au budget.

A l'unanimité (175 :0 :1) le compte d'Etat 2011 est adopté. Le supplément au budget est également adopté (174 :0 :3).

IZA. Internationale Zusammenarbeit 2013-2016. Weiterführung - La Commission de politique extérieure du Conseil national a approuvé quatre crédits-cadres relatifs à la coopération internationale. Au total, 11,35 milliards de francs devraient être alloués à l'aide suisse au développement pour les quatre prochaines années. Content und Tabelle Pour la première fois, les domaines de l'aide humanitaire et de la coopération au développement de la DDC, de la coopération économique au développement du SECO et de l'aide à la transition dans les Etats d'Europe de l'Est et de la CEI sont regroupés au sein d'un même projet, à savoir le message concernant la coopération internationale de la Suisse 2013-2016. La Commission de politique extérieure du Conseil national, qui était entrée en matière sur le projet à sa séance du mois de mars, propose à son conseil d'adopter les crédits-cadres prévus dans les arrêtés fédéraux suivants:

arrêté fédéral concernant la coopération technique et l'aide financière en faveur des pays en développement ainsi que le financement de l'aide humanitaire internationale (approuvé par 14 voix contre 4 et 5 abstentions) ;

arrêté fédéral concernant les mesures de politique économique et commerciale au titre de la coopération au développement (approuvé par 16 voix contre 3 et 4 abstentions) ;

arrêté fédéral concernant la coopération avec les Etats d'Europe de l'Est et de la CEI (approuvé par 15 voix contre 2 et 6 abstentions).

La commission a ainsi confirmé la décision que le Parlement avait prise en février 2011 de voir la part du revenu national brut affectée à la coopération internationale atteindre 0,5 % à l'horizon 2015. Elle a rejeté deux propositions visant à réduire les dépenses respectivement à 9,6 et à 9,787 milliards de francs.

Für die Weiterführung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit in den Jahren 2013-2016 sieht der Nationalrat rund 11,35 Milliarden Franken vor. Die Grosse Kammer hiess die vom Bundesrat vorgeschlagenen vier neuen Rahmenkredite gut. Einer der Gründe für die Zustimmung des Nationalrats besteht darin, dass das Parlament letztes Jahr beschlossen hatte, die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf 0,5 Prozent des Schweizer Bruttonationaleinkommens (BNE) anzuheben

Geschäfte des Nationalrats

Flankierende Massnahmen - Das Parlament befürwortet schärfere flankierende Massnahmen zum freien Personenverkehr mit der EU. Es hat den entsprechenden Vorschlägen des Bundesrats - etwa gegen die Scheinselbständigkeit oder gegen Verstösse gegen zwingende Lohn- und Arbeitsbedingungen - mit grossem Mehr und geschlossener Zustimmung der FDP-Fraktion zugestimmt. Die anfänglich von der nationalrätlichen Kommission beantragte Einführung einer umfassenden Solidarhaftung hatte in beiden Räten keine Chance. So sollen Anbieter nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn von ihnen engagierte Subunternehmen die hiesigen Arbeitsbedingungen verletzen. Das Thema wird im Herbst jedoch unabhängig von diesem Entscheid noch einmal auf die politische Agenda kommen. Der Wirtschaftsminister hat bereits angekündigt, im Herbst Vorschläge zur Problematik der Lohnverstösse im Rahmen der Vergabe von Subunternehmerketten vorlegen zu wollen.

Bundesbeschluss zum Nationalstrassennetz - Der Bund übernimmt von den Kantonen rund 400 Kilometer Strassen. Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung war die vom Bundesrat beantragte Erhöhung des Preises der Autobahnvignette von heute 40 auf 100 Franken. Die Mehreinnahmen von 275 Millionen Franken sollen die zusätzlichen Kosten des Bundes für Betrieb Unterhalt und Ausbau der übernommenen Strassen decken. Eine unheilige Allianz von Links-grün und SVP machte dem Bundesrat einen Strich durch die Rechnung. Die SVP ist grundsätzlich gegen eine teurere Vignette. SP und Grüne anerkannten den höheren Mittelbedarf um das Nationalstrassennetz auch künftig zu unterhalten und die Bevölkerung vor Lärm zu schützen. Dafür sei eine Erhöhung auf 70 Franken ausreichend. Aus der Sicht der Grünen seien 100 Franken nicht gerechtfertigt, weil mit den Mehreinnahmen Strassenausbauten finanziert würden, die mehr Verkehr verursachten. Die FDP unterstützte den Vorschlag des Bundesrates, weil der Standort Schweiz gut ausgebaute Strassen benötigt und Stau auf den Strassen Kosten verursacht. Die Anhebung auf 70 Franken fand gegen den Willen der FDP eine klare Mehrheit mit 112:62 (RL 4:21) Stimmen.

SRG Gebühren Die SRG Gebühren sollen auch in Zukunft entgegen dem Willen der FDP steigen dürfen. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion von der SVP mit 82:81 (RL 0:23) abgelehnt. Für die FDP ist es stossend, dass der Gebührenertrag der SRG dank der Zuwanderung jedes Jahr weiter ansteigt, ohne dass die SRG etwas dafür tun muss. Hinzu kommt, dass die SRG trotz Defizit immer weiter wächst. Mittlerweile beschäftigt die SRG 6000 Mitarbeitende. Obwohl der Bundesrat 2010 angekündigt hat, dass die Gebühren für fünf Jahre nicht erhöht werden, bleiben die Bedingungen für die SRG komfortabel. Dank ihrem politischen Sonderstatus verfügen sie faktisch über eine Defizitgarantie.

Finanzhilfen an Sportanlagen von nationaler Bedeutung - Dank den bisherigen NASAK-Programmen konnten unter anderem die Ski-WM 2003, die Euro 08 und die Eishockey-WM 2009 in unserem Land durchgeführt werden. Das waren Anlässe, die die Schweiz in der internationalen Sportwelt positiv dargestellt haben. Mit insgesamt etwa 80 Millionen Franken konnte ein Bauvolumen von rund 800 Millionen Franken ausgelöst werden. Für das nächste NASAK Programm beantragte der Bundesrat, einen Gesamtkredit von 50 Millionen Franken. Der Nationalrat hat den Kreditantrag des Bundesrates um 20 Millionen aufgestockt. Die FDP hatte sich

angesichts der angespannten Bundesfinanzen gegen diese Aufstockung ausgesprochen – insbesondere, weil diese Zahl von den Befürwortern nicht wirklich begründet wurde. Nun hat noch der Ständerat zu entscheiden.

Börsengesetz - Der Nationalrat hat als Zweitrat Verschärfungen einstimmig gutgeheissen, welche Insiderhandel und Marktmanipulation an der Börse künftig strenger ahnden. Das Ausnützen von vertraulichen und kursrelevanten Informationen ist künftig auch für Hedgefonds und private Investoren verboten. Im noch geltenden Recht ist eng umschrieben, wer als Insider gelten kann. So können nur jene Marktteilnehmer bestraft werden, die unter der Aufsicht der Finanzmarktaufsicht stehen. Neu werden Insiderhandel und Kursmanipulation zudem als Vortaten zur Geldwäscherei gewertet. Ziel ist es, marktmissbräuchliches Verhalten zu bekämpfen und den Schweizer Finanzplatz zu stärken. Die FDP bedauert, dass der Nationalrat entgegen dem Ständerat mit 101:81 entschieden hat, die Kontrollprämie abzuschaffen. Diese erlaubt es dem Anbieter, den verkaufenden Hauptaktionären vor der Publikation seines öffentlichen Kaufangebots in beschränktem Mass einen höheren Preis für ihre Aktien zu bezahlen als jenen, den er den Minderheitsaktionären in seinem öffentlichen Kaufangebot offeriert. Die Möglichkeit, anders als in der EU, den Preis in einem vernünftigen Mass noch frei bestimmen zu können, ist gerade ein Anreiz, eine Kotierung in der Schweiz zu suchen. Mit der Abschaffung der Kontrollprämien würde die Schweiz effektiv einen Standortvorteil aus der Hand geben.

Tierschutz – Im Rahmen der Revision des Tierschutzgesetz wurde ein Importverbot für Delfine beschlossen. Bundesrat Schneider-Ammann und die FDP haben sich vergeblich für eine Ordnungspolitisch korrekte Handhabung bemüht. Nicht ein artenspezifisches Verbot sollte im Gesetz verankert werden, sondern eine für verschiedene, besonders anspruchsvolle Tiere anwendbare Bewilligungspraxis. Des Weiteren wurde seitens der FDP betont, dass das Problem bei der Delfinhaltung liege, und nicht beim Import: Ein Importverbot sei aus diesen Gründen unsinnig. Doch statt einer ordnungspolitisch „sauberen“ Vorlage, liess sich die Mehrheit des Rates von seinen Emotionen leiten und das Importverbot wurde angenommen.

Der Schutz von ausländischen Botschaften durch die Armee. Der Schutz von ausländischen Botschaften durch die Armee soll nur noch bis längstens Ende 2015 andauern Dies hat der Nationalrat mit Unterstützung der FDP beschlossen. Nach und nach sollen die kantonalen Polizeikräfte diese Aufgabe übernehmen. Dies würde namentlich die Kantone Waadt, Genf, Zürich und Bern betreffen, wo sich die ausländischen Vertretungen in der Schweiz befinden. Die Bedenken von Bundesrat Maurer, dass es bis 2015 nicht überall gelingen könnte, die Polizeikorps entsprechend aufzurüsten, überzeugten die FDP nicht.

Güterverkehrsverlagerung – Im vergangenen Dezember legte der Bundesrat einen detaillierten Bericht über die Verkehrsverlagerung beim alpenquerenden Transitverkehr vor. Das gesetzlich verankerte Ziel von maximal 650'000 Lastwagenfahrten durch die Alpen im Jahr 2018 erklärte die Regierung für illusorisch. Gegenwärtig liegt die Zahl der Fahrten bei rund 1.2 Millionen. Der Bundesrat zog daraus 2 Schlussfolgerungen: Entweder werden zusätzliche Massnahmen ergriffen oder das Verlagerungsziel wird gelockert. Die FDP unsterstützt die Verkehrsverlagerungspolitik mit realistischen Massnahmen. Die Forderungen 7 bis 9 der Motion sind für die FDP alles andere als realistisch, nämlich dass der Bundesrat bis 2013 ein Mandat für Verhandlungen mit der EU erteile oder sogar einen Abschluss zu erzielen. Der Nationalrat hiess diese Forderungen mit 92:84 (RL 1:24) Stimmen bei 2 Enthaltungen gut. Beim dem gewaltigen Investitionsbedarf, den die Schweiz beim Schienenverkehr im eigenen Land hat, war für die die FDP die Forderung der Motion, dass der Bund auch künftig Infrastrukturprojekte im Ausland finanzieren soll, völlig deplatziert. Trotzdem wurde dieser Teil der Motion mit 103:71 (RL 2:22) überwiesen.

6.9. Geschäfte des Ständerat

Leistungsvereinbarung Bund – SBB für die Jahre 2013 bis 2016 – Der Ständerat folgt den Vorgaben des Bundesrats ohne Gegenstimme und erhöht Mittel für Betrieb und Unterhalt der Bahnanlagen. In den Jahren 2013 bis 2016 sollen SBB und Privatbahnen insgesamt 9,5 Milliarden Franken zufließen. Um ihren erhöhten Aufwand für den Unterhalt decken zu können, erhalten die SBB eine halbe Milliarde mehr pro Jahr. Von der Gesamtsumme von 9,45 Milliarden Franken zwischen 2013 und 2016 erhalten die SBB zwei Drittel 6,6 Milliarden. Die restlichen 2,8 Milliarden Franken fließen den Privatbahnen zu. Für die FDP ist zwingend notwendig, dass der Kostendeckungsgrad der Bahnen mittels Erhöhung der Trassenpreise und einer erhöhter Nutzerfinanzierung verbessert wird. 2010 haben die Erlöse der Bahn nur noch 41 Prozent des Betriebsaufwandes gedeckt. Das heisst mit anderen Worten, dass 50% des Bahnbillets vom Staat bezahlt werden. Die FDP ist überzeugt, dass sich das ändern muss, um zu verhindern, dass die Bahn zum Sanierungsfall wird. Das Geschäft geht jetzt den Nationalrat

IWF. Genehmigung der Quoten- und Gouvernanzreform – Le Conseil des Etats (26 :0 :5) a approuvé l'augmentation de la quote-part au FMI. La Suisse va augmenter sa participation au FMI. Sa quote-part passera de

quelque 4,5 milliards de francs à environ 7,5 milliards. Le Conseil des Etats a à son tour adopté jeudi cette réforme. Avec cette hausse, la Suisse entend s'assurer notamment un siège au conseil d'administration de l'institution. La hausse de la participation financière de la Suisse au FMI résulte de la réforme de l'institution en 2010. Le Fonds monétaire pourra assumer de manière plus efficace sa mission de stabilisation du système monétaire et financier. Avec la hausse de sa quote-part, la Confédération s'assure de pouvoir faire entendre sa voix au conseil d'administration du FMI et d'exercer ses droits de vote. En renforçant le FMI, la Suisse contribue aussi à la stabilisation des pays touchés par l'eurocrise.

Verrechnungssteuergesetz: Der Bundesrat muss beim Verrechnungssteuergesetz nochmals über die Bücher. Der Ständerat ist dem Nationalrat gefolgt und hat die auf Initiative der FDP in der Kommission beantragte Zweiteilung der Vorlage mit grosser Mehrheit bestätigt. Die Gesetzesänderung geht auf die von den Räten verabschiedete „too big to fail“ (TBTF) - Vorlage zurück, welche eine Stärkung der Stabilität im Finanzsektor vorsieht. Die Revision sieht zwei Ziele vor: So soll die Emission von CoCos aus der Schweiz heraus ermöglicht werden. Darüber hinaus schlägt der Bundesrat mit dem Übergang zum Zahlstellenprinzip auch die Beseitigung bestehender Steuerhindernisse bei der Emission sonstiger Unternehmensanleihen in der Schweiz vor. Der zweite Teil – der Systemwechsel vom Schuldner- zum Zahlstellenprinzip - weist jedoch nach Ansicht des Parlaments noch zu viele offene Fragen auf und wurde für eine genauere Prüfung an den Absender zur Überarbeitung zurückgewiesen. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass der Bundesrat nun zügig Vorschläge für eine weitergehende Lösung ausarbeitet, die es allen Unternehmen ermöglicht, ihre Unternehmensanleihen zu konkurrenzfähigen Bedingungen aus der Schweiz zu emittieren.

Der andere Teil der beantragten Revision - die befristete Befreiung der CoCos von der Verrechnungssteuer - wurde vom Parlament verabschiedet. Die Ausgabe von CoCos ist ein wesentliches Element zur Stärkung der Eigenmittel der Banken und damit ein wichtiger Bestandteil der Umsetzung der „Too big to fail“-Regulierung.

Finanzmarkt – KAG Revision - Der Ständerat hat als Erstrat die Teilrevision des Kollektivanlagegesetzes (KAG) behandelt. Die Revision soll sicherstellen, dass die Schweizer Fondsbranche ab Mitte 2013 aufgrund einer neuen Richtlinie der EU den Zugang zum EU-Markt behält. Die Vorlage des BR wurde jedoch bereits im Vorfeld von verschiedenen Seiten harsch als wettbewerbsfeindliche Überregulierung kritisiert. Die kleine Kammer hat dank der sehr guten Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien bereits in der Kommission gut vorgespart und damit im Rat das Schlimmste verhindern können. Zahlreiche erfolgreiche Änderungsanträge in den Bereichen Verwaltung, Verwahrung und Vertrieb gestalten die Revisionsvorlage ausgewogener und berücksichtigen gleichzeitig besser das Bedürfnis nach stärkerem Anlegerschutz. Der Ball geht nun an den Nationalrat.

Regierungsreform – Der Ständerat hat mit 34:7 einen Entwurf mit Änderungen zur Regierungsform angenommen. Demgemäss soll der Bundesrat in seiner Arbeit künftig von mehr Staatssekretären und einem Präsidialdienst unterstützt werden. Indem sich der Ständerat mit 33:9 für mehr Staatssekretäre ausgesprochen hat, wurde eine Differenz zum Nationalrat geschaffen. Weiter beschloss der Ständerat in Übereinstimmung mit dem Nationalrat die Schaffung eines Präsidialdienstes. Dieser Dienst soll die Bundespräsidentin oder den Bundespräsidenten insbesondere in der Pflege der internationalen Beziehungen unterstützen.

Kapitaleinlageprinzip - Der Ständerat hat sich gegen überhastete Entscheide zur Unternehmenssteuerreform II gestellt. Er hat zwei Motionen zur nachträglichen Einschränkung des im Rahmen dieser Reform eingeführten Kapitaleinlageprinzips an seine Wirtschaftskommission überwiesen. Die FDP ist dezidiert dagegen, dass der steuersystematisch und verfassungsrechtlich absolut richtige Wechsel zum Kapitaleinlageprinzip im Nachhinein faktisch wieder aufgehoben wird. Eine Kapitaleinlage wird nicht durch die Gesellschaft erwirtschaftet, sondern ist vergleichbar mit einem Darlehen, welches der Gesellschaft vom Aktionär zur Verfügung gestellt wird, nur dass dieser keinen Rückforderungsanspruch hat.. Dieses Geld bei der Rückzahlung an den Aktionär wie eine Dividende erneut zu besteuern, ist sachlich falsch und bewirkt eine Doppelbesteuerung. Der Wirtschaft würde mit diesem Regulierungsprojekt einen erheblichen Schaden zugefügt. Gesetzesprojekte bereits ein Jahr nach Einführung wieder in Frage zu stellen oder teilweise rückgängig machen zu wollen, untergräbt zudem die Rechtssicherheit und den Ruf als verlässlicher Unternehmensstandort.

Betäubungsmittelgesetz - Die Revision des Betäubungsmittelgesetzes, zielt darauf hin, den Umgang mit Cannabiskonsumern vernünftiger zu regeln, als dies heute der Fall ist. Die Vorlage führt für Cannabiskonsum ein Ordnungsbussenverfahren ein. Man will die hohen Kosten, die der Kampf gegen das Kiffen bei Polizei und Justiz verursacht und die als unverhältnismässig angesehen werden, reduzieren. Gemäss dem neuen Verfahren sollen Personen ab 18 Jahren, die von der Polizei beim Cannabiskonsum erwischt werden, kein ordentliches Strafverfahren mehr befürchten müssen. Vielmehr soll die Sache mit einer Busse erledigt werden,

die sofort vor Ort oder innert 30 Tagen zu bezahlen ist – ähnlich einer Verkehrsbusse. Schon heute macht sich laut Betäubungsmittelgesetz nicht strafbar, wer nur eine geringfügige Menge Cannabis konsumiert. Neu wird präzisiert, dass es sich dabei um maximal 10 Gramm handeln darf; damit sollen klare Verhältnisse geschaffen werden. Der Ständerat hält im Gegensatz zum Nationalrat eine Busse von 100 CHF für angemessen. Die Vorlage geht zurück an den Nationalrat.

Präventionsgesetz - Das Präventionsgesetz bleibt im Ständerat sehr umstritten. Nachdem die Kleine Kammer in der Wintersession 2011 auf ein Präventionsgesetz verzichten wollte, beschloss der Ständerat in der zweiten Beratung Eintreten. Der Entscheid fiel jedoch nur mit Stichtentscheid des Präsidenten. Es verbleiben noch einige Differenzen zur Version des Nationalrats. Dieser hatte die Vorlage bereits in der Sondersession vom April 2011 beraten. Das neue Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung hat zum Ziel, die Steuerung, Koordination und Effizienz von Präventions-, Gesundheitsförderungs- und Früherkennungsmassnahmen zu verbessern. Damit wird eine Gesetzeslücke gefüllt, denn bisher wurden – mit Ausnahme des Rheumagesetzes – nur bei übertragbaren Krankheiten entsprechende Gesetzestexte geschaffen. Nun sollen auch für stark verbreitete oder bösartige Krankheiten Regelungen erlassen werden. Die Revision sieht unter anderem vor, übergeordnete Steuerungs- und Koordinationsinstrumente zu schaffen, die eine Klärung der Aufgabenteilung von Bund und Kantonen ermöglichen. Die Delegierten der FDP hatten das Präventionsgesetz gutgeheissen, sofern es kostenneutral sei. Aus der Sicht der FDP baucht es für ein wettbewerbsorientiertes und leistungsfähiges Gesundheitssystem eine gute Präventionspolitik. Dabei ist eine Koordination der Präventionsmassnahmen wichtig, um in Zukunft zu vermeiden, dass wie heute viele Akteure mit unterschiedlichen staatlichen Finanzierungsquellen aktiv sind, ohne eine kohärente Politik zu betreiben.

Epidemiengesetz – Die FDP begrüsst die Totalrevision des Epidemiengesetzes. Die Vorlage führt zu einer Verbesserung der Regelungen für die Zuständigkeiten bei der Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten im Krisenfall. Bei einem wichtigen Punkt hat sich die Mehrheit des Ständerates gegen die Linie der FDP in der grossen Kammer durchgesetzt: Es geht um die Kosten von Massnahmen zum Schutz vor Epidemien im internationalen Personenverkehr. Der Nationalrat hatte bei der Beratung der Vorlage im Frühjahr dieses Jahres beschlossen, die Kosten, welche bei den Unternehmen im grenzüberschreitenden Personenverkehr bei der Vorbereitung und der Mitwirkung zur Umsetzung von Massnahmen anfallen, gänzlich dem Bund in Rechnung zu stellen. Der Ständerat hat nun mit 19:13 Stimmen beschlossen, zur bundesrätlichen Fassung zurückzukehren.

Die FDP Fraktion ist der Meinung, dass es in der Verantwortung des Bundes liegt, die finanziellen Verluste, welche aus den staatlich angeordneten den Mitwirkungspflichten oder anderen staatlichen Massnahmen in der ausserordentlichen Lage entstehen, zu decken.

Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“ – Diese Initiative will die Hausarztmedizin in der Verfassung verankern und dadurch den Hausärzten eine überragende Position gegenüber den Spezialisten und anderen medizinischen Berufen sichern. Kernpunkt der Initiative ist die Forderung, die Hausärztinnen und Hausärzte seien „als in der Regel erste Anlaufstelle für die Behandlung von Krankheiten und Unfällen sowie für Fragen der Gesundheitserziehung und Gesundheitsvorsorge (einschliesslich der Prävention)“ zu positionieren. Ohne Gegenstimme lehnte der Ständerat die Volksinitiative ab. Die Initiative fordert einen staatlich gesicherten Zugang zum Hausarztberuf. Damit würden die Hausärzte ihren wertvollen Status als Freiberufler verlieren und sich zu Staatsangestellten wandeln. Das Gesundheitswesen muss freiheitlich gestaltet werden. Kernelemente eines solchen Gesundheitswesens sind Transparenz, Wahl- und Vertragsfreiheit sowie Leistungswettbewerb. Gutgeheissen hat der Ständerat der vom Bundesrat vorgeschlagene direkte Gegenentwurf zur Volksinitiative. Dieser wählt einen generelleren und zielorientierten Ansatz. Nicht der Hausarzt, sondern die Grundversorgung soll in der Verfassung verankert werden. Die Frist zur Behandlung der Volksinitiative verlängerte der Ständerat bis zum 1. Oktober 2013. Parallel zur parlamentarischen Beratung hat der Bundesrat bereits Massnahmen zugunsten eines Masterplans zur Stärkung der Hausarztmedizin eingeleitet.

6.10. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Interpellation Hutter Markus: Währungsabkommen - wieso schläft das EFD?

Ein vom Nationalrat überwiesener Vorstoss (11.3701 – Motion Währungsabkommen mit China abschliessen. Exporteure vom US-Dollar unabhängig machen) verlangt vom EFD den Abschluss eines Währungsabkommens mit China. Damit kann die Abhängigkeit vom US-Dollar vermindert und die Transaktionskosten für Schweizer Exporteure reduziert werden. Zudem kann die Schweiz im mittelfristigen Wettbewerb um den Handel mit Yuan-Papieren mit anderen Finanzplätzen wie London eine starke Position erringen.

AHV-Schuldenbremse rasch einführen: Der Bundesrat wird beauftragt, bis Ende 2012 dem Parlament eine von der AHV-Revision separate Vorlage zu unterbreiten, welche die Einführung einer Schuldenbremse für die AHV vorsieht. Diese Schuldenbremse soll nach den Vorgaben der in der 11. AHV-Revision vorgesehenen Fiskalregel ausgestaltet sein.

Der Bundesrat wurde von den Räten bereits beauftragt, in der nächsten AHV-Revision zwingend eine Fiskalregel vorzusehen (Vgl. Motion 11.3113). In seinen Jahreszielen 2012 wollte der Bundesrat prüfen, ob ein Interventionsmechanismus bei der AHV bereits vor der grossen Reform eingeführt werden sollte. Nun hat sich der Bundesrat in der Fragestunde dagegen geäussert. Bis die AHV aufgrund der zunehmenden Alterung und der demographischen Entwicklung rote Zahlen schreibt, dauert es noch ungefähr 10 Jahre. Im Gegensatz zur andauernden Reform der Invalidenversicherung besteht bei der AHV noch Zeit, Reformen in Angriff zu nehmen, bevor diese wichtige Sozialversicherung defizitär wird. Die AHV-Revision wird im Parlament viel Zeit in Anspruch nehmen. Je länger abgewartet wird, desto schmerzhafter werden die Einschnitte für alle sein (Bildung, Sicherheit, Familienzulagen, höhere Lohnabzüge, deutlich höheres Rentenalter). Im Falle einer erneuten politischen Blockade und Ablehnung der AHV-Revision würde ein automatischer Korrekturmechanismus in Form einer Schuldenbremse verhindern, dass Schuldenberge angehäuft werden. Im Sinne einer weitsichtigen Politik ist die möglichst rasche Einführung einer AHV-Schuldenbremse dringend notwendig.

Wirksamer Risikoausgleich schnell einführen- Die Managed Care Vorlage wird voraussichtlich an der Urne scheitern. Der verbesserte Risikoausgleich ist ein Teil der Vorlage, welcher unbestritten ist. Aus diesem Grund soll dieser möglichst rasch eingeführt werden. Ein verfeinerter Risikoausgleich mit zusätzlichen Kriterien verhindert die „Jagd auf gute Risiken“. Der resultierende Wettbewerb unter den Krankenkassen ist im Sinne aller Patienten und Kunden und ermöglicht neue, innovative Versicherungsmodelle, die bisher infolge der falschen Anreize nicht angeboten wurden. Davon profitieren vor allem chronisch Kranke. Der verfeinerte Risikoausgleich wurde als parlamentarische Initiative eingereicht.

6.11. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 23 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die dreiwöchige Sommersession abgeschlossen.

Mit 104 zu 8 Stimmen abgelehnt wurde im Nationalrat der direkte Gegenvorschlag zur Abzockerinitiative, welchen der Ständerat mit 26 zu 14 Stimmen gutgeheissen hatte.

Parlamentarisch unter Dach kamen dagegen:

- › mit 109:76 bei 10 Enthaltungen (Nationalrat) und 36:4 bei 1 Enthaltung (Ständerat) der Bundesbeschluss über das Steuerabkommen mit Deutschland, mit dem die Schweiz künftig für den Vertragspartner auf un versteuerten Schwarzgeldern eine Abgeltungssteuer erheben wird;
- › mit 110:77 bei 8 Enthaltungen und 34:6 bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss über das Steuerabkommen mit Grossbritannien, mit dem die Schweiz künftig für den Vertragspartner auf un versteuerten Schwarzgeldern eine Abgeltungssteuer erheben wird;
- › mit 143:46 bei 3 Enthaltungen und 37:3 das Steuerabkommen mit Österreich, mit dem die Schweiz künftig für den Vertragspartner auf un versteuerten Schwarzgeldern eine Abgeltungssteuer erheben wird;
- › mit 96:86 bei 13 Enthaltungen und 37:0 bei 4 Enthaltungen das Bundesgesetz über die internationale Quellenbesteuerung, mit dem die Steuerabkommen im Schweizer Recht umgesetzt werden;
- › mit 181:9 bei 4 Enthaltungen und 41:0 das Bundesgesetz über eine Verschärfung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit;
- › mit 119:75 bei 1 Enthaltung und 21:16 bei 3 Enthaltungen ein Bundesbeschluss, in dem das Parlament die Landschaftsinitiative zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 108:77 bei 10 Enthaltungen und 30:10 bei 1 Enthaltung eine Revision des Raumplanungsgesetzes, die als indirekter Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative dient;

- › mit 132:59 bei 4 Enthaltungen und 36:1 bei 4 Enthaltungen eine Revision des Strassenverkehrsgesetzes, mit der unter dem Stichwort "Via Sicura" unter anderem die Massnahmen gegen die Raserei verschärft werden;
- › mit 110:79 bei 6 Enthaltungen und 40:0 bei 1 Enthaltung eine Verordnung der Bundesversammlung über die Alkoholgrenzwerte;
- › mit 188:0 bei 7 Enthaltungen und 41:0 das Bundesgesetz über Massnahmen gegen Zwangsheiraten, mit dem erzwungene Ehen in der Schweiz grundsätzlich verboten werden;
- › mit 193:0 bei 1 Enthaltung und 40:0 bei 1 Enthaltung das Bundesgesetz zur Umsetzung der Unverjährbarkeitsinitiative, mit der schwere sexuelle Straftaten an Kindern bis zu zwölf Jahren nicht mehr verjähren;
- › mit 129:57 bei 2 Enthaltungen und 28:12 bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss über die Familienpolitik, mit dem ein neuer Artikel zur Familienpolitik in die Verfassung aufgenommen wird;
- › mit 166:16 bei 6 Enthaltungen und 25:15 bei 1 Enthaltung eine Revision des Tierschutzgesetzes, das ein Importverbot für Delfine bringt;
- › mit 195:0 und 41:0 das Bundesgesetz über Vereinfachungen bei der Besteuerung von Lotteriegewinnen, dank dem Lotteriegewinne künftig erst ab 1000 Franken besteuert werden;
- › mit 150:45 und 38:2 bei 1 Enthaltung eine Revision des Verrechnungssteuergesetzes, mit der Pflichtwandelanleihen (CoCo-Bonds) von der Verrechnungssteuer befreit werden;
- › mit 153:36 bei 6 Enthaltungen und 38:1 bei 2 Enthaltungen eine Revision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung, mit der die Kostenvergütungen für stationäre Massnahmen neu geregelt werden;
- › mit 149:10 bei 36 Enthaltungen und 40:0 bei 1 Enthaltung die Überarbeitung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Russland, mit der die Schweiz die Amtshilfe auch auf Fälle von Steuerhinterziehung ausdehnt;
- › mit 150:9 bei 36 Enthaltungen und 40:0 bei 1 Enthaltung die Überarbeitung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Spanien, mit der die Schweiz die Amtshilfe auch auf Fälle von Steuerhinterziehung ausdehnt;
- › mit 117:9 bei 67 Enthaltungen und 41:0 ein Doppelbesteuerungsabkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten;
- › mit 187:3 bei 5 Enthaltungen und 41:0 ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Hongkong;
- › mit 136:51 bei 8 Enthaltungen und 35:3 bei 3 Enthaltungen ein Rechtshilfeabkommen mit Kolumbien;
- › mit 98:90 bei 7 Enthaltungen und 36:2 bei 3 Enthaltungen eine Verordnung der Bundesversammlung über den Teuerungsausgleich für die Einkommen und Entschädigungen der Ratsmitglieder, dank der die Räte künftig im Jahr 1000 Franken mehr verdienen.
- › Mit Ausnahme der beiden Verordnungen der Bundesversammlung unterstehen alle Vorlagen dem fakultativen Referendum. Referenden drohen beim Steuervertrag mit Deutschland sowie beim Raumplanungsgesetz.

7. Herbstsession 2012 – Session d’automne 2012 (10. - 28. 9 2012)

Wieder musste die FDP-Liberale Fraktion tief betroffen von einem ihrer Kollegen Abschied nehmen. NR Peter Malama ist nach langem Kampf seinem Krebsleiden erlegen. Mit ihm verliert die FDP-Liberale Fraktion einen allseits geschätzten und engagierten Politiker, welcher stets mit viel Herzblut bei der Sache war. Die Fraktion, die Partei und das Sekretariat werden ihn vermissen und sprechen seiner Familie das Beileid aus.

Die Asylpolitik war in dieser Session erneut ein prominentes Thema. Zwar hat der Ständerat die vom Nationalrat verabschiedete – und von der FDP eingebrachte - Ersetzung der Sozialhilfe durch eine erweiterte Nothilfe für Asylbewerber abgelehnt. Er hat sich stattdessen für eine reduzierte Sozialhilfe ausgesprochen. Zudem sollen nicht kooperierende Asylsuchende mit einer Kürzung / Streichung der Unterstützung sanktioniert werden können. In seiner Auswirkung ist der ständerätliche Vorschlag aber relativ nahe am Beschluss des Nationalrates. Zudem wurden kurzfristig mögliche Massnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung der Asylverfahren in einem dringlichen Beschluss verabschiedet. Diese Massnahmen wie die Abschaffung der Botschaftsge-suche, die bewilligungsfreie Nutzung von Anlagen zur Unterbringung von Asylsuchenden, die Aufhebung von Wehrdienstverweigerung als automatischem Asylgrund und die Möglichkeit der Unterbringung von renitenten und straffälligen Asylsuchenden in besonderen Zentren treten sofort in Kraft.

Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit der Agrarpolitik befasst. Er ist dabei dem Bundesrat weitgehend gefolgt. Die FDP begrüsst dies, wird doch damit die Wirksamkeit und Effizienz der eingesetzten Mittel in der Agrarpolitik verbessert. Insbesondere ist zu begrüessen, dass auf die Weiterführung der Tierbeiträge verzichtet wurde. Nicht einverstanden ist die FDP mit der Aufstockung des Kredits um 160 Mio. Franken und mit dem Abbruch der Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich. Es ist zu hoffen, dass der Ständerat diese Punkte noch korrigiert, ebenso die Verlängerung des Gentechnormatoriums bis Ende 2017. Ein solch weitreichender Entscheid gehört nicht im Rahmen der Agrarpolitik 14-17 gefällt, sondern ist im Rahmen einer separaten Vorlage zu behandeln.

Der Ständerat hat das Präventionsgesetz versenkt. Die notwendige Mehrheit zur Lösung der Ausgabenbremse ist nicht zustande gekommen. Dieser Entscheid ist bedauerlich. Nun werden die Bundesgelder wie bisher ohne kohärente Strategie und Zielsetzungen ausgegeben.

National- und Ständeräte haben die BFI Botschaft verabschiedet. Nach langem Seilziehen haben beide Räte eine Kompromisslösung gefunden. Gesamthaft sind nun in den nächsten vier Jahren Ausgaben von rund 26,4 Milliarden Franken für Bildung, Forschung und Innovation geplant. Damit wachsen die Ausgaben durchschnittlich um jährlich mehr als 3.7%. Nur mit langfristig steigenden Ausgaben für Forschung und Bildung kann sich die Schweiz ihren Spitzenplatz als Innovations- und Forschungsstandort sichern – namentlich angesichts wachsender Studierendenzahlen.

In den Schlussabstimmungen haben sich beide Räte für das Steueramtshilfegesetz ausgesprochen. In diesem Rahmen wurde auch der Weg für Gruppenanfragen grundsätzlich geebnet. Die konkreten Bedingungen müssen aber vom Bundesrat nun noch in den einzelnen DBA festgelegt werden, damit es via Gruppenanfragen nicht zu Fischzügen kommt. Dabei muss er sich an die Grundsätze des Rechtsstaats halten. Die FDP lehnt jegliche Rückwirkung ab.

Die Parteipräsidenten von FDP, CVP, BDP und glp haben bezüglich der Anschaffung neuer Kampfflieger einen gemeinsamen Brief an Bundespräsidentin Evelyn Widmer-Schlumpf geschickt, den auch die weiteren Departementsvorsteher erhalten. Der Brief enthält einen detaillierten Fragenkatalog zu technischen und finanziellen Risiken, Betriebskosten, dem Beschaffungsprozess und strategischen Aspekten des Gripen. Die bürgerlichen Parteien bitten den Bundesrat, die Fragen möglichst bald öffentlich in den zuständigen Kommissionen oder im Parlament zu beantworten.

7.1. Steueramtshilfegesetz

Das Steueramtshilfegesetz ist unter Dach und Fach. Im Nationalrat haben sich alle Parteien ausser der SVP dem Ständerat angeschlossen und beschlossen, Gruppenanfragen im Gesetz nicht auszuschliessen - und damit im Grundsatz zu ermöglichen. In der Schlussabstimmung schliesslich bestätigten beide Räte mit grosser Mehrheit diesen Entscheid. Hintergrund ist der einstimmige Beschluss der OECD vom vergangenen Juli 2012, Gruppenanfragen künftig als Standard bei Amtshilfesuchen im Rahmen von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zu betrachten. Dies bedeutet, dass die Staaten auch dann Amtshilfe leisten müssen, wenn sich das

Gesuch auf eine Gruppe von nicht einzeln identifizierten Personen bezieht, die sich durch ein bestimmtes Verhaltensmuster verdächtig gemacht haben. Die Umsetzung der Gruppenanfragen verlangt nach dem Willen des Parlaments aber auch eine Regelung in den einzelnen DBA. Bis jetzt sind Gruppenanfragen explizit nur im DBA mit den USA vorgesehen, welches noch nicht in Kraft ist.

Die FDP hat den Entscheid des Parlaments mitgetragen. Er ist folgerichtig: Die Schweiz hat zugestimmt, den internationalen Amtshilfestandard zu erfüllen. Die Übernahme des OECD-Standards ist ein wichtiger Teil der Strategie der Schweiz für einen steuerkonformen Finanzplatz. Da sich der Bundesrat in Paris nicht gewehrt hat, gehören zum internationalen Standard neu auch Gruppenanfragen. Die FDP hat sich im Parlament namentlich dafür eingesetzt, dass Gruppenanfragen rechtsstaatlich sauber umgesetzt werden – also, dass es dazu eine Regelung in den einzelnen Abkommen braucht. Dort müssen jeweils auch die konkreten Kriterien festgelegt werden, damit es via Gruppenanfragen nicht zu Fischzügen kommt. Im Abkommen mit den USA gibt es bereits solche Kriterien. Der Bundesrat hat nun analoge Bestimmungen in den anderen Doppelbesteuerungsabkommen zu verhandeln. Dabei muss er sich an die Grundsätze des Rechtsstaats halten. Die FDP lehnt grundsätzlich jegliche Rückwirkung ab.

7.2. Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2013 - 2016

Die Vorlage über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2013-2016 ist verabschiedet. Zuletzt gab noch die Erhöhung der Zahlungsrahmen für verschiedene Bereiche zu Diskussionen Anlass. Der Nationalrat sprach sich für eine Erhöhung gegenüber dem Vorschlag des Bundesrats aus. Diesem Vorhaben stellte sich der Ständerat zuerst entgegen, bevor er einen Kompromiss vorschlug, dem sich der Nationalrat angeschlossen hat.

Die Kredite für die ETH und die Universitäten werden total um 157 Millionen Franken erhöht. Die Ausgaben für die Fachhochschulen werden im Zeitablauf geglättet, was die Planung für die Institutionen erleichtert. Die vorgeschlagenen Wachstumsraten stellen ein Minimum dar, will die Schweiz auch künftig die Qualität im Hochschul- und Forschungsbereich halten. Die herausragende Bedeutung einer qualitativ hochstehenden Bildungs- und Forschungslandschaft für die Schweizer Wirtschaft ist unbestritten.

Gesamthaft sind in den nächsten vier Jahren Ausgaben von rund 26,4 Milliarden Franken für Bildung, Forschung und Innovation geplant. In der Debatte im Ständerat wurde auf das kommende Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket des Bundesrats für 2014 hingewiesen. Dieses sieht bei den kantonalen Universitäten und der ETH Kürzungen von rund 31 Millionen Franken vor, welche die beschlossenen Mehrausgaben bereits wieder tangieren könnten.

7.3. Pa.IV. Fraktion C. Betäubungsmittelgesetz. Revision

Wenn ein Erwachsener mit einem Joint erwischt wird, soll er künftig nicht mehr angezeigt werden, sondern mit einer Ordnungsbusse von 100 Franken davonkommen - sofern er nicht mehr als 10 Gramm Cannabis besitzt. Jugendliche haben auch künftig mit einer Anzeige zu rechnen. Darauf haben sich Stände- und Nationalrat nach langem Hin und Her geeinigt. Der Zankapfel in der Vorlage war die Bussenhöhe: Der Nationalrat bestand auf 200 CHF, Bundesrat und Ständerat auf 100 CHF. Mit 102 zu 71 Stimmen akzeptierte der Nationalrat schliesslich die 100 Franken. Mit Stichentscheid von Nationalratspräsident Hansjörg Walter (SVP, Thurgau) akzeptierte der Nationalrat ausserdem mit 86 zu 85 Stimmen und bei 4 Enthaltungen zudem, dass die Höhe der Busse, die in einem ordentlichen Verfahren ausgesprochen wird, nicht im Gesetz festgeschrieben wird. Ursprünglich wollte die grosse Kammer, dass diese Busse mindestens der Höhe der bereits ausgesprochenen Ordnungsbusse entsprechen muss. Diese Revision führt in einigen Kantonen zu einer Verschärfung: Heute betragen die Bussen in St. Gallen oder Freiburg bei einem Hanf-Besitz von weniger als 10 Gramm lediglich 50 Franken.

7.4. Präventionsgesetz

Der Ständerat hat das Präventionsgesetz zu Fall gebracht. Die notwendige Mehrheit zur Lösung der Ausgabenbremse ist bis zur Einigungskonferenz nicht zustande gekommen. Somit ist nach 1984 auch der zweite Anlauf für ein Präventionsgesetz gescheitert. Nun werden die Bundesgelder wie bisher ohne kohärente Strategie und Zielsetzungen ausgegeben. Zudem müssen Volkskrankheiten wie Krebs oder Diabetes weiterhin ohne gesetzliche Grundlage bekämpft werden.

Vom nun gescheiterten Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung versprach man sich eine bessere Koordination und Effizienz von Präventions-, Gesundheitsförderungs- und Früherkennungsmassnahmen. Der Bundesrat wollte damit eine Gesetzeslücke schliessen, denn heute und in nächster Zukunft existieren – mit Ausnahme des Rheumagesetzes – nur bei übertragbaren Krankheiten die entsprechenden Gesetzestexte. Deshalb wollte der Bund neu auch für stark verbreitete oder bösartige Krankheiten eine gesetzliche Grundlage haben. Ein wettbewerbsorientiertes und leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht eine gute Präventionspolitik. Dabei ist eine Koordination der Präventionsmassnahmen wichtig, weil heute viele Akteure mit unterschiedlichen staatlichen Finanzierungsquellen aktiv sind, ohne eine kohärente Politik zu betreiben. Die Koordination muss nun auch ohne Präventionsgesetz verbessert werden.

Im Vordergrund der Präventionspolitik müssen Subsidiarität und Eigenverantwortung stehen. Staatliche Monopole, wie sie in der Botschaft vorgesehen waren, hat das Parlament zu Recht abgewiesen. Gezielte und massgeschneiderte Prävention und Gesundheitsförderung dagegen wirken sich gesamtwirtschaftlich positiv aus. Investitionen in diesen Bereichen können Krankheitsfälle und Pflegebedürftigkeit vermeiden beziehungsweise hinauszögern. Neben massvollen und zielgruppenspezifischen Präventionsprogrammen ist die Selbstverantwortung jedes Einzelnen für ein gesundheitsförderndes Verhalten mittels gezielten Anreizen zu stärken. Mit höherem Gesundheitsbewusstsein und entsprechendem individuellem Verhalten können unnötiges Leid vermieden und Gesundheitskosten gespart werden. Auch ohne Präventionsgesetz ist die Prävention Teil einer guten Gesundheitspolitik.

7.5. Epidemiengesetz. Revision

Mit der Revision soll das alte Epidemiengesetz aus dem Jahr 1970 ersetzt werden. Die Schweiz will sich damit besser wappnen gegen übertragbare Krankheiten wie die Lungenkrankheit SARS oder die Schweinegrippe. Bei der Totalrevision des Epidemiengesetzes hat der Nationalrat entschieden, dem Bund die vollen Kosten zu übertragen, welche für Unternehmen im internationalen Personenverkehr zum Schutz vor Epidemien anfallen. Der Ständerat war ursprünglich dagegen. Der Schutz der Bevölkerung vor ansteckenden Krankheiten ist jedoch eine hoheitliche Aufgabe und liegt somit in der Verantwortung des Bundes. Die finanziellen Verluste, welche aus den Mitwirkungspflichten oder anderen staatlichen Massnahmen in einer ausserordentlichen Lage entstehen, sollen deshalb vom Bund gedeckt werden. Der Ständerat hat einen Kompromissvorschlag eingebracht, der vorsieht, dass sich der Bund an ausserordentlichen Auslagen und Aufwendungen beteiligen kann, falls sie für die betroffenen Unternehmen zu einer unzumutbaren wirtschaftlichen Belastung führen. Der Nationalrat hat dem zugestimmt.

Die impfkritische Organisation „Netzwerk Impfentscheid“ (NIE) hat das Referendum angekündigt. Sie bekämpft die Regelung, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen in ausserordentlichen Lagen Impfungen vorschreiben kann. NIE hat bereits beim Tierseuchengesetz erfolgreich das Referendum ergriffen.

7.6. Asylgesetz. Änderung

Projet 1 (SR). Pour la Chambre haute, la Suisse ne doit pas couper l'aide sociale à tous les requérants d'asile, comme le demandait le Conseil national via une proposition du NR Philipp Müller. Cette proposition a été refusée par 33 voix contre 9 par le Conseil des Etats mercredi 12 septembre, notamment pour des questions d'applicabilité et pour garder une différence de traitement entre les requérants d'asile et ceux qui ont été déboutés. Le Conseil des Etats a néanmoins suivi l'idée du Conseil national et propose un régime d'aide sociale réduite pour les requérants d'asile, plus adapté au système actuel. Les autres durcissements ont été adoptés. L'examen de la loi (projet 1) n'est pas terminé.

Projet 3 – loi urgente (NR/SR). La grande majorité des propositions du Conseil national passées lors de la session de juin via des propositions du NR Philipp Müller ont été acceptées par le Conseil des Etats. Ces mesures servent à juguler l'arrivée de requérants d'asile (non-reconnaissance du refus de servir ou de la désertion comme motifs d'asile; impossibilité de déposer une demande dans une ambassade), la possibilité de la Confédération d'utiliser des installations cantonales ou communales sans autorisation préalable pour une durée d'un an et la possibilité d'héberger les requérants qui menacent la sécurité dans des centres spécifiques. L'ODM sera également capable de réaliser de tester de nouvelles procédures, pour une durée de deux ans.

7.7. Markenschutzgesetz. Änderung sowie Swissness-Vorlage

Le projet a pour objectif de poser les bases permettant d'assurer à long terme la plus-value représentée par le fort potentiel commercial de la «suisstude». Cet objectif implique de renforcer la protection de l'indication de

provenance «Suisse» et de la croix suisse, tant au niveau national que dans la perspective d'une mise en œuvre à l'étranger.

Lors son passage dans la commission des affaires juridiques du Conseil des Etats, le projet était soutenu à l'unanimité et ne souffrait que de quelques propositions individuelles. Mais peu avant son traitement à la Chambre haute, de nombreuses propositions individuelles ont été déposées – pour un total de 15, presque toutes sur concernant les valeurs à atteindre pour satisfaire aux critères de «suissitude» des produits naturels (art. 48b) et des produits industriels (art. 48c). Par 27 voix contre 14, le Conseil des Etat a adopté une motion d'ordre pour renvoyer le projet en commission et étudier les différentes propositions déposées. L'entrée en matière a été quant à elle acceptée sans opposition.

7.8. Agrarpolitik 2014 – 2017

Les paysans toucheront plus 13,8 milliards de francs de l'Etat entre 2014 et 2017. Par 126 voix contre 29 et 20 abstentions, le Conseil national a adopté mercredi la nouvelle politique agricole. A la clé, des paiements directs plus ciblés et la fin des contributions par tête de bétail.

Tout au long du débat, les représentants des paysans ont tenté de freiner les réformes, en vain. Mais les tenants d'une agriculture plus proche de l'environnement et respectueuse des animaux n'ont pas eu davantage de succès avec leurs revendications. La bataille se poursuivra lors d'une prochaine session au Conseil des Etats.

Pierre angulaire de la réforme, le système des paiements directs sera ciblé en fonction des différents objectifs assignés aux paysans. La Chambre du peuple a accepté de faire le ménage. Par 100 voix contre 80, elle a refusé de repêcher les contributions par tête de bétail.

La Chambre du peuple a profité aussi de l'occasion pour prolonger le moratoire sur l'utilisation d'organismes génétiquement modifiés dans l'agriculture jusqu'à fin 2017. La décision est tombée par 112 voix contre 62.

Le PLR. Les Libéraux-Radicaux se réjouit que la majorité des points de la politique agricole 2014-2017 (PA 14-17) du Conseil fédéral ait été soutenue par le Conseil national. Cette première étape ouvre la porte du futur de l'agriculture suisse. Entre autre, il y a l'amélioration des paiements directs, où la logique de subvention est abandonnée au profit d'une distribution en fonction des rendements. Concrètement, le soutien se fera en fonction des prestations fournies et plus par rapport à la taille du bétail. Ce changement représente un élément important, qui a été présenté avec succès par le ministre de l'Economie Johann Schneider-Ammann. La PA14-17 reste une réforme modérée. En effet, les paysans qui jouent un rôle important pour notre pays continueront de recevoir environ 3,4 milliards de francs de prestations de soutien par année. Les paiements directs se taillent la part du lion avec plus de 2,8 milliards, contre quelque 445 millions destinés à la promotion des ventes et près de 200 millions pour les mesures sociales. Toutefois, grâce à cette réforme, les agriculteurs innovants obtiendront de meilleures conditions pour la vente de leurs produits de haute qualité.

7.9. Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz. Anpassung

Der Ständerat hat die vom Bundesrat beantragte Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz (Netzbeschluss) gutgeheissen. Bereits im Sommer hatte der Nationalrat die Vorlage als Erstrat angenommen. Der „neue Netzbeschluss“ sieht ab 2014 die Übernahme von rund 387 Kilometern bestehender Strassen ins Nationalstrassennetz vor. Weiter werden Massnahmen definiert, wie die damit verbundenen Mehraufwendungen finanziert werden können. Die Autobahnvignette ist ein Instrument zur Finanzierung, sie wird definitiv teurer. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat beschlossen, den Preis anzuheben. Über die Höhe des Aufschlags sind sich die Räte aber nicht einig. Der Ständerat beschloss mit 38:0:2, den Preis für die Autobahnvignette von 40 Franken pro Jahr auf 100 Franken zu erhöhen. Dadurch würden pro Jahr 275 Millionen Franken in die Strassenprojekte des Bundes fliessen. Der Nationalrat will bloss 70 Franken verlangen. Mit dem zusätzlichen Geld aus dem Vignettenverkauf will der Bundesrat das Nationalstrassennetz erweitern und dadurch Engpässe beseitigen. Aufgrund der Überlegung, dass die Erhöhung des Vignettenpreises der Strasse zugutekommt, stimmte auch die FDP-Liberale Fraktion der Änderung des Nationalstrassenabgabegesetzes zu. Ab Anfang 2014 sollen zusätzliche Strecken im Umfang von rund 387 Kilometern ins Netz aufgenommen werden. Das Geschäft geht zurück in den Nationalrat. Die Erträge aus der Mineralölsteuer werden wie bisher zu gleichen Teilen zwischen Strassen- und Schienenverkehr aufgeteilt. Der Ständerat hat eine Parlamentarische Initiative mit 24:3:0 Stimmen abgelehnt. Diese verlangte, dass künftig 60 statt 50 Prozent der

Mineralölsteuererträge dem Strassenverkehr zugutekommen. Der Nationalrat hatte der Initiative im vergangenen März Folge gegeben. Mit dem Nein des Ständerates ist der Vorstoss nun aber erledigt.

7.10. Finanzierung der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur (SBB und Privatbahnen) für die Jahre 2013-2016

Die Bahnen in der Schweiz erhalten für die nächsten vier Jahre rund 9,45 Milliarden Franken für den Betrieb, Unterhalt und Substanzerhalt ihrer Infrastruktur. Der Nationalrat hiess als Zweitrat die Finanzierung und die Leistungsvereinbarung ohne Gegenstimme gut. Vom Kredit für die Jahre 2013 bis 2016 geht der grösste Teil an die SBB: Ihr Zahlungsrahmen beläuft sich auf 6,624 Milliarden Franken. 2,825 Milliarden Franken entfallen auf den Verpflichtungskredit für die Privatbahnen. Der Kredit ist jährlich 600 Millionen Franken höher als heute. Es handelt sich um die letzte Vereinbarung dieser Art, bevor die FABI-Vorlage den Ausbau und die Finanzierung regeln wird. FABI befindet sich in der parlamentarischen Beratung, die via Verfassung u.a. Mineralölsteuermittel für den öffentlichen Verkehr sichern will. Fakt ist aber, dass der steigende Mittelbedarf der Strasse keine Querfinanzierung erlaubt. Die FDP stand in dieser Session hinter der Finanzierung der Bahninfrastruktur. An der künftigen Finanzierung durch FABI beurteilt die FDP die Fondslösung positiv: Die Finanzierung der Bahninfrastruktur wird einfacher und übersichtlicher, die Kosten für Substanzerhalt, Betrieb und Ausbau werden aus einem einzigen Fonds gedeckt. Die FDP fordert aber auch, dass künftig eine Gesamtplanung der Infrastrukturfinanzierung für Schiene und Strasse besteht, dass das Geld sparsam und effizient ausgegeben wird und dass keine Bestrafung der Strasse durch zusätzliche Quersubventionierung von der Strasse zur Schiene stattfindet. Für die künftige Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur ist es essentiell, dass für laufende sowie für einmalige Ausgaben ein einheitliches Finanzierungsgefäss geschaffen wird. Der Rollenkonflikt zwischen Eigner, Besteller, Regulator und Betreiber im Eisenbahnverkehr sollte angegangen werden.

7.11. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Bundesgericht. Wahl eines hauptamtlichen Mitglieds - Frau Alexia Heine (SVP) ersetzt am höchsten Gericht in Lausanne den zurücktretenden Bundesgerichtspräsident Lorenz Meyer. Sie wurde mit 154 der 174 gültigen Stimmen zur hauptamtlichen Bundesrichterin gewählt.

Bundesverwaltungsgericht. Präsidium und Vizepräsidium - Markus Metz (FDP) wurde als Präsident des Bundesverwaltungsgerichts bestätigt. Neuer Vizepräsident wird Jean-Luc Baechler (SVP).

Bundesverwaltungsgericht. Drei Mitglieder – Für die Stellen in deutscher Sprache wurden von den Räten Maurizio Greppi (SP) und Jürg Steiger (SVP) als Richter an das Bundesverwaltungsgericht gewählt. Beide ersetzen Richter, die das Gericht verlassen haben, für die laufende und die nächste Amtsperiode von 2013 bis 2018. Die Stelle in französischer Sprache wird neu ausgeschrieben.

7.12. Geschäfte beider Räte

Réforme de la direction de l'Etat – Projet 6. – La réforme de la direction de l'Etat est une réforme qui dure depuis 10ans et qui a proposé plusieurs réformes importantes (nombres de conseillers fédéraux; durée de la présidence du Conseil fédéral; nombre et rôle des secrétaires d'Etat), séparées en plusieurs projets. Seul le Projet 6, aussi minimal soit-il, a su trouvé un accord entre les chambres. Le PLR soutenait ces réformes et en particulier une présidence du Conseil fédéral à deux ans, afin d'améliorer et fluidifier le fonctionnement de l'Etat.

Le 12 septembre, le Conseil national, par 107 voix contre 65, a accepté le projet visant à augmenter le nombre de secrétaires d'Etat pour décharger les sept conseillers fédéraux. Mais il a refusé de faire de ces personnes les interlocuteurs permanents du Parlement. De retour au Conseil des Etats le 19 septembre, celui-ci a accepté que le Conseil fédéral puisse se faire seconder par davantage de secrétaires d'Etat. Ces derniers ne pourront toutefois pas devenir des interlocuteurs permanents du Parlement – il s'agit d'un point où le Conseil des Etats a cédé face au National pour faire passer cette mini-réforme.

Pa.IV. APK-SR. Verbesserung der Wirksamkeit und Koordination der internationalen Tätigkeiten der Bundesversammlung. Differenzen. – Le Conseil des Etats a approuvé les crédits de 11,35 milliards de francs proposés par le Conseil fédéral pour la période 2013-2016.

Il accepté les trois arrêtés fédéraux concernés. Les trois minorités de Karin Keller-Sutter ont été rejetées. Le taux de 0,5% correspond à la moyenne des pays de l'Organisation de coopération de développement économiques (OCDE) et découle d'une décision antérieure du Parlement.

Pauschalbesteuerung – Die Pauschalbesteuerung auf Bundesebene wird nicht abgeschafft. Auch der Nationalrat hat einen parlamentarischen Vorstoss mit dieser Forderung mit 117:57 Stimmen klar abgelehnt. Ihre Anwendungskriterien werden aber verschärft. So müssen die für die Steuerberechnung relevanten Lebenshaltungskosten für die direkte Bundessteuer mindestens das Siebenfache des Mietzinses oder des Eigenmietwerts betragen (statt wie bisher das Fünffache). Die minimale Bemessungsgrundlage wird auf Bundesebene auf 400'000 Franken erhöht. Die Kantone müssen ebenfalls eine Bemessungsgrundlage definieren, können deren Höhe aber frei wählen. Die FDP ist erfreut, dass dieses in der Praxis erprobte steuerpolitische Instrument bestehen bleibt. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen massvollen Anpassungen hat die FDP unterstützt. Die öffentliche Akzeptanz der Pauschalbesteuerung darf nicht unter Einzelfällen leiden, wo es zu stossend tiefen Steuerforderungen gekommen ist. Einziger Wermutstropfen bei diesem Geschäft ist, dass sich die FDP aus Gründen der Rechtssicherheit längere Übergangsfristen gewünscht hätte.

Kollektivanlagengesetz (KAG) – Das revidierte Kollektivanlagengesetz ist unter Dach. In der zweiten Sessionswoche konnten die letzten Differenzen ausgeräumt werden. In der Schlussabstimmung haben beide Räte mit 128:51 bzw. 44:0:1 zugestimmt. Mit der Revision wird der Anlegerschutz den heutigen Anforderungen angepasst und es werden bestehende Regulierungslücken in den Bereichen Verwaltung, Verwahrung und Vertrieb geschlossen. Hintergrund der Revision ist die im Juli 2011 in Kraft getretene EU-Richtlinie für Verwalter kollektiver Kapitalanlagen (AIFMD). Die Anpassungen gewährleisten den schweizerischen Finanzdienstleistern den Zugang zum europäischen Markt nach 2014. Dank der Initiative der FDP und einer hervorragenden Zusammenarbeit aller bürgerlichen Parteien hat die Parlamentsmehrheit in für die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes entscheidenden Fragen an der Vorlage des Bundesrates noch erhebliche Verbesserungen vorgenommen und einen überschüssenden „Swiss Finish“ weitgehend verhindert. Die ursprüngliche Vorlage sah teilweise unnötig rigide Einschränkungen vor, welche der Schweiz als Standort massiv geschadet hätten.

Geschäfte des Nationalrats

Motion Ständerat (Gutzwiller) – Nachhaltige Fördertätigkeit für die KTI – Nach dem Ständerat fordert auch der Nationalrat ein neues Finanzierungskonzept für die Fördertätigkeit der Kommission für Technologie und Innovation (KTI). Die staatlichen Fördermittel sollen über die ganze Projektlaufzeit der bewilligten Projekte und konjunkturunabhängig verbindlich verpflichtet werden können. Damit kommen die Räte einer Forderung der FDP nach. Die KTI muss heute die vom Parlament gesprochenen Budgets noch im selben Jahr verpflichten und darf – im Gegensatz zum Nationalfonds - keine Reserven anlegen. Diese Einschränkung ist problematisch. Wie es die Motion fordert, ist eine flexiblere Regelung bezüglich Finanzierung angebracht. Ist die KTI nämlich gezwungen, sämtliche Mittel in einem laufenden Kalenderjahr aufzubauchen, kann sich das negativ auf den Qualitätsanspruch an die unterstützten Projekte auswirken. Ausserdem erschwert das Jährlichkeitsprinzip in der Kreditführung eine verlässliche Planung.

Mo. Nationalrat (Favre Laurent). Das Dossier Tabak aus den Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen im Bereich öffentliche Gesundheit ausschliessen – Die FDP begrüsst die Annahme einer Motion von Laurent Favre (FDP), welche ursprünglich das Dossier Tabak aus den Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen im Bereich öffentliche Gesundheit ausschliessen wollte. Nach dem Ständerat stimmte der Nationalrat der (leicht modifizierten) Motion ein zweites Mal deutlich zu. Dies ist ein wichtiger Entscheid des Parlaments. Denn mit der Forderung der EU könnten Zigaretten mit einem höheren Inhalt als 10-1-10, die den Gesundheitsvorschriften der Drittländer und dem Geschmack und den Ansprüchen der dortigen Kunden genügen, in der Schweiz nicht mehr hergestellt werden. Eine derartige extraterritoriale Beschränkung der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik durch die EU lehnt die FDP aus grundsätzlichen Überlegungen strikt ab. Deshalb darf aus aussenpolitischer Sicht der schweizerische Export von Zigaretten in Drittstaaten nicht Gegenstand der Verhandlungen mit der EU sein. Ansonsten wird ein gefährliches Präjudiz geschaffen. Die nun verabschiedete abgeschwächte Variante gibt dem Bundesrat ein klares Mandat für die Verhandlungen, ohne seine Verhandlungsposition zu schwächen.

Weltausstellung 2015 in Mailand – Der Schweizer Auftritt an der Weltausstellung 2015 in Mailand soll 23,1 Millionen Franken kosten dürfen. Der Nationalrat hat am Dienstag als Erstrat den Verpflichtungskredit gutgeheissen. Die Steuerzahler müssen voraussichtlich 15 Millionen Franken beisteuern. Mindestens 8 Millionen Franken sollen durch Sponsoring eingenommen werden. Die Weltausstellung in Mailand findet vom 1. Mai bis

31. Oktober 2015 statt. Der Schweizer Pavillon wird aus bis zu 12 Meter hohen Türmen bestehen, die aus einer Plattform herausragen. Diese Türme werden mit Schweizer Nahrungsmitteln - beispielsweise Schokolade oder Käse - gefüllt sein. Daraus dürfen sich die Besucher kostenlos bedienen; die Türme werden allerdings nicht wieder aufgefüllt. Es gehe darum, die Endlichkeit der Lebensmittel darzustellen.

CC. Autorité parentale – Le Conseil national a accepté par 151 voix contre 13 et 9 abstentions la modification du code civil visant à instituer l'autorité parentale conjointe. Le bien de l'enfant est mis au cœur de cette réforme. L'autorité parentale conjointe devient alors la règle lors des séparations de couples avec enfant(s), quel que soit le statut civil du couple. Seules des exceptions permettront la garde à un des deux parents (par ex.: maladie, violence, absence ou pour le bien de l'enfant). Seules les «décisions courantes» et les «décisions urgentes» peuvent être prises de manière unilatérale par l'un des deux parents. La procédure est également simplifiée et le juge n'interviendra qu'en cas de problème majeur. Il s'agit d'un pas important dans l'égalité de droit, qui suit les propositions de l'«Autorité parentale conjointe» adoptées dans le cadre de la position «La voie libérale pour concilier vie familiale et vie professionnelle», lors de l'assemblée des délégués de juin.

Mo.SiK-NR. Gewalt bei Sportanlässen. Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes – Le Conseil national veut priver les hooligans de transports publics. Il a adopté lundi une motion en ce sens. La motion, adoptée par 135 voix contre 26, vise à permettre aux transports publics d'expulser les hooligans. Si le Conseil des Etats donne son aval, la loi devrait être modifiée afin que les personnes portant atteinte à la sécurité et à l'ordre public puissent être exclues de l'obligation de transporter.

Actuellement, il n'est pas possible de renvoyer les personnes munies d'un titre de transport valable. Les actes de violence dans les trains, dans les gares et envers le personnel entraînent des coûts élevés, notamment pour les CFF.

Lukas Reimann (UDC/SG) a proposé en vain de rejeter cette motion, car l'Office fédéral des transports a précisément élaboré un projet en ce sens, qui est actuellement en consultation.

Mo. SiK-NR. Bekämpfung der Gewalt bei Sportanlässen – Le Conseil national a en revanche rejeté un autre texte en faveur de jugements plus rapides, pour des raisons d'autonomie des cantons. Par 101 voix contre 66, le National a enterré cette motion, qui visait à réduire au maximum le laps de temps entre l'acte de violence et son jugement afin de dissuader les auteurs de trouble potentiels. Le gouvernement aurait dû prendre les mesures nécessaires afin que les cantons concernés mettent en place une procédure rapide.

Mais cette compétence relève des cantons, a objecté la ministre des transports Doris Leuthard. La Confédération violerait donc leur liberté constitutionnelle, a-t-elle insisté. Ses arguments ont été entendus.

Mo. Ständerat (SiK-SR). Stärkerer Schutz vor Waffenmissbrauch – Le Conseil des Etats a adopté cette motion le 5 mars dernier. Cette motion du Conseil des Etats qui demande deux choses: tout d'abord l'engagement immédiat des mesures nécessaires pour que la police et les autorités de poursuite pénale confisquent immédiatement toute arme civile ou militaire détenue par une personne qui aurait proféré des menaces ou commis des actes de violence. Elle prévoit ensuite que les autorités militaires, civiles et judiciaires collaborent plus efficacement sur le plan fédéral et sur le plan cantonal.

Cette motion a également été adoptée par le Conseil national.

Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Übernahme der Verordnung zur Errichtung von IT-Grosssystemen – Il s'agit ici de reprendre dans notre dispositif légal une nouvelle directive qui a été votée au niveau de l'Union européenne au sujet de Schengen.

Cette directive prévoit deux choses. Elle prévoit, d'une part, la création d'une agence spéciale qui regrouperait à grande échelle le domaine de tout ce qui concerne les systèmes d'information, à savoir Eurodac, VIS, concernant le système d'information sur les visas, et ISIS et, d'autre part, un transfert de compétence de la commission à cette agence. Aujourd'hui, cette agence n'existe pas encore et il y a donc un certain nombre d'inconnues. Dès lors, il est tout à fait légitime de se demander quelles seront les conséquences financières.

Le Conseil national a décidé d'entrer en matière et de renvoyer le projet au Conseil fédéral avec mandat de déterminer au préalable les conséquences financières, techniques ou de toute autre nature que ce projet aurait pour la Suisse, et de mener les négociations requises.

Aarhus-Konvention. Genehmigung – Der Nationalrat ist im Grundsatz einverstanden damit, dass der Bundesrat die Aarhus-Konvention ratifiziert. Diese regelt den Zugang zu Umweltinformationen und die Beteiligung an Verfahren. Mit 93:85:5 hat der Nationalrat beschlossen, auf die Beratungen einzutreten. Über die Ratifizierung entschieden hat er noch nicht: Weil die vorberatende Umweltkommission sich gegen Eintreten ausgesprochen hatte, geht das Geschäft zuerst zur Detailberatung an die Kommission zurück. Die FDP lehnt diese Ratifikation ab. Sie würde wohl dazu führen, dass mehr Leute beschwerdeberechtigt sind, dass es längere Prozesse gibt, dass der Zugang zum Rechtsweg ausgedehnter ist und dass einmal mehr die Bürokratie in der Schweiz aufgebläht wird.

7.13. Geschäfte des Ständerats

Motion (SGK). KVG. Vertragsfreiheit einführen – Mit 26:6 Stimmen stellt sich der Ständerat klar gegen die Einführung der Vertragsfreiheit zwischen spezialisierten Ärzten und Krankenkassen im ambulanten Bereich. Aus Sicht der FDP wäre jedoch eine rasche Einführung der Vertragsfreiheit in Verbindung mit flankierenden Massnahmen dringend notwendig. Da in den umliegenden Ländern kein Land einen Kontrahierungszwang kennt, ist die Schweiz für ausländische Spezialisten sehr attraktiv. Das zeigt auch der sprunghafte Anstieg der Gesuche von Spezialärzten seit der Aufhebung des Zulassungsstopps im Januar 2012. Dem Überangebot an Fachärzten will die vom Ständerat abgelehnte Motion mit der Einführung der Vertragsfreiheit für Spezialärzte begegnen. Grundversorger, welche vor allem auf dem Land in Unterzahl sind, wären davon nicht betroffen. Mit dieser eingeschränkten Variante der Vertragsfreiheit könnte man deshalb zwei Probleme auf einmal lösen: einerseits würde dem Überangebot bei den Fachärzten begegnet, und andererseits der Grundversorgung ein positiver Anreiz gesendet. Es ist deshalb unverständlich, dass Bundesrat und Ständerat diesen Vorstoss ablehnen. Der Bund hat nämlich einen Masterplan „Hausarztmedizin und medizinische Grundversorgung“ am Laufen, der sich mit der vorliegenden Motion elegant verknüpfen liesse. Die Grundversorgung würde gestärkt und ein längst fälliges Element eines freiheitlichen Gesundheitssystems würde endlich realisiert. Keinesfalls darf der Zulassungsstopp wiedereingeführt werden, wie dies momentan gefordert wird. Dieses Verbot, eine Praxistätigkeit aufzunehmen, diskriminiert junge Ärztinnen und Ärzte. Dabei sind wir im Hinblick auf die kommende Pensionierungswelle bei den Ärzten dringend auf motivierten und innovativen Nachwuchs angewiesen.

WEF 2013 – 2015 in Davos. Einsatz der Armee im Assistenzdienst – Le Conseil des Etats adhère à l'unanimité à la décision du Conseil national. L'armée va continuer à prêter main forte aux autorités grisonnes pour assurer la sécurité lors des rencontres annuelles du World Economic Forum (WEF) de Davos de 2013 à 2015.

L'armée sera en mesure d'appuyer le canton des Grisons avec un effectif annuel de maximum 5000 militaires. Il s'agit d'un engagement subsidiaire dans le domaine de la protection des objets et des personnes, de la sauvegarde de l'espace aérien et d'un appui logistique.

Mo. Nationalrat (Stump). Koordination von Rekrutenschule und Studium – Die Motion wurde vom Ständerat aus folgenden beiden Gründen abgelehnt: Erstens liegt es nicht in der Kompetenz des Bundes, Vorgaben zum Studienbeginn zu machen, weil dies klar in den Zuständigkeitsbereich der Kantone fällt. Zweitens lässt sich die Motion in dieser Form aus terminlichen Gründen nicht umsetzen. Denn selbst dann, wenn die Dauer der Rekrutenschule im Rahmen der Weiterentwicklung der Armee von 20 auf 18 Wochen verkürzt würde, wäre es aufgrund der Vorgaben des Bologna-Systems, also aufgrund des auf Mitte September vorgezogenen Studienbeginns an Universitäten und Fachhochschulen, nicht möglich, die Rekrutenschulen in der verbleibenden Zeit vollständig zu absolvieren.

Mo. Janiak. Genügende und qualitativ gute Trassen für den Güterverkehr sichern – Der Bundesrat soll eine Übersicht erstellen, welche Nebenstrecken des Bahnnetzes sich zusätzlich für den Güterverkehr eignen könnten. Der Ständerat überwies stillschweigend ein entsprechendes Postulat. Ein Ausweichen auf weniger genutzte Nebenstrecken könnte die Hauptstrecken entlasten. Im Bericht soll die Regierung aufzeigen, wie viel es kosten würde, die Nebenstrecken für den Güterverkehr aufzurüsten und wie stark sich die Leistungsfähigkeit des Bahnnetzes verbessern würde. Damit das tatsächliche Potenzial einer solchen Umleitung von Güterzügen auf Eisenbahnnebenstrecken gewonnen werden kann, schlägt der Bundesrat vor, diese Möglichkeit zu prüfen und im Rahmen der nächsten Botschaft zum strategischen Entwicklungsprogramm Bahninfrastruktur Bericht darüber zu erstatten. Auch die FDP ist für die Nutzung von brachliegendem Potential im Schienenverkehr.

Ladenöffnungszeiten – Der Ständerat hat in dieser Session zwei von der FDP begrüßte Entscheide hin zu einer stärkeren Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten gefällt: Erstens hat er sich mit 27:11 für eine Prüfung

der Teilharmonisierung der Ladenöffnungszeiten ausgesprochen. Im Rahmen der Wachstumspolitik sollen auf nationaler Ebene die Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag für alle Detailhandelsbetriebe im Sinne eines Mindeststandards wie folgt teilharmonisiert werden: von Montag bis Freitag 06.00 bis 20.00 und am Samstag von 06.00 bis 19.00 Uhr.

Zudem hat er als Zweitrat auch einer Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops zugestimmt, eine Vorlage, welche auf eine Initiative von FDP-Nationalrat Christian Lüscher zurückgeht. Gemäss geltendem Recht dürfen Tankstellenshops an Autobahnraststätten und Hauptverkehrsstrassen zwischen 1 und 5 Uhr morgens nur Treibstoff und gastronomische Angebote wie Kaffee oder Sandwiches, nicht aber andere Produkte aus ihrem Sortiment verkaufen. Tankstellenshops ohne räumliche Trennung zwischen dem Gastronomiebetrieb und dem übrigen Warenangebot sind deshalb gezwungen, einen Teil ihrer Verkaufslokale nachts abzusperren. Diese Einschränkung ist schwer nachvollziehbar und wurde deshalb von beiden Räten zu Recht aufgehoben. Eine Differenz bleibt bestehen betreffend der Frage, für welche Tankstellenshops die Liberalisierung gelten soll. Die FDP ist für die Variante des Nationalrats, gemäss welcher ein grösserer Kreis von Tankstellenshops von der neuen Regelung profitieren könnte.

Personenfreizügigkeit – Der Ständerat beschloss überraschend, entgegen den Anträgen seiner Kommission, mit 22:18 eine Verschärfung der Solidarhaftung sowie eine Neuregelung im Beschaffungsrecht des Bundes: So soll für den Erstunternehmer eine Haftung bei Verstössen gegen die minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen über alle Stufen der Subunternehmerketten eingeführt werden. Die FDP-Fraktion ist in dieser Frage gespalten. Die eine Seite vertritt die Ansicht, eine Kettenhaftung würde einen erheblichen administrativen Mehraufwand mit sich bringen und könnte somit dazu führen, dass die Unternehmen – zu Lasten einer effizienten Produktion – auf die Vergabe von Unteraufträgen verzichten. Aufgrund einiger weniger Verstösse würden sämtliche Erstunternehmer unter Generalverdacht gestellt und bezahlen mit administrativem Mehraufwand. Die andere Seite ist demgegenüber der Ansicht, es brauche eine Kettenhaftung, um Lohnunterbietungen wirksam zu bekämpfen. Sie gehen von einer nicht unerheblichen Anzahl Missbrauchsfälle aus und sehen deshalb Handlungsbedarf für gegeben an.

7.14. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Ip. Fraktion RL. Umgehend eine Analyse zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Atomausstiegs!

Bei der Ankündigung des Atomausstiegs im Mai 2011 wurde vom Bundesrat angekündigt, dass die volkswirtschaftlichen Auswirkungen in der zweiten Hälfte 2011 vertieft analysiert und entsprechend kommuniziert würden. Bis heute ist diese Analyse immer noch ausstehend! Der Bundesrat wird daher um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

Wann liegt die vertiefte Analyse der volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Atomausstiegs vor?

Prüft diese Analyse alle in der Medienmitteilung des Bundesrates vom 25.05.2011 erwähnten Stromangebotsvarianten, namentlich Variante 1 (Weiterführung der bisherigen Stromproduktion), Variante 2 (Kein Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke) und Variante 3 (Vorzeitiger Ausstieg aus der Kernenergie)?

Mo. Fraktion RL. Vernünftige Vergabepaxis bei der KEV einführen!

Der Bundesrat wird beauftragt, die Vergabepaxis von KEV-Geldern dahingehend zu ändern, dass bereits realisierte Projekte nicht durch Projekte beim Bezug von KEV-Geldern behindert werden, deren Umsetzung fraglich oder unwahrscheinlich ist.

Mo. Fraktion RL. Keine Verzugszinsen mit Strafcharakter bei der Verrechnungssteuer

Der Bundesrat wird beauftragt, die Verzinsung ausstehender Verrechnungssteuern dem heutigen Zinsumfeld anzupassen und inskünftig jährlich zu aktualisieren. Dabei sei der Zinssatz anhand des bestehenden und zu erwartenden durchschnittlichen Liborzinssatzes mit einem Zuschlag von maximal 1 Prozent festzulegen.

Dringliche Ip. Fraktion RL. Wo steht der Schweizer Finanzplatz in 10 Jahren

Angesichts internationaler Steuerfragen und regulatorischer Entwicklungen im Nachgang der Finanzkrise und nicht zuletzt angesichts der Schuldenkrise in den EU und USA verbunden mit dem Druck auf deren Staatsfinanzen, sieht sich der Schweizer Finanzplatz tiefgreifenden Veränderungen gegenüber.

Die Stärke und Dynamik unserer gesamten Wirtschaft beruht massgeblich auch auf einem leistungsfähigen Finanzplatz. Wollen wir von diesem Standortvorteil in Zukunft weiterhin profitieren, müssen jetzt die richtigen Weichen gestellt werden, damit Qualität und Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes erhalten bleiben. In der Schweiz wurden in den letzten Jahren im Vergleich zu einigen unserer Konkurrenzfinanzplätze Wettbewerbsvorteile zu Recht abgebaut (Übernahme OECD 26 etc.) Nun geht es darum, neue Stärken zu etablieren.

Vor diesem Hintergrund ist der Bundesrat gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt er die künftige Entwicklung der Bedeutung des Finanzplatzes für die Schweizer Volkswirtschaft (Wertschöpfung, Beschäftigungsquote etc.) grundsätzlich ein? Welche Potenziale sieht er für die hauptsächlichen Bereiche des Bankgeschäftes (Inland, Ausland, Infrastruktur)? In welchen neuen Segmenten sieht der Bundesrat Chancen für die Schweiz, international verlorene Marktanteile zurückzugewinnen und sich starke Positionen zu verschaffen? In welchen Geschäftsfeldern können die Arbeitsplätze zu-, wo abnehmen?
2. Welche weiteren Entwicklungen erwartet er in den Dimensionen Steuern und Regulierung auf internationaler Ebene? Welche sich daraus ergebenden ökonomischen und strukturellen Auswirkungen sieht er für die Schweizer Finanzintermediäre?
3. Was die Zukunft des Crossborder-Geschäfts anbelangt, wie schätzt er die Entwicklung mit Europa einerseits und wie mit dem Rest der Welt andererseits ein? Welche Rolle spielen dabei MiFID und die weiteren regulatorischen Entwicklungen? In welchen Geschäftsfeldern ist Marktzugang wichtig und wie kann er sichergestellt werden?
4. Die Stärkung des Finanzplatzes ist nicht nur eine Frage des politischen Verhandlungsgeschicks mit dem Ausland. Welche Massnahmen zur autonomen Verbesserung der Rahmenbedingungen des Finanzplatzes gedenkt der Bundesrat umzusetzen?
5. Angesichts der in 1 bis 4 genannten Entwicklungen welche Schlüsse zieht der Bundesrat aus seinen Antworten und welche Massnahmen gedenkt er heute einzuleiten?

Po. Schmid. Unternehmensgründungen in fünf Arbeitstagen und über ein one-stop-shop-Verfahren

Der Bundesrat wird beauftragt, mit den relevanten Bundesstellen (z.B. MWST, AHV, Markenschutz, Handelsregister) und in Zusammenarbeit mit den Kantonen die Voraussetzungen zu schaffen, dass die öffentliche Hand für ihre Bürgerinnen und Bürger über zentrale Anlaufstellen in der Praxis Neugründungen im Schnitt innert fünf Arbeitstagen ermöglicht. Das Ziel ist, durch Koordination und Vereinfachung der gesetzlichen Voraussetzungen Unternehmensgründungen zu vereinfachen und zu beschleunigen sowie unternehmensfreundliche Lösungen zu realisieren.

Ip. W. Müller. Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit im Einklang mit dem Legislaturfinanzplan

Die künftigen Rahmenkredite müssen wieder in Übereinstimmung mit dem Legislaturfinanzplan gebracht werden. Der aktuell vom Bundesrat beantragte und vom Parlament beschlossene Verpflichtungsüberhang von 15% (11,35 Mrd. statt 9,787 Mrd. gem. Finanzplan) macht eine Kontrolle durch das Parlament schwierig und verführt zu einer zusätzlichen Steigerung der Ausgaben. Das Problem lässt sich vermutlich lösen, wenn künftige Projekte, die über den zeitlichen fixierten Rahmenkredit hinauslaufen, unter Vorbehalt der Finanzierung abgeschlossen werden.

Denkt der Bundesrat, dass diese auch von den USA praktizierte Methode für die Schweiz sinnvoll wäre (mit eventueller Anpassung des FHG)?

Ist der Bundesrat bereit, dem Parlament die notwendigen rechtlichen Änderungen vorzuschlagen?

Teilt der Bundesrat die Meinung, dass die Einhaltung des Legislaturfinanzplanes für die finanzielle Stabilität des Landes eine hohe Priorität hat?

Mo. Keller-Sutter. Lutte contre le trafic de cocaïne. Conclusion d'un accord d'entraide judiciaire avec le Nigéria

Des enquêtes de grande envergure menées par diverses polices cantonales et par l'Office fédéral de la police ont montré que les trafiquants de drogue originaires du Nigéria transfèrent de grandes sommes d'argent dans leur pays. L'accord doit permettre à l'Etat du Nigéria de séquestrer, grâce à l'entraide judiciaire de la Suisse, les avoirs au Nigéria de ses ressortissants qui ont été condamnés en Suisse. Si les trafiquants de drogue condamnés en Suisse doivent s'attendre à ce que leurs avoirs (notamment leurs biens immobiliers) soient séquestrés au Nigéria après leur retour dans leur pays, le trafic de cocaïne ne présentera plus d'intérêt pour eux en Suisse. Compte tenu du partenariat migratoire et du projet pilote de coopération policière entre la Suisse et le Nigéria qui sont déjà en place, la conclusion d'un tel accord devrait être possible.

Po. Fraktion RL. Kein Blindflug bei den Ergänzungsleistungen zu AHV/IV

Der Bundesrat wird beauftragt, die finanzielle Entwicklung der Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (EL) zu prüfen und Bericht darüber zu erstatten. Insbesondere ist aufzuzeigen, wie die Finanzplanung und die Aufteilung der Finanzierungsverantwortung zwischen Bund und Kantonen im Rahmen der NFA-Gesetzgebung beurteilt wurden und welche Entwicklungen nun tatsächlich eingetreten sind. Der Bundesrat soll seine Zukunftserwartungen beschreiben, und es sind Massnahmen für eine bessere Kostensteuerung vorzuschlagen. Zusätzlich soll der Bundesrat für den Zeitraum 2008-2011 die Entwicklung der Kosten der EL in Relation zur 5. IV Revision quantifizieren.

Stopp der Steuerstrafe in der Säule 3b: Bei Kapitalbezug Ertragsanteil statt Kapitaleinlage besteuern

Der Bundesrat wird aufgefordert, das Bundessteuer- (DBG) und das Steuerharmonisierungsgesetz (StHG) dahingehend anzupassen, dass bei den rückkaufsfähigen Rentenversicherungen der Säule 3b die Rückkaufsumme (zu Lebzeiten) und die Prämienrückgewähr (nach dem Todesfall) mit dem tatsächlichen Ertragsanteil besteuert werden (Abkehr von der unsachgemässen 40-Prozent-Regel). Heute wird nur der Ertragsanteil mit 40% besteuert, wenn man eine Rente vor der ersten Rentenzahlung zurückkauft. Nach der ersten Zahlung wird der ganze Rückkauf zu 40% besteuert.

7.15. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 19 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die dreiwöchige Herbstsession abgeschlossen.

Parlamentarisch unter Dach kamen:

- › mit 122:49 Stimmen bei 14 Enthaltungen (Nationalrat) und 36:9 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) dringliche Änderungen des Asylgesetzes, die bereits am Samstag in Kraft treten und unter anderem spezielle Zentren für renitente Asylsuchende ermöglichen;
- › mit 120:41 Stimmen bei 16 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Besteuerung nach dem Aufwand, mit dem die Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren erhöht wird;
- › mit 134:50 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 40:5 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Steueramtshilfegesetz, das regelt, welche Angaben ein Gesuch enthalten muss, damit die Schweiz bei Steuerdelikten Amtshilfe leistet;
- › mit 128:51 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 44:0 Stimmen bei 1 Enthaltungen Änderungen des Kollektivanlagengesetzes, mit welchen die Regeln in der Schweiz an jene in der EU angepasst werden;
- › mit 186:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 45:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen Änderungen des Börsengesetzes, mit welchen der Insiderhandel schärfer geahndet werden kann;
- › mit 136:48 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 41:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen das revidierte Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz, das dem Bundesrat ermöglicht, bei Bedarf zusätzliche Staatssekretäre zu ernennen;

- › mit 128:57 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 31:11 Stimmen bei 3 Enthaltungen das revidierte Betäubungsmittelgesetz, das für erwachsene Kiffer keine Anzeige, sondern eine Ordnungsbusse von 100 Franken vorsieht;
- › mit 149:14 Stimmen bei 25 Enthaltungen und 40:2 Stimmen bei 3 Enthaltungen das revidierte Epidemienengesetz, mit dem sich die Schweiz besser gegen übertragbare Krankheiten wie die Lungenkrankheit SARS oder die Schweinegrippe wappnen will;
- › mit 101:85 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 34:4 Stimmen bei 7 Enthaltungen ein Bundesbeschluss über die Genehmigung des Europäischen Landschaftsübereinkommens;
- › mit 101:81 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 38:2 Stimmen bei 5 Enthaltungen ein Bundesbeschluss über die Genehmigung einer Änderung des Übereinkommens von Espoo über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen;
- › mit 187:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 45:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen Änderungen in der Strafprozessordnung und in der Zivilprozessordnung, die es urteilenden Gerichten ermöglichen, auf das Verlesen der Einvernahmeprotokolle zu verzichten, wenn die Einvernahme aufgenommen wird;
- › mit 188:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 45:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen ein Bundesgesetz, mit dem die verfahrensrechtlichen Bestimmungen zum anwaltlichen Berufsgeheimnis angepasst werden;
- › mit 127:56 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 45:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Übereinkommens Nr. 122 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Beschäftigungspolitik.
- › mit 139:46 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 45:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Verordnung, mit welcher das Parlament seine Beziehungen mit internationalen Gremien und anderen Parlamenten verbessern will;
- › Vorlagen für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2013-2016:
- › mit 187:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Eidgenössischen Technischen Hochschulen;
- › mit 188:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 43:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Bundesgesetz über Beiträge an gemeinsame Projekte von Bund und Kantonen zur Steuerung des Bildungsraumes Schweiz;
- › mit 157:28 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 40:0 Stimmen bei 5 Enthaltungen das Bundesgesetz über Stipendien an ausländische Studierende und Kunstschaffende in der Schweiz;
- › mit 173:13 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen das Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Berufsbildung, der Jugend und der Mobilitätsförderung;
- › mit 187:0 Stimmen bei 1 Enthaltungen und 41:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Unterstützung von Dachverbänden der Weiterbildung;

Mit Ausnahme der Parlamentsverordnung unterstehen alle Vorlagen dem fakultativen Referendum.

8. Wintersession 2012 – Session d'hiver 2012 (26.11. - 14. 12. 2012)

Die Asylgesetzrevision ist endgültig unter Dach und Fach. Damit wird die Attraktivität unseres Asylsystems für Personen ohne wirklichen Asylgrund vermindert, echte Asylsuchende hingegen erhalten angemessene Unterstützung. Gerade die im vergangenen Juni von der FDP vorgeschlagenen Massnahmen, welche grösstenteils aufgegriffen wurden, haben wesentlich zu einem verbesserten System beigetragen: So wird neu die Sozialhilfe für renitente Asylbewerber durch eine Nothilfe ersetzt. Personen, die Probleme verursachen und sich nicht an unsere Regeln halten, sollen in jedem Fall finanzielle Sanktionen spüren. Zweitens gibt es eine Reduktion der finanziellen Unterstützung für Asylsuchende und es wird in Zukunft darauf geschaut, dass Unterstützung in erster Linie über Naturalien und nicht durch Bargeld erfolgt. Hinzu kommt die gänzliche Abschaffung von Sozialhilfe-Massnahmen für Personen, die von einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid betroffen sind. Diese Massnahmen werden dazu beitragen, die Attraktivität der Schweiz für Asylsuchende zu verringern und das Chaos im Asylwesen zu beheben.

Der Nationalrat hat beim zweiten Teil der sechsten IV-Revision (Revision 6b) einen desaströsen Entscheid gefasst und praktisch alle Einsparungen aufgehoben. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die IV heute bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) mit rund 15 Milliarden Franken verschuldet ist, stösst der Entscheid des Nationalrats auf Unverständnis. Bedenklich ist zudem, dass der Nationalrat eine griffige Regelung für eine Schuldenbremse abgelehnt hat. Immerhin hat die grosse Kammer dem Übergang zu einem stufenlosen System zugestimmt. Damit werden Fehlanreize in Bezug auf die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt eliminiert. Der Ständerat ist aufgerufen, in der Differenzvereinbarung die Vorlage wieder auf den Sanierungspfad zurückzubringen.

Sehr erfreut ist die FDP-Fraktion über den Kurs in der Agrarpolitik. Der Ständerat folgte beim Herzstück der Vorlage wie bereits schon der Nationalrat dem Bundesrat. So sprach sich auch die kleine Kammer gegen die Weiterführung der Tierbeiträge aus. Direktzahlungen für die Bauern werden damit wirksamer und effizienter, schädliche Anreize zur Überproduktion und Umweltbelastung beseitigt. Beigetragen zu diesem Entscheid hat unter anderem auch ein Antrag von FDP-Ständerat Pankraz Freitag. Damit werden die Verlierer des Systemwechsels für eine gewisse Übergangszeit entschädigt. Bedauernd nimmt die FDP hingegen zur Kenntnis, dass der Ständerat beim Fleisch wieder zum Verteilsystem mit einer Inlandquote zurückkehren will und dem Gentechnormatorium zugestimmt hat.

In den Schlussabstimmungen haben beide Räte einer Änderung des Arbeitsgesetzes zugestimmt, mit der Tankstellenshops rund um die Uhr ihr ganzes Sortiment verkaufen dürfen. Es ist absurd und ein bürokratischer Unsinn, dass diese Shops zwischen ein und fünf Uhr nachts und an Sonntagen einen Teil ihres Sortimentes absperren müssen. Das Tankstellenpersonal ist für den Verkauf von Benzin und von Kaffee und Sandwiches u. ä. ohnehin anwesend, es geht also nicht um eine Ausweitung der Nachtarbeit. Die Linke hat das trotzdem Referendum dagegen angekündigt.

Die FDP-Liberale Fraktion gratuliert zudem unserem Bundesrat Didier Burkhalter zur glänzenden Wahl zum Bundesvizepräsidenten. Mit 205 Stimmen erzielte er das beste Resultat seit 1976! Mit Daniel Stolz als Nachfolger des verstorbenen Peter Malamas durfte die Fraktion in dieser Session zudem einen neuen Kollegen in ihrer Mitte begrüssen.

8.1. 12.021. Agrarpolitik 2014 – 2017

La politique agricole 2014-2017 fut au programme du Conseil des États durant la session d'hiver. Le projet a été traité au Conseil national, Chambre prioritaire, au cours de la session d'automne.

Point essentiel : la prime à la vache passe à la trappe.

Les paysans peuvent dire adieu à la prime à la vache. Emboitant le pas au National, le Conseil des Etats a confirmé mercredi le changement de paradigme dans la politique agricole 2014-17. Une enveloppe de 13,7 milliards de francs pour quatre ans accompagnera les réformes.

Par 26 voix contre 15, la Chambre des cantons a supprimé les subventions par tête de bétail, au grand dam d'une frange conservatrice. A l'avenir, les paiements directs ne dépendront plus du nombre de vaches, mais de la taille de la surface exploitée.

Le remplacement des paiements directs pour les animaux par des contributions plus ciblées est la valeur ajoutée principale de la nouvelle loi sur l'agriculture.

Les exploitants dont le revenu fléchira pourront avoir recours aux nouvelles contributions de transition, avec un coup de pouce supplémentaire pendant les huit premières années. La prime à la vache aurait en revanche cimenté la surproduction de lait, avec des effets négatifs sur l'environnement et le revenu agricole, selon la majorité.

De manière générale, le système des paiements directs sera ciblé en fonction des objectifs fixés aux paysans. Il y aura par exemple les contributions à la sécurité de l'approvisionnement, au paysage cultivé ou à la biodiversité. Comme au National, l'offensive de l'UDC contre les paiements au paysage, soupçonnés de subventionner les géraniums, n'a pas fait mouche.

Le Conseil des Etats, qui a adopté la réforme à l'unanimité, a apporté quelques retouches. Par 20 voix contre 17, il a décidé de réduire ou supprimer les contributions au-delà d'un certain revenu ou fortune. La surface de l'exploitation pourrait aussi jouer un rôle.

En outre, seules les exploitations situées dans une zone à bâtir avant l'entrée en vigueur de la nouvelle loi devraient continuer à toucher des paiements directs. Pour recevoir la manne fédérale, une formation professionnelle agricole restera en principe nécessaire.

Au chapitre du lait, les paysans continueront de recevoir un supplément pour les litres transformés en fromage et un supplément de non-ensilage. Mais le Conseil des Etats n'a pas voulu d'un retour au contrôle étatique dans le marché laitier.

Par 29 voix contre 9, il a écarté la solution du National qui veut obliger le Conseil fédéral à régler les détails relatifs aux contrats d'achat de lait et les sanctions en cas d'infraction.

En revanche, la Chambre des cantons a opéré une marche arrière pour ce qui est du marché de la viande. Par 21 voix contre 15, elle a renoncé partiellement au système de mise aux enchères des contingents tarifaires pour la viande de boucherie.

Les contingents devraient être attribués à raison de 40% d'après le nombre d'animaux abattus en Suisse. C'est un "retour au système planifié garantissant une rente de monopole" aux cinq grandes sociétés qui se partagent 70% du marché de la viande.

Malgré les incertitudes économiques, la majorité - réunie grâce à la voix prépondérante du président du conseil Filippo Lombardi (PDC/TI) - n'a pas voulu gonfler les moyens dévolus aux paysans, quelque 3,4 milliards par année. Le National a ajouté 40 millions pour des mesures sociales et destinées à améliorer les bases de production.

Les paiements directs se taillent la part du lion avec plus de 2,8 milliards, contre quelque 445 millions destinés à la promotion des ventes et environ 160 millions pour les mesures sociales.

Comme le National, le Conseil des Etats a profité de l'occasion pour prolonger le moratoire sur l'utilisation d'organismes génétiquement modifiés dans l'agriculture jusqu'à fin 2017. Une partie de la droite aurait voulu réduire la durée à 3 ans.

Enfin, les sénateurs ont tenu eux aussi à soutenir les chevaux de la race des Franches-Montagnes. Par 20 voix contre 17, ils ont limité les importations d'équidés pour favoriser la race indigène, "menacée d'extinction".

8.2. 11.069. Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz.

Die Schweiz soll einen nationalen Innovationspark bekommen. Der Nationalrat hat am Montag der letzten Sesssionswoche die letzten Differenzen zum totalrevidierten Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz ausgeräumt. Dieses klärt die Aufgaben und Zuständigkeiten des Bundes in der Forschungsförderung. Präzisiert werden vor allem die Aufgaben des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und der Kommission für Technik und Innovation (KTI). Zusätzliche Subventionen soll es nicht geben. Ausnahme ist der geplante nationale Innovationspark – eine Initiative von FDP-NR Ruedi Noser – in dem Hochschulen und Privatwirtschaft gemeinsam forschen sollen. Das revidierte Gesetz schafft eine Rechtsgrundlage für dessen Schaffung und definiert gleich-

zeitig die Bedingungen, unter welchen das Projekt vom Bund unterstützt werden kann. Dazu muss der Innovationspark vorab nationalen Interessen, der Wettbewerbsfähigkeit, der Ressourceneffizienz und der nachhaltigen Entwicklung dienen.

Die Standortfrage hatte schon vor der Debatte im Parlament für rote Köpfe gesorgt. Eine Machbarkeitsstudie wies 2007 den ehemaligen Militärflugplatz Dübendorf ZH als geeigneten Standort für einen Innovationspark von internationaler Bedeutung aus. Dagegen erhoben andere Kantone Einspruch und forderten, dass ein Innovationspark an mehreren Standorten zu stehen kommen müsse. Die Frage prägte auch die Parlamentsdebatte. Geeinigt haben sich die Räte schliesslich darauf, dass ein Innovationspark von Anfang an auf mehrere Standorte verteilt werden muss. Diese sollen untereinander vernetzt und mit den Hochschulen zusammenarbeiten, wie es der Ständerat gefordert hatte.

8.3. 11.030. 6. IV-Revision. Zweites Massnahmenpaket

Der Nationalrat hat beim zweiten Teil der sechsten IV-Revision (Revision 6b) das grundlegende Ziel, die IV finanziell zu sanieren, aus den Augen verloren. Er hat mit 93:80 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine Vorlage beschlossen, welche praktisch keine Einsparungen vorsieht. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die IV heute bei der Alters- und Hinterlassenen-Versicherung (AHV) mit rund 15 Milliarden Franken verschuldet ist, stösst der Entscheid des Nationalrats auf Unverständnis. Trotz der erfreulichen Nachricht, dass die IV 2012 vermutlich mit einem höheren Gewinn abschliessen wird, darf man die Realität nicht aus den Augen verlieren. Aus der befristeten Zusatzfinanzierung (Erhöhung der MWST bis Ende 2017) erhält die IV einen jährlichen Zustupf von ca. 1,1 Milliarden Franken. Während der gleichen Zeit übernimmt der Bund die Zinsen der IV-Schuld gegenüber der AHV, was die IV-Rechnung zusätzlich um ca. 280 Millionen Franken pro Jahr entlastet. Ohne diese befristeten Finanzspritzen würde die IV-Rechnung nach wie vor ein Defizit von jährlich über 500 Millionen Franken ausweisen.

Im Laufe der parlamentarischen Beratung hat sich das Volumen der geplanten Einsparungen deutlich vermindert. Der Bundesrat hat Einsparungen von 325 Millionen vorgesehen, nach der Version des Ständerats sind es 250 Millionen Franken. Der Nationalrat hat nun – entgegen den Empfehlungen seiner vorberatenden Kommission – die Einsparungen praktisch aufgehoben (40 Millionen). Von den vermeintlich guten Zahlen des Jahres 2012 geblendet, hat der Nationalrat die IV-Revision 6b aufgeteilt. Die umstrittene Senkung der Zulagen für Eltern und die Kürzung der Reisekostenbeiträge wurden aus der Revisionsvorlage ausgeklammert. Die FDP hat die Teilung abgelehnt. Im Interesse einer konsequenten Sanierung der IV müssen die strukturellen Probleme der Invalidenversicherung angegangen und die Schulden gegenüber der AHV rechtzeitig zurückbezahlt werden. Die IV muss nach Ablauf der Zusatzfinanzierung, also ab 2018, auf eigenen Beinen stehen und ihre Schulden gegenüber der AHV rasch abbauen. Das ist insbesondere deshalb wichtig, weil die AHV auf diesen Zeitraum hin diese Mittel selbst benötigt.

Immerhin hat der Nationalrat dem Kernstück des zweiten Teils der 6. IV-Revision zugestimmt: Das heutige System mit Viertelrenten, halben Renten, Dreiviertelrenten und Vollrenten soll durch ein stufenloses System abgelöst werden. Mit dem neuen System sollen bisherige Fehlanreize eliminiert werden. Für IV-Bezügerinnen und -Bezüger soll sich Arbeit in jedem Fall lohnen. Heute erhielten IV-Rentner manchmal weniger, wenn sie eine Teilzeitstelle annehmen. Ein Rentenanspruch entsteht wie bisher ab einer Invalidität von 40 Prozent. Wer zu 40 Prozent invalide ist, erhält eine 25-Prozent-Rente. Bei einem Invaliditätsgrad zwischen 40 und 49 Prozent steigt die Rente pro IV-Grad um 2,5 Prozent. Ab 50 Prozent entspricht die Rente jeweils exakt dem IV-Grad.

Bedenklich ist zudem, dass der Nationalrat eine griffige Regelung für eine Schuldenbremse abgelehnt hat. Um die finanzielle Nachhaltigkeit der IV sicherzustellen, braucht es eine Schuldenbremse. Massnahmen, die beim Unterschreiten gewisser Schwellenwerte greifen und eine erneute Verschuldung verhindern, müssen sich an den vorhandenen Mitteln orientieren. Dies, weil bei Zusatzeinnahmen der Reformdruck sofort nachlässt, wie die aktuelle Entwicklung veranschaulicht. Die FDP hatte eine solche Interventionsregel vorgeschlagen, welche ausgabenseitig gewirkt hätte. Dieser Antrag wurde leider abgelehnt.

Der Ständerat ist aufgerufen, in der Differenzbereinigung die Vorlage wieder auf den Sanierungspfad zurückzubringen. Das gegenüber Volk und Wirtschaft gegebene Versprechen, dass nach der befristeten Mehrwertsteuer-Erhöhung zur IV-Zusatzfinanzierung eine ausgabenorientierte IV-Reform folgt, ist einzuhalten.

8.4. 12.016. Volksinitiative "Für den öffentlichen Verkehr" und Finanzierung und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur FABI

Die Bahninfrastruktur soll für weitere 6,4 Milliarden Franken ausgebaut werden. Der Ständerat beschloss ohne Gegenstimme eine deutlich umfangreichere Ausbauvariante als sie der Bundesrat vorgeschlagen hatte. Der Bundesrat will im Rahmen der Vorlage zur Finanzierung und zum Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI) bis zum Jahr 2025 Bahnprojekte im Umfang von 3,5 Milliarden Franken realisieren. Ein neuer Bahninfrastrukturfonds (BIF) soll als einziger und unbefristeter Fonds künftig den Ausbau, Betrieb und Unterhalt der Bahninfrastruktur finanzieren. Die FDP möchte den BIF nicht unbefristet, sondern zeitlich beschränken. Nur so kann die Funktionsweise des Fonds wirksam überprüft werden. Für die Finanzierung gutgeheissen hat der Ständerat unter anderem eine tiefere Begrenzung des Fahrkostenabzugs bei der direkten Bundessteuer. Im Hinblick auf eine Volksabstimmung fügte die Ständeratskommission aber weitere von den Kantonen gewünschte Projekte ein. Finanzieren will der Ständerat die Variante mit zusätzlichen 0,1 Prozent Mehrwertsteuer ab 2018 bis längstens 2030. FABI soll auch als direkter Gegenvorschlag zur VCS-Initiative "Für den öffentlichen Verkehr" dienen. Diese lehnt die FDP unisono ab, auch im Ständerat war sie chancenlos.

8.5. 12.018. Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz. Anpassung

Weiter finden die Räte keine Einigung zum Autobahnvignetten-Preis. Der Nationalrat hielt mit 98:72: 10 an seinem Beschluss fest, den Preis der Autobahnvignette von 40 auf 70 Franken zu erhöhen. Die FDP stimmte mit 22:2 gegen eine Erhöhung auf 70 Franken. Die Mehrheit der Fraktion spricht sich für eine Erhöhung gemäss Vorschlag Bundesrat aus. Bundesrat und Ständerat verlangen eine Erhöhung ab voraussichtlich 2015 auf 100 Franken. Mit dem Geld sollen Engpässe im Nationalstrassennetz beseitigt werden. Gut zu wissen: Der Vignettenpreis ist seit 20 Jahren nicht der Teuerung angepasst worden. Verbunden mit der Erhöhung des Vignettenpreises ist die Aufnahme von rund 390 Kilometern Strasse ins Nationalstrassennetz. Dabei räumte der Nationalrat sämtliche Differenzen zum Ständerat aus.

Drei Tage nach der Abstimmung im Nationalrat sprach sich der Ständerat erneut für eine Erhöhung auf 100 Franken aus. Die kleine Kammer hielt mit 38:3 Stimmen an ihrem früheren Entscheid fest und unterstützt damit weiter den Bundesrat. Beide Räte hielten nun zweimal an ihren Entscheiden fest. Das Geschäft wurde in dieser Session nicht fertig behandelt. Da die Vignette erst ab voraussichtlich 2015 teurer werden soll, eilt das Geschäft noch nicht. Die zusätzlichen Mittel aus dem Vignetten-Erlös sind notwendig, damit weitere Strassen im Nationalstrassennetz gebaut werden können.

8.6. 10.052. Asylgesetz. Änderung

L'adoption de la Loi sur l'asile (Projet 1) permet de réduire l'attractivité de notre système pour les personnes qui n'ont pas de véritables motifs à demander l'asile. Et les requérants d'asile légitimes reçoivent le soutien adéquat. Les propositions faites par le PLR en la matière ont été majoritairement prises en compte avec l'adoption de la loi sur l'asile.

Trois mesures phares ont été prises pour diminuer l'attractivité de la Suisse aux yeux des requérants, tout en mettant de l'ordre dans le domaine de l'asile. Premièrement, il s'agit de remplacer l'aide sociale par l'aide d'urgence pour les demandeurs d'asile non coopératifs ou récalcitrants. Deuxièmement, l'aide sociale pour les requérants d'asile doit être inférieure à celle accordée aux résidents suisses. L'aide d'urgence doit également être plus basse que l'aide sociale pour les demandeurs. Ces aides doivent être apportées en priorité en nature. Troisièmement, seront exclus totalement des mesures d'aide sociale les personnes font l'objet d'une décision de renvoi exécutoire.

Avec cette révision, les représentants du peuple et des cantons ont envoyé un signal clair en faveur d'une politique d'asile cohérente. Autrement dit, une politique qui lutte contre les abus tout en garantissant la tradition humanitaire de la Suisse.

8.7. 09.086. Markenschutzgesetz. Änderung sowie Swissness-Vorlage

Le Conseil fédéral a adopté le message sur la Swissness dans le but de préserver la valeur de la «marque suisse» sur la durée et d'en assurer le positionnement. Cet objectif implique de renforcer la protection de l'indication de provenance «Suisse» et de la croix suisse, tant au niveau national que dans la perspective d'une mise en œuvre à l'étranger. De nouveaux critères permettant de déterminer plus clairement et précisément la provenance géographique d'un produit seront ancrés dans la loi sur la protection des marques.

Lors de son passage au Conseil des Etats les 10 et 11 décembre, les votes sur deux articles étaient particulièrement attendus. D'abord l'art. 48b sur les denrées alimentaires: la Chambre haute a décidé de suivre la position de sa commission et du Conseil fédéral: le lieu de provenance d'un produit est correspond à celui d'un minimum 80% de son poids. Il n'a pas suivi la position du Conseil national qui proposait un traitement différencié selon l'importance de la transformation ainsi qu'une réglementation spéciale pour le lait. Concernant les produits industriels (art. 48c), les positions du Conseil national et du Conseil fédéral demandaient un seuil à 60% du coût de revient, sachant que les coûts de recherche-développement ainsi que ceux liés à l'assurance de la qualité et à la certification peuvent être pris en compte. Le Conseil des Etats s'est opposé à cette limite et a fixé le seuil à 50%. La minorité Schmid, qui soutenait une proposition de Karin Keller-Sutter (50% du prix de revient, mais 60% pour l'horlogerie), a été rejetée par 22 voix contre 18. Le projet est renvoyé au Conseil national.

8.8. 12.073. Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht. Volksinitiative

La Suisse doit conserver le service militaire obligatoire. Pas question d'accepter une milice volontaire comme le souhaite le GSsA. Le Conseil national, comme le gouvernement, recommande au peuple de rejeter l'initiative populaire, sans contre-projet. Seule la gauche la soutient.

Les députés du conseil national ont rejeté le texte par 121 voix contre 56 et six abstentions au terme d'un long débat. Le Groupe pour une Suisse sans armée (GSsA) propose de ne plus rendre obligatoire le service militaire. Il veut parallèlement créer un service civil volontaire qui serait ouvert à toute la population.

Le National s'est également largement prononcé (145 à 33) contre deux contre-projets qui proposaient le maintien de l'obligation de servir mais dans d'autres filières comme les pompiers ou les gardes-frontières.

8.9. 12.041. Voranschlag 2013 12.042. Voranschlag 2012. Nachtrag II

Le Parlement est d'accord sur un déficit de 450 mio CHF.

Le budget de la Confédération 2013 affichera sur le papier un déficit de quelque 450 millions de francs. Les Chambres fédérales ont mis un point final à la discussion en augmentant de 15 millions les paiements directs pour les paysans. Les appels à la rigueur budgétaire de la ministre des finances Eveline Widmer-Schlumpf sont restés vains face à une majorité de députés menés par l'UDC et le PDC.

L'agriculture et le tourisme ont été les seuls volets à être longtemps disputés dans un débat parlementaire largement marqué par la rigueur budgétaire. Au départ, le National était prêt à libérer 72 millions de plus en tout pour ces secteurs. Mais il a dû mettre de l'eau dans son vin.

Exit ainsi les 12 millions supplémentaires pour le tourisme et les 15 millions de plus pour l'aide à l'exportation de produits agricoles. Et pour les autres postes, les députés ont revu leurs exigences à la baisse.

La Chambre des cantons a d'abord cédé sur l'aide à la viticulture, qui passera de 76 à 86 millions. Puis il s'est rallié, par 21 voix contre 20, à la hausse des paiements directs, soutenue de justesse par la conférence de conciliation. Cette augmentation avait auparavant passé le cap du National par 96 voix contre 87.

Pour le reste, le Parlement n'a que peu revu la voilure du budget. A part des adaptations qui sont la conséquence de décisions préalables, il a accordé trois millions supplémentaires pour permettre l'engagement de 24 personnes au Corps des gardes-frontière.

Un surplus de 1,5 million doit financer les travaux du groupe de travail chargé de faire la lumière sur le scandale informatique Insieme. Enfin 2,3 millions supplémentaires iront aux associations de jeunesse. Au final, le budget affiche des recettes de l'ordre de 64,5 milliards et des dépenses avoisinant les 64,9 milliards.

Le Conseil des Etats a encore accepté à l'unanimité le 2e supplément au budget 2012 avec des crédits de 140 millions. La plus grande part concerne l'asile. Mais le total englobe aussi une rallonge de 5 millions ajoutée vendredi par le Conseil fédéral au titre de l'aide d'urgence pour aider les réfugiés et les victimes du conflit syrien.

8.10. 12.3972. Mo. WAK-SR. Kapitaleinlageprinzip

12.3315. Mo. Fetz. Unternehmenssteuerreform II.
Kapitaleinlageprinzip. Ertragsausfälle erheblich verringern

12.3316. Mo. Bischof. Unternehmenssteuerreform II.
Kapitaleinlageprinzip anpassen

Der Ständerat hat eine Motion angenommen, die die unvorhergesehenen finanziellen Auswirkungen des Wechsels zum Kapitaleinlageprinzip im Rahmen der USTR II kompensieren will. Dafür haben sich die Urheber von zwei Vorstössen, welche die faktische Aufhebung des KEP fordern, bereit erklärt, diese zurückzuziehen. Die FDP begrüsst, dass an dem im Rahmen der USTR II eingeführten Kapitaleinlageprinzip festgehalten wird. Damit wurde nämlich eine verfassungswidrige Steuerstrafe beseitigt und der Schweizer Standort gestärkt. Dies bringt der Schweiz Steuersubstrat und Arbeitsplätze ein, die ohne die Neuregelung nicht entstanden wären. Mit einer teilweisen Revidierung wären diese Arbeitsplätze in Gefahr geraten. Die nachträglichen vermeintlichen Milliardenverluste halten überdies genauerer Betrachtung nicht stand. Vielmehr erzielte die Verrechnungssteuer 2011 sogar ein Spitzenergebnis. Und für das Jahr 2012 wird erneut mit höheren Einnahmen gerechnet.

Die jetzt im Ständerat angenommene Kommissionsmotion will richtigerweise bei der vorgeschlagenen Kompensation von Steuerausfällen auch die Mehreinnahmen berücksichtigen. So sind wegen des KEPs bereits mehrere Grosskonzerne in die Schweiz gezogen. Alleine diese Unternehmen haben Kapitaleinlagen in der Höhe von rund 200 Milliarden Franken in die Schweiz gebracht. Die Milderung der Steuerstrafe auf Risikokapital bewirkt zudem einen Wachstumseffekt, der sich mittel- und langfristig auch positiv auf die Steuereinnahmen auswirkt. Die genaue Ausgestaltung der Motion ist noch offen. Sie geht jetzt an den Nationalrat.

8.11. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Bundesgericht. Präsidium und Vizepräsidium - Die Vereinigte Bundesversammlung hat Gilbert Kolly (CVP) als Bundesgerichtspräsident für die Jahre 2013 und 2014 gewählt. Neuer Vizepräsident des höchsten Gerichts wird Ulrich Meyer (SP).

Bundesgericht. Wahl eines nebenamtlichen Richters/einer nebenamtlichen Richterin - Als neuen nebenamtlichen Bundesrichter wählte das Parlament Rolf Benz (glp). Er ist der erste Grünliberale, der für eine Wahl ans Bundesgericht vorgeschlagen wurde. Am Bundesgericht ersetzt er den per Ende 2012 zurücktretenden Peter Locher.

Aufsichtsbehörde über Bundesanwaltschaft. Wahl von zwei Mitgliedern - Isabelle Augsburger-Bucheli und Hanspeter Uster wurden von der VBV gewählt. Beide treten ihr Amt Anfang 2013 an und ersetzen Thierry Béguin und Niklaus Oberholzer, die Ende Jahr zurücktreten.

Generalsekretär/in. Bestätigung der Wahl – Mitte November wurde Philippe Schwab von der Koordinationskonferenz, welche aus den Büros des National- und Ständerates besteht, gewählt. Die Vereinigte Bundesversammlung bestätigte nun am 12.12.12 seine Wahl. Schwab wird somit Mitte 2013 neuer Generalsekretär der Bundesversammlung. Er tritt die Nachfolge von Christoph Lanz an, welcher per Ende Juni 2013 in Pension gehen wird.

8.12. Geschäfte beider Räte

Epidemiengesetz. Verlängerung des dringlichen Bundesgesetzes – Das Parlament hat vier Artikel des Epidemiengesetzes verlängert, um eine Gesetzeslücke zu verhindern. Deshalb hat sich das Parlament erneut über das Gesetz beugen müssen, nachdem es dieses im Herbst verabschiedet hat. Bei den Artikeln geht es um die Versorgung der Bevölkerung mit Heilmitteln. Sie waren 2006 ins Epidemiengesetz eingefügt worden, als sich die Welt vor einer Vogelgrippe-Pandemie fürchtete. Mit den Artikeln erhielt der Bund mehr Kompetenzen, um die Bevölkerung bei einer drohenden Pandemie mit Impfstoffen und Medikamenten versorgen zu können. Im Rahmen der Totalrevision des Epidemiengesetzes vom 28. September 2012 wurden diese Artikel inhaltlich übernommen. Die mit der dringlichen Änderung des Epidemiengesetzes von 2006 eingefügten Bestimmungen seien jedoch nur noch bis zum 31. Dezember 2012 in Kraft, während die gleichlautenden Artikel des revidierten Epidemiengesetzes aufgrund der Referendumsfrist frühestens am 18. Januar 2013 in Kraft gesetzt werden könnten.

Pa.Iv. Stähelin. Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons – Für die Sozialhilfe ist künftig in jedem Fall der Wohnsitzkanton eines Bedürftigen zuständig. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer entsprechenden Gesetzesänderung zugestimmt. Bereits heute sind in der Regel die Wohngemeinden für die Sozialhilfe zuständig. Lebt ein Bedürftiger aber weniger als zwei Jahre in seinem Wohnkanton, muss der Heimatkanton für die Kosten aufkommen. Nun haben die eidgenössischen Räte diese Rückerstattungspflicht des Heimatkantons abgeschafft. Es war unbestritten, dass die Rückerstattung veraltet und mit grossem administrativem Aufwand verbunden ist. Um den Kantonen genügend Zeit für die Umstellung zu gewähren, sollen die neuen Regeln erst nach einer Übergangsfrist von vier Jahren gelten. Der Nationalrat möchte ausserdem, dass die Änderung im Finanzausgleich zwischen den Kantonen berücksichtigt wird. Eine Kompensation für die Verliererkantone hatte auch die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren gewünscht. Über die Motion muss noch der Ständerat befinden. Der Bundesrat begrüsst die Aufhebung der Rückerstattungspflicht, lehnt aber eine Kompensation ab.

Loi sur le personnel de la Confédération. Modification – Les deux chambres ont mis sous toit la révision de la loi sur le personnel de la Confédération. Les conditions de travail des quelque 37'000 employés fédéraux et des milliers de collaborateurs d'entités comme les CFF ou les EPF seront modernisées et assouplies. Elles se rapprocheront ainsi largement des conditions prévalant dans le secteur privé. A l'initiative du Conseil national, les communautés linguistiques devront également être équitablement représentées dans les organes exerçant la haute direction des entreprises et établissements de la Confédération (art. 6a al. c).

Personenfreizügigkeit. Flankierende Massnahmen. BG. Anpassung – Beide Räte haben für das Bauhaupt- und Nebengewerbe eine Solidarhaftung für ganze Auftragsketten als Mittel gegen Lohndumping eingeführt. Die Mehrheit der FDP-Fraktion hat sich gegen eine solche Massnahme ausgesprochen, nachdem ein Antrag auf Befristung der Gesetzesrevision abgelehnt wurde. Eine Minderheit sprach sich aus politischen Gründen im Hinblick auf die anstehenden europapolitischen Abstimmungen für Annahme aus.

Pa.Iv. Lüscher. Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops. 2. Phase – Beide Räte haben einer von FDP-Nationalrat Christian Lüscher initiierten Änderung des Arbeitsgesetzes zugestimmt, mit der Tankstellenshops rund um die Uhr ihr ganzes Sortiment verkaufen dürfen. Die FDP-Fraktion begrüsst diesen Entscheid. Es ist absurd und ein bürokratischer Unsinn, dass diese Shops zwischen ein und fünf Uhr nachts und an Sonntagen einen Teil ihres Sortimentes absperren müssen. Das Tankstellenpersonal ist für den Verkauf von Benzin und von Kaffee und Sandwiches u. ä. ohnehin anwesend, es geht also nicht um eine Ausweitung der Nacharbeit. Die Anpassung ist auch im Sinne der Kundschaft. Die Bedürfnisse der Konsumenten haben sich geändert, wie der rasant wachsende Umsatz der Tankstellenshops zeigt. Die FDP ist generell dafür, über eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten im Allgemeinen zuzusprechen. In Zeiten des sich ausweitenden Einkaufstourismus und des starken Frankens sind Öffnungszeiten ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb mit dem grenznahen Ausland. Hier gilt es bald einmal den Wettbewerbsnachteil der Schweizer Wirtschaft in diesem Bereich einzugrenzen. Die Linke hat das Referendum gegen diese sehr moderate Anpassung des Arbeitsgesetzes angekündigt.

8.13. Geschäfte des Nationalrats

Mo. UREK-NR. Umbau KEV – Der Nationalrat will beim Umbau der Energieversorgung die Industrie vor höheren Strompreisen verschonen. Er hat am Freitag mit 95:92:5 die entsprechende Motion 12.3664 der UREK-N angenommen (RL 25:3). Für Industriebetriebe soll demnach der Zuschlag auf Strom begrenzt werden, mit welchem die kostendeckende Einspeisevergütung zur Förderung von erneuerbaren Energien finanziert wird. Ebenfalls angenommen wurde die Motion 12.3663 die vorsieht, dass Kleinanlagen mit einer Leistung von weniger als 10 Kilowattstunden nur noch Investitionshilfen erhalten anstatt ins KEV-System aufgenommen zu werden. Zudem erhalten grössere Anlagen mit einer Leistung von mehr als 10 Kilowattstunden eine KEV mit verkürzter Laufdauer von 10 bis 15 Jahren. Diese kann unter Umständen mit einer Investitionshilfe kombiniert werden.

Mo. UREK-NR. Abschreibung der Vorlage zur Aufhebung der Lex Koller – Der Nationalrat hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, die Beschränkung für Personen aus dem Ausland für den Kauf Schweizer Grundstücke beizubehalten. Die Lex Koller soll die Nachfrage nach Immobilien dämpfen. Auch die FDP unterstützte diese Vorlage. Die Nachfrage im Immobilienmarkt in der Schweiz hat sich dahingehend verändert, dass viel mehr ausländische Investoren ihr Geld in Schweizer Immobilien parken möchten. Dem ist aus Sicht der FDP Gegensteuer zu geben. Ohne Lex Koller dringen Staatsfonds, Hedge-Fonds und ausländische Pensionskassen auf den Schweizer Immobilienmarkt.

Internationale Währungshilfe. Verlängerung und Aufstockung des Rahmenkredits

Le crédit-cadre de la Suisse au Fonds monétaire international (FMI) devrait se limiter à 10 milliards de francs sur cinq ans. Le Conseil national a décidé par 109 voix contre 58 de revoir à la baisse les 15 milliards demandés par le gouvernement. Le Conseil des Etats doit encore se prononcer.

Au vu de la crise économique qui perdure dans les pays de la zone euro, le FMI a prévu à titre extraordinaire d'augmenter ses ressources à 456 milliards de dollars pour aider les pays en difficulté. La Suisse s'est engagée à y contribuer à hauteur de 10 milliards de dollars.

Le Conseil fédéral a cependant demandé au Parlement de libérer 15 milliards de francs, soit cinq milliards de plus que ce qui était prévu initialement. La marge est censée couvrir les fluctuations des taux de change et les éventuels défauts de paiements liés à la ligne de crédit.

Pour une majorité des députés, les réserves intégrées dans cette proposition sont trop élevées pour seulement couvrir d'éventuelles fluctuations monétaires. Le Département fédéral des finances n'a pas apporté d'argument crédible.

Mo. CIP-CN. Attestation des signatures pour les référendums et les initiatives populaires. Fixer un délai

– Le Conseil national a adopté par 141 voix contre 23 une motion demandant des délais séparés à fixer aux communes et aux comités pour le dépôt de référendums et d'initiatives. En clarifiant Le but est d'éviter qu'à l'avenir le couac de l'échec des référendums de l'ASIN sur les accords fiscaux ne se reproduise. Le groupe radical-libéral proposait de ne pas suivre cette motion: un évènement isolé ne devrait être à la base d'une législation.

Mo. Conseil des Etats (CAJ-CE). Droit de l'adoption. Mêmes chances pour toutes les familles

– Les couples homosexuels devraient aussi pouvoir adopter. Le Conseil national s'est rallié jeudi 13 décembre à cette idée par 113 voix contre 64. Néanmoins, il a tenu à limiter la portée de cette motion émanant du Conseil des Etats: pour les couples qui vivent en partenariat enregistré ou en concubinage, seuls les enfants des partenaires pourront être ainsi adoptés. En effet, conférer un droit général à l'adoption quelques années seulement après le vote populaire pourrait être problématique du point de vue de la démocratie et donner l'impression d'un forcing. Le Conseil des Etat doit maintenant approuver cette version modifiée.

8.14. Geschäfte des Ständerats

Mo. Eder. Bürokratie-Abbau bei genehmigungspflichtigen und meldepflichtigen Änderungen von Arzneimitteln

– Änderungen von zugelassenen Heilmitteln sollen weniger Gebühren verursachen. Der Ständerat hiess eine entsprechende Motion ohne Gegenstimme gut. Im Begehren wird verlangt, dass sich die Schweiz stärker an EU-Recht anlehnt. Laut Motionär Joachim Eder (FDP/ZG) können heute Änderungen teurer zu stehen kommen als Neuzulassungen. Gewisse Anpassungen bei den Gebühren soll das Heilmittelinstitut Swissmedic schon auf Anfang 2013 umsetzen, wie Gesundheitsminister Alain Berset versicherte. Die Regeln zu Änderungen sind in der Schweiz zudem anders als in der EU. Der Bundesrat zeigte sich bereit, Harmonisierungen mit dem EU-Recht zu prüfen.

Mo. Nationalrat (UREK-NR). Elektromobilität. Masterplan für eine sinnvolle Entwicklung

– Um Elektromobile in der Schweiz zu fördern, soll der Bundesrat einen Masterplan ausarbeiten. Der Ständerat überwies ohne Gegenstimme als Zweitrat eine entsprechende Motion. Mit dem umfassenden Plan soll die Elektromobilität gefördert und die Marktdurchdringung von Elektromobilen beschleunigt werden. Konkret soll der Aufbau eines landesweiten Netzes von Schnellladestationen unterstützt werden, an denen strombetriebene Fahrzeuge ihre Batterien aufladen können. Fördermittel für Nutzer werden aber explizit ausgeschlossen.

Mo. Nationalrat (SiK-NR). Gewalt bei Sportanlässen. Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes

Le Conseil des Etats a transmis tacitement jeudi une motion du National que celui-ci avait déjà accepté par 136 voix contre 26 à la session d'automne. La motion charge le gouvernement de modifier la loi sur le transport des voyageurs de telle manière que les personnes qui portent atteinte à la sécurité et à l'ordre public puissent être exclues. Les entreprises ne sont plus obligées de transporter des passagers violents, même munis d'un titre de transport valable. La modification de la loi permettra ainsi d'améliorer la sécurité des passagers et du personnel, notamment lors du transport des supporters pour les matchs à l'extérieur qui pose des problèmes importants.

Mo. CAJ-CE. Punissabilité du recel de données bancaires volées – Le Conseil des Etat a adopté tacitement une motion de sa commission demandant des modifications légales pour l'utilisation et la transmission (gratuite ou contre rémunération) de données bancaires acquises illicitement. Cette motion est une réponse aux ventes de cd de données bancaires volées. Pour les motionnaires, la Suisse doit sanctionner de "manière appropriée" l'utilisation et la transmission de ces données. Le National doit encore se prononcer.

Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Po. Fraktion RL – Introduction d'un processus judiciaire adapté à la lutte contre la petite délinquance
Le Conseil fédéral est chargé de rendre un rapport sur la pertinence et la faisabilité de l'introduction d'un tribunal des flagrants délits ou d'un tribunal de la petite délinquance, ou si ces tribunaux ne sont pas adaptés à notre système de procédure pénale suisse, d'étudier l'introduction d'une procédure accélérée qui permette de juger plus rapidement les petits délinquants et de les décourager de récidiver.

Mo. Fraktion RL – Définition de la détention provisoire. Abandon de l'exigence de la récidive effectivement réalisée

L'article 221 al. 1 litt. c CPP est modifié de sorte que la détention provisoire et la détention pour des motifs de sûreté puissent être prononcées lorsqu'un prévenu est fortement soupçonné d'avoir commis un crime ou un délit et qu'il y a sérieusement lieu de craindre qu'il compromette sérieusement la sécurité d'autrui par des crimes ou des délits graves. L'exigence de la récidive effectivement réalisée est abandonnée.

Ip. Fraktion RL – Volkswirtschaftliche Kosten der Energiestrategie 2050: Irreführende Angaben des Bundesrates zum 1. Massnahmenpaket

Ein bedeutsamer Punkt bei der Beurteilung der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 sind die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Pakets. Nach Aussagen des Bundesrates würden die langfristigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen moderat ausfallen. Die im Bericht vorgenommenen Berechnungen beziehen sich gemäss Recherchen von Radio DRS jedoch nicht auf das 1. Massnahmenpaket. Berechnet worden seien stattdessen die Auswirkungen eines hypothetischen, vom Bundesrat noch nicht beschlossenen 2. Massnahmenpakets, welches insbesondere eine Energielenkungsabgabe enthält. Der Bundesrat soll nun aufzeigen wie er sicherstellen will, dass die Vernehmlassungsteilnehmer im Wissen um die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des 1. Massnahmenpakets eine umfassende Bewertung desselben vornehmen können.

Mo. Fraktion RL – Zweckentfremdung des Vorsorgekapitals verhindern statt Bezugsmöglichkeiten einschränken

FDP. Die Liberalen ist gegen Einschränkungen der Möglichkeiten für Renten-, beziehungsweise Kapitalvorbezug, Kapitalabfindung oder Barauszahlung im BVG. Die Tatsache, dass diese Instrumente zum Teil missbraucht werden und es in der Folge zu einer Belastung der Ergänzungsleistungen kommt, ist absolut stossend. Dennoch müssen diese freiheitlichen Regelungen in einem System des Zwangssparens beibehalten werden. Eine Einschränkung würde beispielsweise junge Familien bestrafen, welche Vorbezüge sinnvoll einsetzen. Die Fehler Einzelner dürfen aber nicht umfassend an die Sozialwerke externalisiert werden. Viel eher soll die Eigenverantwortung in der Vorsorge stärker zum Tragen kommen.

Daher soll, wer Vorsorgegelder vorbezieht und diese zweckentfremdet, im Umfang dieser Mittel keinen Anspruch mehr auf Ergänzungsleistungen haben. Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für die Berechnung der Ergänzungsleistungen folgendermassen zu überarbeiten:

Bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen soll, im Falle eines vorgängigen Rentenvorbezugs, eines Kapitalvorbezugs für Wohneigentum oder einer Barauszahlung, die mutmassliche Rente ohne Vorbezug oder Barauszahlung als Einnahme angerechnet werden. Die Anrechnung soll nur soweit erfolgen, als das sozialrechtliche Existenzminimum bei der Berechnung der jährlichen Ergänzungsleistung nicht unterschritten wird.

Po. Fraktion RL – Für eine freie Wirtschaftsordnung - gegen Wettbewerbsverzerrung durch Staatsunternehmen

Der Staat ist auf allen Ebenen wirtschaftlich aktiv und behält sich als Monopolist zu viele Tätigkeiten vor, welche Sache der privaten Anbieter sein sollte. Ausserdem missbrauchen staatliche Unternehmen ihre Vorteile (aus ihrer Eigentümerschaft und/oder Monopolstellung), indem sie daraus offen oder verdeckt auch Bereiche

subventionieren bzw. quersubventionieren, in denen sie als (unfaire) Konkurrenz privater Anbieter auftreten. Beispiele sind: Öffentliche Stromversorger, die sich als Dachdecker, Sanitäre und Elektriker betätigen; Gebäudeversicherungsunternehmen mit staatlichem Monopolschutz, die Privatversicherungen anbieten; kantonale IT-Anbieter oder das Bundesgericht, welche in Konkurrenz zu privaten Unternehmen Informationsdienste auf dem Markt erbringen. Der Bundesrat wird deshalb aufgefordert in einem Bericht aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen er private Wirtschaftsteilnehmer vor unlauterem Wettbewerb durch Staatsunternehmen schützen will

Dringliche Ip. Fraktion RL – Sichere Renten dank einer sicheren Reform der Altersvorsorge

Im Hinblick auf die Präsentation der Eckwerte der grossen Reform der Altersvorsorge wird der Bundesrat eingeladen, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Vorgezogene Massnahmen könnten den Renteneintritt der Babyboom-Generation abfedern. Die Angleichung des Rentenalters wäre eine solche Massnahme, welche jährlich mindestens 800 Millionen CHF sparen könnte. Scheitert die Reform, ist kein Mechanismus eingesetzt, welcher einen Schuldenberg verhindert. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass es im Sinne einer vorausschauenden Politik ratsam wäre, die Angleichung des Rentenalters und die Einführung einer AHV-Schuldenbremse vorzuziehen?
2. Der Bundesrat möchte die Finanzierungslücke, welche sich bei der AHV abzeichnet, durch eine Reduktion der Attraktivität des vorzeitigen Renteneintritts, mit Anreizen für längeres Arbeiten und mit zusätzlichen Steuereinnahmen oder Lohnabzügen decken. Wie schätzt der Bundesrat die Anteile der erwähnten Massnahmen an der Deckung der Finanzierungslücke bzw. welcher Anteil der Finanzierungslücke soll allein über Mehreinnahmen gedeckt werden? Welche Massnahmen werden getroffen, damit 55+ Jährige für den Arbeitsmarkt attraktiver werden?
3. Der Mindestumwandlungssatz ist zu einem Zankapfel der Politik geworden. Als versicherungsmathematischer Parameter sollte dieser aber möglichst nicht von einem politischen Gremium festgelegt werden, sondern von den paritätisch zusammengesetzten Stiftungsräten der jeweiligen Pensionskassen. Wie will der Bundesrat den Mindestumwandlungssatz entpolitisieren? Der gesetzlich zu hoch angesetzte Mindestumwandlungssatz führt nicht nur Umverteilungen zwischen Aktiven und Rentnern, sondern auch zwischen dem Überobligatorium und dem Obligatorium. Wie will der Bundesrat diesen beiden systemwidrigen Umverteilungen den Riegel schieben?
4. Bei einer schnellen Senkung des Mindestumwandlungssatzes im BVG sieht der Bundesrat Übergangsmassnahmen für Personen vor, welche aufgrund ihres Alters nicht mehr in der Lage sind, ihr BVG Guthaben auf die erforderliche Höhe anzuheben. Für diese Kompensation schlägt der Bundesrat eine Lösung entweder über die AHV oder über den Sicherheitsfonds vor. Wie beurteilt der Bundesrat die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen, damit Pensionskassen die Kompensationsmassnahmen jeweils „Kassen-intern“ (Reserven, Erheben von Solidaritätsbeiträgen, etc.) vornehmen können?

Mo. Fraktion RL – Bessere Betreuung und mehr Effizienz im KVG

Ein Beispiel für den gewinnbringenden Einsatz von mehr Selbstverantwortung im Genesungsprozess ist die korrekte Einhaltung (Compliance) von Behandlungspfaden, vor allem im ambulanten Bereich. Die Genesung stellt nicht nur für das medizinische Personal eine grosse Herausforderung dar, sondern auch für die Patienten. Nicht zuletzt muss auch der Einzelne einen entscheidenden Beitrag für seine Genesung leisten: Regelmässige und korrekte Medikamenteneinnahme, langwierige Physiotherapie nach einer Operation, selbstständige Sportübungen, etc. Mit unter anderem finanziellen Anreizen für Patienten könnte eine verbesserte Einhaltung der Behandlungspfade erreicht werden und somit eine raschere Genesung, mit entsprechend positiver Auswirkung auf die Kosten. Bei der Einhaltung der Compliance gilt es auch im KVG mit entstehenden eHealth-Technologien mitzuhalten und den Case Managern die Möglichkeiten zu geben, die Einhaltung des Behandlungspfades zu überprüfen. Der Bundesrat soll die Rahmenbedingungen für Anreize zu Case Management Systemen ausbauen.

Po. Fraktion RL – Effizienter Vollzug der flankierenden Massnahmen statt Gesetzesflut

Der Bundesrat wird aufgefordert, eine umfassende Überprüfung des Vollzugs der Flankierenden Massnahmen (FlaM) vorzunehmen. Basierend darauf ist dem Parlament ein Bericht vorzulegen, welcher die heute bestehenden Probleme beim Vollzug aufzeigt und Vorschläge zur Optimierung der Umsetzung der FlaM unterbreitet. In die Überprüfung des Vollzugs und bei der Erarbeitung von Verbesserungsmassnahmen sind die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK) und die Sozialpartner einzubeziehen.

Arbeiten, die in der Schweiz ausgeführt werden, müssen gemäss den hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen verrichtet werden. Missbräuche sind nicht tolerierbar. Die im Rahmen der FlaM bestehenden Instrumente sind zum Schutz des Schweizerischen Arbeitsmarktes konsequent umzusetzen und zu vollziehen. Derzeit zeigt sich aber, dass der Vollzug der FlaM nicht optimal funktioniert. So konstatiert auch der Bundesrat in seinem letzten Bericht, dass das eigentliche Problem nicht bei den gesetzlichen Bestimmungen liegt, sondern im Vollzug. Die Akzeptanz der Personenfreizügigkeit in der Schweizer Bevölkerung und damit die Sicherung der Bilateralen Verträge mit der EU für die Zukunft stehen und fallen mit einem wirksamen Schutz vor Lohndumping und missbräuchlichen Arbeitsbedingungen. Aus diesem Grund ist es zentral, dass die bestehenden Probleme – auch zusammen mit den verantwortlichen Akteuren auf Kantonsebene – rasch angegangen werden.

Po. Fraktion RL – Was soll mit der MWST noch alles finanziert werden?

Der Bundesrat wird gebeten aufzuzeigen, welche Bundesaufgaben bereits heute mit Hilfe der MWST finanziert werden und welche in Zukunft neu mittels MWST finanziert werden sollen. Hat sich der Bundesrat eine Obergrenze gesetzt, wie hoch die MWST im Maximum sein darf? Welche Auswirkungen werden weitere MWST-Erhöhungen auf die Gesellschaft und die Wirtschaft haben? Plant der Bundesrat entsprechende Kompensationen bei den direkten Steuern?

Immer öfter werden neue Grossprojekte mittels der MWST finanziert (Sanierung IV, AHV, Schienenverkehr etc.). Da die Übersicht verloren zu gehen droht, wird der Bundesrat gebeten, in einer Gesamtschau aufzuzeigen, welche Projekte bereits heute befristet oder unbefristet über die MWST finanziert werden und welche Pläne für künftige MWST-Finanzierungen bestehen. Ohne eine Gesamtschau drohen isolierte Einzelbeschlüsse, die in der Summe die MWST substantiell erhöhen und entsprechende Folgen für die Fiskalquote und den Standort Schweiz haben. Auch werden die privaten Haushalte zunehmend belastet. Parlament und Volk müssen eine Güterabwägung vornehmen können: "First come - first served". Der Bundesrat plant z.B., die AHV und den ÖV über die MWST zu finanzieren. Weiter Projekte sind in der Pipeline.

Pa.Iv. NR Hutter – Für faire Rügefristen im Werkvertragsrecht

Gestützt auf Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung und Art. 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Das Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (5. Teil: Obligationenrecht) wird wie folgt geändert:

Art. 370 Genehmigung des Werkes

Abs. 3

Treten die Mängel erst später zu Tage, so muss die Anzeige innert 60 Tagen nach der Entdeckung erfolgen, widrigenfalls das Werk auch rücksichtlich dieser Mängel als genehmigt gilt.

(...)

Die heutige Fassung des Art. 370 Abs. 3 OR verlangt, dass Mängel, die erst nach der Ablieferung zu Tage treten (sog. „geheime Mängel“), „sofort nach der Entdeckung“ gerügt werden müssen (sog. "Soforträge"). "Sofort" bedeutet nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts, dass die Rüge spätestens innert sieben Tagen nach der Entdeckung des Mangels erfolgen muss (vgl. Urteil 4A_82/2008 vom 29. April 2009, E. 7.1). Wird ein Mangel nicht innert 7 Tagen gerügt, gilt er unwiderruflich als genehmigt, das heisst die entsprechenden Mängelrechte sind verwirkt.

In der Praxis überfordert die Pflicht zur Rüge innert nur 7 Tagen insbesondere private Bauherren und teilweise auch Bauherren der öffentlichen Hand (Einhaltung des Dienstweges). Vielen Wohneigentümern ist die Pflicht zur Soforrüge nicht bekannt. Sie verpassen diese sehr kurze Frist noch bevor sie sich rechtskundig beraten lassen können und verlieren damit sämtliche Mängelrechte. Auch Baufachleuten ist nicht in jeder Situation klar, ob die gesetzliche Soforrügepflicht gilt oder ob diese gültig vertraglich wegbedungen wurde. Auch der Rückgriff des Bauunternehmers auf seinen Subunternehmer scheidet daher manchmal an der unterlassenen Soforrüge.

Verschärft wird die Situation dadurch, dass das Bundesgericht die Pflicht zur Soforrüge konsequent auf sogenannte „Geistwerkverträge“ zur Anwendung bringt, namentlich auf Verträge über Ingenieurleistungen (vgl. Urteil 4A_53/2012 vom 31. Juli 2012, E. 3.5 ff.). Eine Ausdehnung dieser Rechtsprechung auf andere Dienstleistungsbereiche, auch ausserhalb der Bauwirtschaft, ist aufgrund des offenen Begriffs der „Geistwerkverträge“ absehbar.

Wenn dem Besteller die Pflicht zur Soforrüge bekannt ist, wird er zur Sicherung seiner Rechte vorsichtshalber gleich nach der Feststellung eines (vermeintlichen) Mangels gegenüber allen potentiell haftpflichtigen Unternehmern und Planern eine Mängelrüge erheben – und dies zur Sicherung des Beweises am besten per Einschreiben. Solche vorsorglichen "Rundumschläge" widersprechen jedoch dem in Geschäftssachen üblichen Anstand, welcher gebietet, Vertragspartnern nicht leichthin Vertragsverletzungen vorzuwerfen.

In der Bauwirtschaft gilt die Soforrüge als unangemessen. Professionelle Vertragsparteien schliessen diese Regelung daher vertraglich aus – namentlich durch die SIA-Norm 118, die in Art. 172 vorsieht, dass Mängel in den ersten zwei Jahren nach der Abnahme jederzeit gerügt werden können. Die SIA-Norm 118 ist aber eine allgemeine Geschäftsbedingung (AGB) eines privaten Vereins. Sie gilt daher nur, wenn sie vereinbart wird – was nicht nur Wohneigentümer sondern auch Berufsleute der Bauwirtschaft häufig nicht bedenken.

Die Soforrüge von Mängeln im Werkvertragsrecht ist zudem eine Eigenartigkeit des schweizerischen Rechts. Die meisten Rechtsordnungen kennen vergleichbare Regeln nur beim Handelskauf. Im Werkvertragsrecht gibt es andernorts entweder gar keine Rügepflicht oder dann wesentlich längere Rügefristen, wie zum Beispiel in Italien, wo die Rügefrist 60 Tage beträgt (Art. 1667 Code Civile).

Es ist nicht sachgerecht, dass Besteller von werkvertraglichen Leistungen sämtliche Mängelrechte verlieren, nur weil sie einen entdeckten Mangel nicht innert sieben Tagen rügen. Die Rügefrist muss so bemessen werden, dass ihre Einhaltung den privaten und öffentlichen Bauherren zugemutet werden kann. Der Vorstoss möchte die gesetzliche Mängelrügefrist bei Werkverträgen verlängern, damit diese Frist nach sorgfältiger Prüfung der jeweiligen Sachlage und ohne übertriebene Hast eingehalten werden kann. Bezüglich der Dauer bietet sich die bewährte italienische Regelung (60 Tage) an.

8.15. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 13 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die dreiwöchige Wintersession abgeschlossen.

Parlamentarisch unter Dach kamen

- › mit 128:59 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 29:11 Stimmen bei 3 Enthaltungen eine Änderung des Arbeitsgesetzes, mit der Tankstellenshops rund um die Uhr ihr ganzes Sortiment verkaufen dürfen.
- › mit 106:79 Stimmen bei 6 Enthaltungen und 31:7 Stimmen bei 4 Enthaltungen die Solidarhaftung auf dem Bau für ganze Auftragsketten als neue flankierende Massnahme.
- › mit 90:55 Stimmen bei 47 Enthaltungen und 30:8 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine weitere Asylgesetzrevision, welche abgewiesene Asylsuchende in jedem Fall von der Sozialhilfe ausschliesst und die Sozialhilfe für sämtliche Asylsuchende reduziert.
- › mit 137:49 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 34:5 Stimmen bei 3 Enthaltungen der Beschluss zur SVP-Volksinitiative "Volkswahl des Bundesrates", welche das Parlament zur Ablehnung empfiehlt.

- › mit 162:25 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen Änderungen im Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz, das die Aufgaben und Zuständigkeiten des Bundes in der Forschungsförderung klärt und die Rechtsgrundlage für einen nationalen Innovationspark schafft.
- › mit 177:12 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 40:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen das revidierte Bundespersonalgesetz, mit dem die Anstellungsbedingungen für das Bundespersonal liberalisiert werden.
- › mit 191:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 43:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Ergänzung der Strafprozessordnung. Damit wird die gesetzliche Grundlage für verdeckte Fahndung geschaffen und die verdeckte Ermittlung, bei der Polizisten mit einer falschen Identität (Legende) kriminelle Kreise infiltrieren, wird enger gefasst.
- › mit 168:22 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 43:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Änderung des Zuständigkeitsgesetzes, mit der in jedem Fall der Wohnsitzkanton - und nicht mehr teilweise der Heimatkanton - für die Sozialhilfe eines Bedürftigen zuständig ist.
- › mit 188:4 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 41:0 Stimmen bei 1 Enthaltungen dringliche Änderungen des Epidemiengesetzes, mit denen der Bund bei Pandemien weiterhin Impfstoffe beschaffen kann.
- › mit 188:5 Stimmen bei 1 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen ein neuer Artikel im Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, der die Kantone dazu verpflichtet, die Erhebung der Bundessteuer durch ein unabhängiges Finanzaufsichtsorgan prüfen zu lassen.
- › mit 189:5 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen die Änderung eines Anhangs zum Personenfreizügigkeitsabkommen, mit dem die Anerkennung für Medizinal- und andere Berufe gegenüber der EU aktualisiert wird.
- › mit 123:64 Stimmen bei 7 Enthaltungen (Nationalrat) und 36:5 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Ständerat) die Ratifikation des IAO-Übereinkommens Nr. 183 über den Mutterschutz. Für den Beitritt muss die Schweiz die Entlohnung von Stillpausen regeln.
- › mit 194:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen ein Vertrag mit dem Fürstentum Liechtenstein, der den vereinfachten Verkehr mit Feuerwaffen zwischen der Schweiz und Liechtenstein sicherstellt.

Alle Beschlüsse ausser jenem zur Volksinitiative für die Volkswahl des Bundesrates unterstehen dem fakultativen Referendum. Die Initiative kommt direkt zur Abstimmung.

Nahestehende Organisationen

9. FDP. Frauen Schweiz

Carmen Walker Späh, Präsidentin FDP Frauen Schweiz

9.1. Mit liberalem Schwung und gestärkt ins 2012

An der Generalversammlung der FDP. Die Liberalen Frauen am 17. März in Frauenfeld blickte die Präsidentin Carmen Walker Späh auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Die FDP Frauen zeigten mit ihrer „Nicht-mehr-oben-ohne“ Kampagne, dass politische Forderungen durchaus humorvoll und pointiert kommuniziert werden können. Mit diesem Schwung werden die Forderungen nach gemischten Teams in der Chefetage und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch im 2012 voran gebracht. Nationalrätin Christa Markwalder präsentierte im zweiten Teil die „Liberale Resolution“, welche die Grundwerte unseres politischen Engagements bildet. Unsere Vision einer liberalen Schweiz, in der Frauen und Männer frei entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten, in dem das Unternehmertum gefördert wird und Ungerechtigkeiten beseitigt werden, verfolgen wir gradlinig und konsequent. An der Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen am 22. April 2012 haben die FDP Frauen die Kandidatur von Nationalrat Philipp Müller unterstützen. Philipp Müller ist den FDP Frauen in der Forderung nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein guter Verbündeter. Für die Besetzung des Vize-Präsidiums fordern die FDP Frauen ein gemischtes Team.

9.2. Neue breite Frauenallianz für Lohngleichheit

Auf den 7. März – den Equal Pay Day – und den 8. März – den Internationalen Tag der Frau – hin hat sich in der Schweiz eine neue Frauenallianz gebildet. Dieses neue Bündnis von Frauen aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften ist sich einig: Jetzt muss es endlich vorwärts gehen mit der Lohngleichheit. Denn noch immer und in klarer Verletzung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften verdienen Frauen für die gleiche Arbeit durchschnittlich 18.4 % weniger. Vertreten in dieser Allianz sind die Business and Professional Women (BPW), die SGB-Frauenkommission, die BDP, die CVP-Frauen die FDP. Die Liberalen Frauen und die SP-Frauen. Als erster Erfolg dieser Frauenallianz hat der Nationalrat am 2. Mai die neue Leitlinie zur Gleichstellung angenommen. Dies ist ein wichtiger Schritt, damit Lohngleichheit nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt, sondern auch konkret umgesetzt wird.

9.3. „Nicht mehr oben ohne“ mit oder ohne Quoten?

An der Konferenz der kantonalen Parteipräsidentinnen am 9. September stellten die FDP Frauen die Hauptforderung „Mehr Frauen in die Chefetage“ ins Zentrum der aktuellen Quoten-Diskussion und nahmen differenziert Stellung zur aktuellen Quotendebatte. Neben der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, genügend Krippenplätzen, Tagesschulen und der Förderung von Frauen in technischen Berufen ist die Quote ein mögliches Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Doch Quoten waren und sind stets das am wenigsten favorisierte Instrument der FDP Frauen; denn eigentlich soll die beste Person - unabhängig vom Geschlecht - weiter kommen. Leider zeigt jedoch das krasse Missverhältnis von aktuell nur gerade 11 % Frauen in den Verwaltungsräten und 5 % Frauen in der Führungsetage der Unternehmungen, dass sich unsere Schweiz kaum bewegt. Für die FDP Frauen ist dabei die Gleichstellung zwischen Mann und Frau und damit die Chancengleichheit für Frau und Mann die Grundvoraussetzung einer erfolgreichen liberalen Gesellschaft. Liberale lieben zwar die starren Quoten nicht und keine Frau will eine „Quotenfrau“ sein. Die heutige krasse Untervertretung der Frauen in den Führungsgremien ist jedoch in einer liberalen Gesellschaft ebenso wenig akzeptabel. Als Liberale wollen wir auch nicht, dass der Staat der Wirtschaft per Gesetz vorschreibt, wie sie zu arbeiten hat; die unternehmerische Freiheit ist den FDP Frauen wichtig. Der Staat muss jedoch dann eingreifen, wenn die Chancengleichheit faktisch nicht existiert.

Öffentliche Verwaltungen

In einem ersten wichtigen Schritt unterstützen die FDP Frauen deshalb die Forderung nach Quoten im Sinne von Zielvorgaben in der öffentlichen Verwaltung. Die öffentliche Verwaltung soll mit gutem Beispiel vorausgehen. Die Massnahme soll zeitlich befristet sein (sunset legislation) und regelmässig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.

Verwaltungsräte

Auch eine zeitlich befristete Quote, z.B. für fünf Jahre in den Verwaltungsräten von börsenkotierten Unternehmen, wäre eine mögliche und umsetzbare Massnahme, wenn freiwillige Massnahmen nichts fruchten.

Konzernleitungen resp. Geschäftsleitungen

Frauenquoten von 30 Prozent in sämtlichen Konzernleitungen zu fordern halten die FDP Frauen als realitätsfremd. Dazu fehlen heute leider die weiblichen Fachkräfte, gerade in den technischen Berufen. Hier engagieren sich die FDP Frauen für die Förderung von weiblichen technischen Nachwuchskräften und arbeiten mit Bundesrat Schneider Ammann an diversen Projekten mit, damit sich vermehrt junge Frauen für technische Berufe entscheiden.

9.4. Familienpolitik

Die Delegiertenversammlung der *FDP.Die Liberalen* hat am 23. Juni in St.-Maurice das Massnahmenpapier „[Liberale Wege zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf](#)“ verabschiedet. Familien sollen ihr Leben möglichst frei gestalten können: Ob ein Elternteil sich ganz der Erziehung widmet oder beide teilzeit beruflich tätig sind, hat nicht der Staat zu entscheiden. Heute können aber viele Eltern Familie und Beruf nicht unter einen Hut bringen. Dies zu ändern, ist nicht nur ein Gebot liberaler Politik – sondern auch wirtschaftlich sinnvoll: Schweizer Unternehmen sind auf mehr qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. *FDP.Die Liberalen* und die FDP Frauen haben zusammen ein Massnahmenpapier mit folgenden drei Hauptzielen erarbeitet: Schweizweit sollen genug KITA-Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, Tagesschulen werden zur Norm, und Teilzeitstellen und Home Office sollen bis ins hohe Kader möglich sein.

9.5. Initiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“

Diese Initiative will, dass „Frauen ihre Abtreibungen selber bezahlen sollen“. Mit „Blick auf die Gesundheitskosten“ und aus „moralischer und ethischer Sicht“ soll ein Schwangerschaftsabbruch in Zukunft nicht mehr von der Grundversicherung übernommen werden. Das Schweizer Stimmvolk hat im Jahr 2002 mit 72 % Ja-Stimmen die Fristenregelung angenommen. 10 Jahre später, versteckt hinter finanzpolitischen Argumenten wollen nun gewisse ultrakonservative Kreise dieses klare Volksverdikt wieder in Frage stellen. Daher hat sich ein überparteiliches Komitee zusammen mit Fachleuten gebildet, um diese absurde Initiative zu bekämpfen. Die FDP Frauen bekämpfen diese Initiative an vorderster Front, Carmen Walker Späh ist Vize-Präsidentin des Abstimmungskomitees.

9.6. Ja zur gemeinsamen elterlichen Sorge

Die gemeinsame elterliche Sorge wird in Zukunft unabhängig vom Zivilstand der Eltern zur Regel. Das hat der Nationalrat am 25. September mit der tatkräftigen Unterstützung der FDP Frauen beschlossen. Dieser Entscheid dient in erster Linie dem Kindeswohl. Gleichzeitig ist dies auch ein gesellschaftspolitisches Zeichen für die Gleichstellung von Mann und Frau.

9.7. Breite Allianz gegen Abschaffung des Tänzerinnen-Statuts

Der Bundesrat will das Cabaret-Tänzerinnen-Statut abschaffen. Damit würde für viele Artistinnen der minimale Arbeitnehmerschutz abgeschafft. Denn Tänzerinnen aus Ländern ausserhalb der EU könnten in den traditionellen Nachtlokalen nicht mehr legal beschäftigt werden und würden in die schutzlose Illegalität getrieben. Die FDP Frauen wehrten sich mit anderen Parteien, Gewerkschaften, Frauenorganisationen und Cabaret-Betreibern gegen diese Pläne.

9.8. Netzwerk-Veranstaltung „Illetrismus“

SO GETS NICHT VORWERZ Illetrismus: Lesen und Schreiben – (k)eine Selbstverständlichkeit?

Filmvorführung: Boggsen

Podiumsdiskussion mit:

Brigitte Aschwanden, Geschäftsführerin des Vereins Lesen und Schreiben Deutsche Schweiz

Ursula Bänninger, Kursleiterin „Lesen und Schreiben“

Hanna Lienhard, Schulpräsidentin Stadt Zürich

Christa Markwalder, Nationalrätin BE

Ruedi Noser, Nationalrat ZH

geführt durch Petra Studer, Vize-Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen

Rund 800'000 Erwachsene in der Schweiz sind nicht imstande, richtig zu lesen und zu schreiben. Viele verstecken ihre Schwäche jahrzehntelang. Dabei gibt es Kurse, die ihnen helfen können. Und es geht auch darum, die Arbeitgeber zu sensibilisieren, damit sie bei Mitarbeitenden die Schwäche erkennen und sie an entsprechende Kurse verweisen. Die FDP Frauen unterstützen diese Kampagne und machen auf die Lese- und Schreibschwäche aufmerksam.

Die FDP Frauen setzen sich weiterhin für eine liberale Politik ein und sind davon überzeugt, so zum Erfolg der FDP.Die Liberalen beizutragen – aus Liebe zur Schweiz.

10. FDP.Die Liberalen Service Public

Beat Schlatter, Präsident FDP.Die Liberalen Service Public

Mein zweites Jahr als Präsident der FDP.Die Liberalen Service Public stellten wir unter das Motto „Wirtschaft und Verwaltung“. Wie sich später herausstellte, eine grössere Herausforderung als zuerst angenommen.

10.1. Veranstaltungen 2012

Es wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

Am 13. März 2012 begrüsst uns Herr Alexandre Schmidt in der Eidgenössischen Alkoholverwaltung. In einer spannenden und lehrreichen Führung brachten er und seine Mitarbeiter uns die Tätigkeit dieser Organisation näher. In einem zweiten Schritt ging Herr Schmidt im Besonderen auf die Zukunft der Alkoholverwaltung ein. Und in einer letzten Phase durften wir einen Parcours und auch eine (streng) geführte Degustation mitmachen. Zu erwähnen gilt, dass Herr Alexandre Schmidt für das Amt des Stadtpräsidenten der Stadt Bern (Wahlen vom 25. November 2012) kandidiert. Wir wünschen Ihm alles Gute, viel Erfolg bei der Wahl und selbstverständlich viel Kraft im hoffentlich neuen Amt.

Der Fraktionsapéro vom 13. März 2012 hatte Herr Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, als überzeugenden Referenten zu Gast. Der ungewöhnlich hohe Mitgliederaufmarsch zeigte, welch interessanter Gast hier an unserer Veranstaltung war.

Am 9. Mai durften wir Herrn Thomas Daum, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, begrüßen. Wir taten dies an einem neuen Ort – im Saal des Restaurants Landhaus in Liebefeld. Vielleicht trug die „Abgeschlossenheit“ dieses Lokals zu einer eher unterdurchschnittlichen Beteiligung bei. Alle, welche diesen Anlass nicht besuchen konnten, haben wirklich etwas verpasst.

Auch dieses Jahr nahmen wieder mehrere Mitglieder unserer Vereinigung am traditionellen Fraktionsausflug, welcher in die Innerschweiz führte, teil. Leider mussten wir am selben Tag vom Hinschied von Nationalrat Otto Ineichen Kenntnis nehmen. Ein schwerer Schlag für alle, welche Otto gekannt und seine Schaffenskraft geschätzt haben.

Der traditionelle Boccia-Abend fand am 22. August statt. 14 Teilnehmer konnten bei herrlichem Wetter einige erholsame Stunden zusammen verbringen. Die genossenen Tessiner-Spezialitäten waren einmal mehr hervorragend. Ebenso der Wein...

Am 18. September organisierten wir einen Vortrag mit Herrn Dr. Urs Meister von avenir suisse zur Thematik „Mehr Wettbewerb im Service Public“. Ein absolut spannender und temporeicher Abend. Wir hätten uns aber mehr Teilnehmende gewünscht. Der Aperitif und der Vortrag konnten überzeugen.

In meinem zweiten Amtsjahr ging es hauptsächlich darum, die bis dahin guten Beziehungen zur FDP Schweiz zu festigen und auch vertiefen.

Wir waren an sämtlichen Präsidentenkonferenzen der FDP Schweiz vertreten und jedes Mal, wenn auch mit einer Minidelegation, an den Schweizerischen Delegiertenversammlungen präsent.

Im Weiteren dürfen wir stolz darauf sein, dass es uns gelungen ist, einen Sitz im Vorstand der FDP Schweiz erhalten zu haben; leider – noch – ohne Stimmrecht, aber immerhin.

10.2. Aus dem Vorstand

Der Vorstand der FDP Service Public traf sich an fünf Sitzungen zur Abarbeitung der reglementarischen Geschäfte. In zahllosen bilateralen Einzelgesprächen konnten auch die ausserordentlichen Geschäfte erledigt werden.

Das kommende Vereinsjahr bringt uns zwei personelle Veränderungen. Nach zweijähriger Tätigkeit als Vizepräsidentin tritt Hildegard Weber zurück. Sie wird als Beisitzerin im Vorstand bleiben. An ihrer Stelle wird Herr Daniel Seiler, Jurist im EJPD, das Amt des Vizepräsidenten übernehmen.

Hildegard Weber wird den Platz von Herrn Marcel Paolino einnehmen, welcher definitiv aus dem Vorstand ausscheidet; seine berufliche Belastung lässt ein Amt im Vorstand nicht mehr zu.

Ich als Präsident werde mich noch einmal für die Amtszeit von zwei Jahren zur Verfügung stellen.

10.3. Ausblick

Ein Thema, welches uns in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen wird, ist die Bekanntmachung unserer Vereinigung. Dies hauptsächlich in der Bundesverwaltung, aber auch in den Kantonen und Gemeinden. Ich stelle in persönlichen Gesprächen immer wieder fest, dass nicht alle Bundesangestellten, welche in einer Ortspartei der FDP Mitglied sind, unsere Vereinigung kennen. Die Behebung dieses „Missstandes“ soll das Schwergewicht der kommenden Jahre sein. Dazu braucht es unser aller Engagement: dasjenige der Mitglieder, welche bei jeder Gelegenheit auf die FDP-Service Public aufmerksam machen, und das des Vorstandes, welcher geschlossen an möglichst vielen Veranstaltungen aufzutreten hat.

Im letzten Jahr haben wir die Jahre 2012 und 2013 unter das Motto „Wirtschaft und Verwaltung“ gesetzt. Aufgrund des Mitgliederaufmarsches müssen wir aber annehmen, dass dies nicht zielführend ist. Der Vorstand wird nun das Jahr 2013 unter dem Motto „Politik und Verwaltung“ laufen lassen. Wir sind überzeugt, dass auch Sie Ideen zu diesem Thema haben. Für Anregungen aus dem Mitgliederkreis sind wir immer offen. Oder können Sie sogar selber ein Referat dazu halten?

Ebenso ist die Absicht, im kommenden Jahr noch einen Anlass mit Herrn Bundesrat Johann Schneider-Ammann und unserem Parteipräsidenten, Philipp Müller, durchführen zu können.

Neu ist unser Mittagsstamm, welcher jeweils monatlich (mittwochs) in der Schmiedstube stattfindet. Wir würden uns freuen, auch Sie dort begrüßen zu können. Einladungen dazu erhalten Sie jeweils einige Tage vor dem Termin.

11. FDP.Die Liberalen International

François Bauer, FDP.Die Liberalen International

FDP.Die Liberalen International setzt sich für die Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ein, die sich zu liberalen Grundsätzen bekennen. FDP.Die Liberalen International vernetzt Liberale rund um den Globus und informiert sie über das politische Geschehen in der Schweiz. Dabei fördert sie den Dialog zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern im Ausland und der Schweizer Politik und vertritt ihre Interessen in den Gremien der Partei und im Parlament.

Im vergangenen Jahr hielten sich Eintritte und Austritte die Waage: Ende 2012 betrug der Mitgliederbestand 259. Für die kommenden Jahre will der Vorstand noch aktiver Mitglieder werben.

11.1. Vielseitige Aktivitäten

FDP.Die Liberalen International war auch im vergangenen Jahr mit einem eigenen Stand am Auslandschweizerkongress präsent. Dort konnten sich die Mitglieder und der Vorstand über zwei Tage hinweg persönlich treffen und austauschen. Die Rückmeldungen von verschiedenen Mitgliedern waren positiv, geschätzt wurde insbesondere die Möglichkeit des persönlichen und direkten Austauschs.

11.2. Wechsel im Präsidium

Während des Auslandschweizerkongresses fand in Lausanne am 18. August 2012 auch die Generalversammlung statt. François Baur übernahm auf diesen Termin das Präsidium, welches Samuel Lanz bislang geführt hatte. Samuel Lanz musste Aufgrund seiner neuen beruflichen Ausrichtung seine Aktivitäten in der Partei auf den Einsatz im Vorstand beschränken. Samuel Lanz bedankte sich bei den Mitgliedern und dem Vorstand für das in ihn gesetzte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit. Der Vorstand bedankt sich bei Samuel Lanz für das grosse Engagement. Neu in den Vorstand aufgenommen wurden Martine Brunschwig Graf und Eric Roesch.

11.3. Themenschwerpunkte 2012

Anlässlich der GV verabschiedete die FDP. Die Liberalen International ein Papier zur Mobilität, welches sich insbesondere mit den Bedürfnissen der Schweizer im Ausland auseinandersetzte. Die beiden Schwerpunkte e-democracy und Beziehungen Schweiz-EU beschäftigten die Partei in diesem Vereinsjahr besonders. Anlässlich der GV wurden zusätzliche Schwerpunkte aufgrund der politischen Diskussion in der Schweiz und im Ausland verabschiedet.

11.4. E-Democracy

Auch 2012 setzte die FDP.Die Liberalen International alles daran, eine schnelle Einführung der elektronischen Stimmabgabe wenn möglich auf allen Ebenen zu erreichen. Dabei ging es auch darum, Überzeugungsarbeit in der Mutterpartei und den kantonalen Parteien zu leisten. Dies ist nur ein Teilbereich von e-Governance, für deren verstärkte Anwendung insbesondere im konsularischen Bereich sich die FDP International einsetzte.

Eine Petition zur Einführung des flächendeckenden e-Votings in der Schweiz wurde dank massiver Unterstützung von FDP International und FDP Schweiz im Sommer 2012 eingereicht. Als Erfolg konnte FDP International verbuchen, dass das Projekt Vote électronique im Oktober in den Aktionsplan 2013 von e-Government Schweiz aufgenommen wurde und so finanzielle Unterstützung erhält. Das gesprochene Geld fliesst direkt den Kantonen zu, welche ihre Systeme ab 2013 weiterentwickeln, um die elektronische Stimmabgabe mittel- bis langfristig allen Stimmberechtigten zu ermöglichen. Inzwischen führen 11 Kantone erfolgreiche Versuche mit e-voting durch.

11.5. Beziehungen Schweiz-EU

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU werden auch im kommenden Jahr die politische Diskussion in der Schweiz aber auch im Ausland bestimmen. Es müssen akzeptable Lösungen für die weitere Zusammenarbeit auf bilateraler Ebene gefunden werden. Die FDP International wird sich in den Parteigremien und im Austausch mit seinen Mitgliedern in der Diskussion einbringen.

11.6. Mobility

Aufgrund des Positionspapiers, welches an der Generalversammlung vom 18. August verabschiedet worden ist, arbeitete der Vorstand konkrete Massnahmen zur Umsetzung aus, um sie in die politische Diskussion einzubringen. Die Diskussion über die Migration und ihre Folgen in der Schweiz aber auch der Verbesserung der Bedingungen der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland prägten 2012 die Kommunikation der Partei.

12. Anhang – Annexe

12.1. Anhang A – Annexe A Vernehmlassungsantworten der FDP.Die Liberalen 2012 Réponses du PLR.Les Libéraux-Radicaux aux consultations en 2012

Die Stellungnahmen im Wortlaut können beim Generalsekretariat bestellt oder via Internet <http://www.fdp.ch/themen/vernehmlassungen.html> // <http://www.plr.ch/positions/consultations.html> abgerufen werden: Tel. 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, E-mail: info@fdp.ch

› Energie Strategie 2050	19.12.2012
› Vorauszahlungsvertrag	13.12.2012
› Telefonverkauf	13.12.2012
› Revision Bauprodukte	12.12.2012
› Personenstand Grundbuch	12.12.2012
› 4 Meter Korridor Gotthard	12.12.2012
› Familienbesteuerung	27.11.2012
› Arbeitszeiterfassung	27.11.2012
› Erweiterung der Kognition bei Beschwerden in Strafsachen	26.11.2012
› Konsolidierung Aufgabenüberprüfung	26.11.2012
› Risikoausgleich KVG	20.11.2012
› 12.400 Pa. Iv. Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien	06.11.2012
› Unterhalt des Kindes	05.11.2012
› Zulassungsstopp befristete Wiedereinführung	02.11.2012
› Olympia 2022	29.10.2012
› Staatsvertrag Flughafen Zürich	22.10.2012
› Revision der Stromversorgungsverordnung (StromVV)	22.10.2012
› Fanzüge Transport	22.10.2012
› Cabaret-Tänzerinnen	22.10.2012
› Bevölkerungs Zivilschutzgesetz	15.10.2012

› Passagier Informatiksystem	15.10.2012
› Strassenzulassung und Verkehrsstrafrecht	09.10.2012
› Fiskaldelikte	09.10.2012
› Ausschaffungsinitiative	25.09.2012
› Revision zur Bildung der Auslandschweizer	25.09.2012
› Rechnungslegungsrecht RAV	25.09.2012
› Entsorgungsprogramm und Umgang in Gutachten zum Entsorgungsnachweis	25.09.2012
› Erhöhung der Beiträge für eidgenössische Prüfungen	12.09.2012
› Radio- und Fernsehgesetz	28.08.2012
› Gewässerschutzgesetz	27.08.2012
› Lärmsanierung Eisenbahnen	27.08.2012
› Ratifizierung Nagoy-Protokoll	20.08.2012
› Elektronische Signatur	27.06.2012
› Verordnung Zweitwohnungen	20.06.2012
› Berufslehre für sans papier	06.06.2012
› Raumplanungsverordnung	30.05.2012
› Stauanlagenverordnung	10.05.2012
› Abschaffung Emissionsabgabe	08.05.2012
› Zukunft 2. Säule	03.05.2012
› Änderung Geldwäschereigesetz	27.04.2012
› Postverordnung	20.04.2012
› Lagerung einheimischer Rohstoffe	30.03.2012
› Radio- und Fernsehverordnung	29.03.2012

› Teilrevision des Bundesgesetzes über Ausländerinnen und Ausländer	20.03.2012
› Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons	13.03.2012
› Altlastensanierung	13.03.2012
› Reisedokumente ausländischer Personen	13.03.2012
› BG über den Abschluss völkerrechtlicher Verträge von beschränkter Tragweite und über vorläufige Anwendung völkerrechtlicher Verträge	08.03.2012
› Pferdehaltung	29.02.2012
› Bevölkerungsschutz	14.02.2012
› Private Sicherheitsdienstleistungen	24.01.2012
› Gewalt an Sportveranstaltungen	12.01.2012
› Eigenmittelverordnung zur Risikogewichtung für Wohnliegenschaften	11.01.2012
› Eigenmittel- und Bankverordnung	09.01.2012

12.2. Anhang B – Annexe B Parteivorstand Mitglieder per 31. Dezember 2012 – Membres le 31 décembre 2012

Präsident / Président:

- › Müller Philipp Nationalrat (AG)

Vizepräsidenten / Vice-présidents:

- › Luscher Christian Conseiller national (GE)
- › Moret Isabelle Conseillère nationale (VD)
- › Pedrazzini Vincenzo 1. Vizepräsident (SZ)
- › Speziali Carla Stadtpräsidentin Locarno (TI)
- › Wasserfallen Christian Nationalrat (BE)

Vorstand / Comité:

- › Brupbacher Stefan Generalsekretär
- › Caroni Andreas Nationalrat (AR)*
- › Cassis Ignazio Nationalrat (TI)
- › Gutzwiller Felix Ständerat (ZH)
- › Huber Gabi Fraktionspräsidentin, Nationalrätin (UR)
- › Nantermod Philippe Co-président des jeunes libéraux-radicaux
- › Schlatter Beat Präsident FDP.Die Liberalen Service Public*
- › Walker Späh Carmen Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz
- › Weiss Pierre Kantonsrat (GE)*
- › Zeier Maurus Co-Präsident der Jungfreisinnigen

Kantonale Vertreter

- › Baselland*
- › Genf*
- › Waadt*
- › Zürich*

* Ohne Stimmrecht

12.3. Anhang C – Annexe C Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2012 – Comité du Groupe le 31 décembre 2012

Mitglieder mit Stimmrecht

Fraktionspräsidentin / Présidente du Groupe:

- › Huber Gabi Nationalrätin (UR)

Vizepräsidenten / Vice-présidents :

- › Cassis Ignazio Nationalrat (TI)
- › Gutzwiller Felix Ständerat (ZH)

Zusätzliche Mitglieder ad functionem / Membres additionnels ad functionem:

- › Favre Laurent Conseiller national (NE), Membre du bureau CN
- › Freitag Pankraz Ständerat (GL), Mitglied Büro SR
- › Müller Philipp Nationalrat (AG), Parteipräsident

Frei gewählte Mitglieder / Membres additionnels élus:

- › Bourgeois Jacques Nationalrat (FR)
- › Caroni Andrea Nationalrat (AR)
- › Eichenberger Corina Nationalrätin (AG)
- › Hiltbold Hugues Conseiller national (GE)
- › Leutenegger Filippo Nationalrat (ZH)
- › Müller Walter Nationalrat (SG)
- › Theiler Georges Nationalrat (LU)
- › Wasserfallen Christian Nationalrat (BE)

Mitglieder ohne Stimmrecht

Bundesräte / Conseillers fédéraux:

- › Burkhalter Didier
- › Schneider-Ammann Johann N.

Partei ex.off / Parti ex.off;

- › Brupbacher Stefan Generalsekretär
- › Grob Iris Fraktionssekretärin
- › Guggenbühl Pia Kommunikationschefin
- › Luscher Christian Vice-président du parti, Conseiller national (GE)

- › Moret Isabelle Vice-présidente du parti, Conseillère nationale (VD)
- › Pedrazzini Vincenzo 1. Vize-Präsident der Partei
- › Speziali Carla Stadtpräsidentin Locarno

12.4. Anhang D – Annexe D Kontakte – Contacts

(per 31. Dezember 2012 – le 31 décembre 2012)

Generalsekretär FDP.Die Liberalen / Secrétaire général PLR.Les Libéraux-Radicaux

Dr. Stefan Brupbacher

Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

brupbacher@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35 – Fax 031 320 35 00

www.fdp.ch

Generalsekretärin FDP Frauen / Secrétaire générale Femmes PLR

Claudine Esseiva

Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

esseiva@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35 – Fax 031 320 35 00

www.fdp-frauen.ch

Geschäftsführer FDP International / Secrétaire général PLR International

Grégory Gourdou-Labourdette

Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

lanz@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35 – Fax 031 320 35 00

www.fdp-international.com

Präsident FDP Service Public / Président PLR Service Public

Beat Schlatter

FDP.Die Liberalen. Service Public, Postfach 7508, 3001 Bern

beat.schlatter@vtg.admin.ch

www.fdp-servicepublic.ch